

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 8.50 RM, monatlich 1.10 RM.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 27. Oktober 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das offiziöse Preßbureau.

Kürzlich ging durch die Presse die Nachricht, daß das
offiziöse Preßbureau, das zur politischen Abteilung des Aus-
wärtigen Amtes zählt, und im Hause des letzteren in der
Wilhelmstraße seine Werkstätte hat, den Bedürfnissen Bülow's
nicht mehr genügt und deshalb "den Zeitverhältnissen ent-
sprechend" umgestaltet werden solle.

Die Beeinflussung der Presse durch offizielle oder offi-
ziöse Informationsbureaus gehört zu den schönsten Usancen
neuzeitlicher Staatskunst. Seit es eine Presse als Mittel zur
Bearbeitung der öffentlichen Meinung gibt, haben auch die
Leiter der offiziellen Politik sich dieser Presse für ihre Zwecke
zu bedienen versucht.

Trotzdem es dem großen Bismarck weder in der liberalen
Korruptionsära Bleichröder-Delbrück-Camphausen, noch in
der folgenden Schutzöllnerischen Ära Kardorff-Stumm an
gefügigen Blättern zur Unterstützung seiner Maßnahmen und
Pläne fehlte, vermochte er eines ihm unterstellten offiziösen
Preßbureau's zur öffentlichen, politischen Stimmungsmache
nicht zu entbehren.

Caprivi vermeinte, ohne das offiziöse Preßbureau aus-
kommen zu können, aber die Methode der Bearbeitung der
öffentlichen Meinung durch eine gefügige Presse bot so große
Vorteile, daß auch er sich zur Fortsetzung des Bismarckschen
Preßkorruptionssystems entschloß. Das offiziöse Preß-
bureau wurde also rekonstruiert und zu seiner Leitung Herr
Dr. jur. Hammann berufen.

Von Caprivi übernahm ihn und sein Preßbureau Fürst
Sohenlohe, und von diesem wieder erhielt ihn der vierte

Kanzler. Erst unter diesem großen Staatsmann entfaltete
sich Hammanns Talent zu schönster Blüte. Bülow wurde für
Herrn Hammann zur Latendrang wedenden, lebenspendenden
Sonne. Meisterhaft verstand es Herr Hammann, sich den
Intentionen des genialen Kanzlers anzupassen, dessen staats-
männlicher Eitelkeit zu schmeicheln und in der gutgefinnten
Presse das Verständnis für Bülow's weltmännisch-diplomatische
Staatskunst zu fördern.

Kein Wunder, daß als dieser Tage verlautete, Herr Ham-
mann müsse wegen allerlei kleiner Unvorsichtigkeiten gehen,
manche Journalisten etwas ängstlich wurden und in dieser
Besorgtheit allzu frei das große Verdienst Hammanns um die
deutsche Journalistik ausplauderten. So schrieb zum Beispiel
das nationalliberale "Leipziger Tageblatt", das es aus eigener
Erfahrung wissen dürfte, Herr Hammann habe mit der Presse
ein förmliches "Lauischgeschäft" betrieben und für In-
formationen, die er den Zeitungen zufommen ließ, eine wohl-
tollende Beurteilung der Regierung eingetauscht.

Zu der Raivität, mit der hier die dreidige Wäsche des
deutschen Journalismus gewaschen wird, bemerkt treffend die
"Kölnische Volkszeitung":

"Wenn es sich um Einzelfälle handelte, so könnte man sagen,
überall gäbe es Sünder, aber sie bildeten, Gott sei Dank, nur
Ausnahmen. Vor einigen Jahren war in englischen Blättern
zu lesen, die "Kölnische Volkszeitung" und der "Vor-
wärts" seien die einzigen Preßorgane in Deutschland, die in
fragen der Auslandspolitik unabhängig vom Auswärtigen Amt
stünden. Das war eine arme Uebertreibung; aber keine der-
jenigen Zeitungen, die es besonders anging, hat damals
"reagiert". Das tat das böse Gewissen. Auch das "Leipziger
Tageblatt" konstatiert ja die "enge Abhängigkeit" der deutschen
Presse vom Auswärtigen Amt. Hin und wieder haben die In-
tulpaten zur Verteidigung ihrer "Informationen" ja schon leise
geflüstert, sie benutzten dieselben nach Gutdünken und genierten
sich als freie und unabhängige Männer trotzdem nicht, der Re-
gierung ungeschminkt die "Wahrheit" zu sagen. Aber das "Leip-
ziger Tageblatt" sagt, Blätter, die der Regierung grundsätzlich
opponierten, bekämen solche Informationen überhaupt nicht. Das
sagt wohl genug.

So viel ist sicher: das System der "Informa-
tionen" wirkt mehr als seinerzeit der Re-
publikensfonds. Bismarck hatte längst keine so gute Presse wie
Bülow; darin hat das "Leipziger Tageblatt" ganz recht. Tatsache
ist auch, daß man in keiner Hauptstadt es so versteht, die Presse
am Gängelbände zu führen, wie in Berlin. Reichlich bilden die
Nachhaber in St. Petersburg, London, Paris und Wien auf die
große Kunst der Berliner Herren im allgemeinen und des Ge-
heimen Rates Hammann im besonderen. Vielen Herren
von der Presse scheint das Gefühl für die Eigen-
art des Austausch von "wohlwollender Ver-
urteilung" und "Informationen" ganz abzu-
gehen. Ein Journalist, der keine "Informationen" hat, wird
von den "Kollegen" mitleidig belächelt. Dafür gibt es unter den
Journalisten mit "Informationen" mehrfach solche, die einen
dürftigen Stil schreiben, über mäßige Bildung und sehr wenige
oder gar keine Gedanken verfügen, aber trotzdem ein hohes
Jahreseinkommen haben und sich große Zugausgaben gestatten
können. Mit "Informationen" kann man sich zu-
weilen eine prächtige Villa in Galessee oder in
der Grunewaldkolonie bauen. Komisch ist der Stolz
auf ein aus solcher Tätigkeit erwachsenes Vermögen, den man
bei manchen findet. Große Künstler können nicht eitel und an-
spruchsvoller sein."

Schon ist dieses Bild der deutschen Preßzustände, wie
es sich unter dem Regime des Fürsten Bülow entwickelt hat,
gerade nicht; aber es hat den Vorzug, wahr zu sein. Die
deutsche "anständige" Presse, besonders die Berliner,
wird zum größten Teil aus dem offiziösen Preßbureau "in-
spiriert", und ist durch diese fortgesetzten Inspirationen
in enge Abhängigkeit von der Regierung geraten. Bis zu
gewissem Grade kann man sogar behaupten, daß je bestimmter
ein Blatt sich zu der sogenannten "anständigen" Presse
im ordnungsparteilichen Sinne zählt, es desto mehr unter dem
Einfluß der Meinungsfabrikation in der Wilhelmstraße steht.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Seit langen Jahren ist das Präsidium des preußischen Ab-
geordnetenhauses stets durch Juraist gewählt worden; nur einmal,
vor etwa zehn Jahren, erhob der alte Langerhans Einspruch gegen
die Wiederwahl des Herrn v. Kröcher, und insolge dessen fand die
Wahl durch Jettel statt.

Dies beschauliche Dasein des Dreiklassenparlaments hat durch
die Anwesenheit der Sozialdemokraten sein Ende erreicht. Es war
unseren Genossen unmöglich, einem Manne ihre Stimme zu geben,
der die Sozialdemokratie nur als Objekt der Befehlsgebung be-
trachtet wissen will, und der einen Verstoß gegen die
Ordnung des Hauses darin erblickt, wenn jemand einem Ab-
geordneten vorwirft, daß er sozialdemokratisch angekränkelt
sei. Unsere Landtagsfraktion hatte aus ihrer Abhängigkeit kein
Geht gemacht, die Konservativen wollten dieser "politischen
Demonstration", wie sie es nannten, zuvorkommen, sie beantragten
deshalb die Wahl aller drei Präsidenden durch Jettel. Das kostete
dem Hause ungefähr drei Stunden, im übrigen verlor die
Demonstration dadurch nicht an Wirkung, denn während bei der
Wahl Kröcher's nicht weniger als sieben weiße Jettel abgegeben
wurden, warf bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten Dr. P o r s c h
nur ein einziges Mitglied des Hauses einen weißen Jettel in die
Urne. Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten Dr. Krause
sanden sich allerdings elf weiße Jettel, die aber nicht von den Sozial-
demokraten herrührten.

Nachdem das Haus sich so mit Mühe und Not konstituiert hatte,
konnte es in die erste Sitzung des Gesetzentwurfs betreffend
die Vereinfachung von Mitteln zu Dienstverpflichtungen-
Verbesserungen treten. Da sich die Beratung nach voraus-
gegangener Verständigung zwischen den Parteien lediglich auf die
eigentliche Befoldungsordnung für Beamte beschränkte und
da außerdem die Fraktionen, soweit sie bisher zu Worte gekommen
sind, ihre langweiligsten Redner vorstücken — die Konservativen
Herrn v. Hennigs, das Zentrum Herrn Schmedding und die
Nationalliberalen Herrn Dr. Schröder-Rassel — so herrschte im
Hause bald wieder die das Geldparlament auszeichnende geistige
Oede. Das eine läßt sich nach dem bisherigen Verlauf der Debatte
schon sagen, daß die Vorlage die Mehrheitsparteien nicht voll befriedigt
und daß es in der Kommission noch zu heftigen Auseinander-
setzungen kommen wird, ehe das Gesetz unter Dach und Fach ist.
Damit ist nicht etwa gesagt, daß für die Unterbeamten und die
mittleren Beamten oder gar für die Arbeiter mehr herausgeschlagen
werden wird, im Gegenteil, man wird den höheren Beamten der
Verwaltung, vor allem den armen Regierungsräten, eine Kleinigkeit
zuguschanden veruchen.

Am Dienstag wird die Debatte fortgesetzt. Vorher findet die
Bereidigung der neuen Mitglieder und die Beratung des Antrages
auf Postentlastung Diebstehts statt.

Ueber Leichen.

Die Agrarier wollten ihre Zustimmung zum Bau der geplanten
preußischen Kanäle selbst in der von ihnen verflümmerten Form nicht
geben, ohne daß ihnen eine Sicherheit dafür geleistet würde, daß
ihnen während des Kanalbaues "ihre" Leute verblieben. Sie setzten
deshalb durch, daß für die Kanalbauten nach Möglichkeit Aus-
länder, unter keinen Umständen aber Landarbeiter aus den
von den Kanälen durchschnittenen Distrikten verwendet werden
dürfen. Ein Ministerialerlaß vom 5. Februar 1907 regelte
den Bezug von Arbeitern zu den Kanalbauten in diesem Sinne.
Für den Berlin-Stettiner Groß-Schiffahrtsweg verfügte in Anlehnung
an diesen Ministerial-Erlass das Hauptkanal-Bauamt in Potsdam,
daß beim Bau dieses Kanals keine Arbeiter Beschäftigung finden
dürften, die während der letzten 12 Monate drei Monate lang in einem
landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt waren, der in den Kreisen
Teltow, Zaus-Bezirk, Niederbarnim, Dönhavelland, Oberbarnim,
Müppin, Tempin, Angermünde, Königsberg i. Nm. und Lebus liege.
Beschäftigt werden dürften nur Arbeiter, die vorher mindestens 25 Kilo-
meter von der Kanallinie oder in den Städten Berlin, Charlotten-
berg, Schöneberg, Hixdorf, Wilmersdorf, Lichtenberg, Potsdam und
Spandau gearbeitet haben. Die arbeitende Bevölkerung der kleinen
Landstädte an der Kanalstrecke ist ebenfalls von der Beschäftigung
am Kanalbau ausgeschlossen. Das hat in der Zeit der gegen-
wärtigen Krise zu dem geradezu verflühten Zustande geführt, daß
am Kanalbau zahllose Italiener, Gasizier, Ruthenen, Polen usw.
beschäftigt werden, und daß die anständigen Arbeiter und
Steuerzahler diesen beschäftigungslos zusehen müssen. In
romantischen Ländern hätte die Arbeiterchaft die Fortführung
der Bauten unter solchen Begleitumständen längst gewaltsam
verhindert. Unsere deutsche Arbeiterchaft hat eine zu hohe
Achtung vor der Befehlskraft, um zu solchen Mitteln zu greifen.
Aber man treibt die Leute durch diese Art vaterländischer Sozial-
politik geradezu zur Verzweiflung.

Vor einiger Zeit erriethen auf dem Rathaus in Oranienburg
fünf Arbeiter, um dem Bürgermeister ihre durch die Abweisung beim
Kanalbau entstandene Lage zu klagen. Der Herr Polizeikommissar
empfang sie und versprach ihnen, um den fünf beschäftigten Bürger-
meister zu entlasten, sofort telephonisch seinen Einfluß bei der Kanal-
bauverwaltung aufzuwenden. Das geschah in Gegenwart der
Arbeiter. Am anderen Morgen begaben diese sich nach der Kanal-
bauverwaltung, wurden aber abermals abgewiesen. Der
Herr Polizeikommissar von Oranienburg hat
uns garnichts zu sagen! Einer von den Leuten, der sein
Schicksal nicht mehr länger ertragen konnte, ging hin und er-
hängte sich!

Dieses Vorkommnis hat unter der Einwirkung von Branienburg und Umgebung eine gewaltige Erregung verursacht. Am Sonntag fand in Sandhausen bei Branienburg eine Protestversammlung statt, die namentlich von arbeitslosen und vom Sanalbau zurückgewiesenen Arbeitern besucht war. Genosse Paul John aus Berlin führte in seinem Referat alle diese Zustände darauf zurück, daß bei uns in Preußen agrarisch Trumpf sei und das Agrarierturn zu seinen Zwecken den Weg über Leichen nicht scheue. Dem Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion an, in der seitens der Arbeitslosen namentlich über die rückwärtslose Steuerentlastung geklagt wurde. Der Referent empfahl den Arbeitslosen, auf Anstand zu gehen und mit Rücksicht auf ihre Abweisung von der Arbeit die dem Gesetze entsprechende Steuerherabsetzung oder Steuerbefreiung zu beantragen. Am Schlusse der Versammlung wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die heute im Lokale Waldhaus-Sandhausen tagende Versammlung protestiert energisch dagegen, daß durch Maßnahmen der Behörde die allgemeine Arbeitslosigkeit noch vergrößert wird, und beauftragt das Bureau, beim Ministerium, Landtag, Magistrat und den Stadtverordneten in geeigneter Weise vorstellig zu werden.“

Da die Sozialdemokratie im preussischen Landtage jetzt ebenfalls vertreten ist, sind die zur Verzweiflung getriebenen Arbeitslosen dort jetzt wenigstens nicht mehr ganz ohne Aussicht. Das Agrarierturn wird zeigen können, ob es im Angesicht dieser Zustände in eine Milderung der in seinem Interesse geschaffenen Verhältnisse willig, oder ob es gedenkt, seine Politik bewahrt über Leichen hinweg fortzusetzen!

Wahlen in Niederösterreich.

Aus Wien wird uns vom 25. Oktober geschrieben:

Morgen beginnen die Wahlen für den niederösterreichischen Landtag und zwar werden die 58 Mandate der allgemeinen Wählerklasse, darunter sämtliche Wiener Mandate, vergeben. Nach der Wahlreform sieht sich der Landtag zum Teil aus dem allgemeinen Wahlrecht, zum Teil aus den mannigfaltigsten Privilegien zusammen. Im allgemeinen Wahlrecht wird vor allem die Vertretung Wiens, insgesamt 48 Mandate, gewählt. Nächstdem wählt 10 Abgeordnete in einer allgemeinen Wählerklasse das übrige Land. Das Land wählt dann noch 46 Abgeordnete aus dem Zensus, und 22 Abgeordnete kommen weiter aus reinen Privilegien dazu. „Allgemeines“ Wahlrecht kann das Landtagswahlrecht allerdings nur mit starker Einschränkung genannt werden, denn es ist an eine dreijährige Sechshaftigkeit geknüpft, wogegen das Reichsratswahlrecht nur eine einjährige kennt. Diese Sechshaftigkeit trifft ausschließlich die Arbeiter; teils aus ökonomischen Gründen, teils infolge des gigantischen Wahlschwundels, welcher bei der Anlegung der Wählerliste, die in Wien der kuergerischen Gemeindebehörde, dem Magistrat, obliegt, betrieben wird; während von dem neuen Wahlrechtserfordernis bei den christlichsozialen Parteigängern glatt abgesehen wird, lastet es auf den Arbeitern mit voller Wucht. Noch weniger kann man das Wahlrecht in der allgemeinen Wählerklasse des Landes ein allgemeines nennen, denn hier ist Bedingung nicht bloß die dreijährige Sechshaftigkeit, sondern auch die sogenannte Gemeindegliederchaft; es sind also nur die wahlberechtigten, die über die drei Jahre Sechshaftigkeit verfügen und entweder in der Wohngemeinde heimatsberechtigt sind oder eine Steuer zahlen, so daß die Bedingungen einem statistischen Zensus gleichkommen. Schon daraus geht hervor, daß die Sozialdemokratie in diesen Wahlen unter ungleich ungünstigeren Bedingungen kämpft, als bei den Reichsratswahlen.

Noch weniger ist das Wahlrecht gleich, denn bei Verteilung der Mandate hat eine Wahlgeometrie gewaltet, die im Effekt auf ein mehrfaches Pluralwahlrecht hinausläuft. Es sind nämlich die bürgerlichen Stadtbezirke (Wien hat deren 21) mit Mandaten geradezu überladen worden, (so hat die innere Stadt 6, der Bezirk Wieden 4 Mandate zugewiesen bekommen, obwohl sie zu den kleinsten von Wien gehören), wogegen die proletarischen Bezirke auf das geringste Minimum gesetzt wurden. In Zahlen läßt sich dies raffinierte, wenngleich versteckte Ungleichheit folgendermaßen ausdrücken: Die 12 Bezirke, die bei den Reichsratswahlen christlichsoziale Mehrheiten ergaben, haben 826 400 Einwohner und wählen zum Landtag insgesamt 36 Abgeordnete. Die neun Bezirke mit sozialdemokratischer und freisinniger Mehrheit haben 710 500 Einwohner und wählen 12 Abgeordnete. Es entfällt also in den Bezirken mit christlichsozialer Mehrheit ein Abgeordneter auf 23 000, in den Bezirken mit gegnerischer (in acht von den neun Bezirken mit sozialdemokratischer) Mehrheit auf 58 000 Einwohner! Man begreift danach, daß es für die Christlichsozialen nicht schwer ist, bei dieser Wahl zu „siegeln“, und daß eine gewaltige christlichsoziale Mehrheit des Landtages schon durch die Wahlgeometrie verbürgt wird.

Welches sind nun die Wahlaussichten für die Sozialdemokratie? Im vorigen Landtag hatten wir einen einzigen Abgeordneten, den Genossen Seig, der die Stadt Floridsdorf, die seither als 21. Bezirk Wien einteilt wurde, vertreten hat. Diesmal sind uns drei Bezirke sicher: Floridsdorf mit einem, und Favoriten und Ottakring mit je zwei Abgeordneten. Neben dem erscheinen als relativer Bestands der Partei die vier Bezirke, die bei den Reichsratswahlen erobert wurden: Simmering, Reibling, Rudolfsheim und Brigittenau; denn der Bezirk Ränthaus, wo wir bei der Reichsratswahl den berühmten Ernst Schneider, den Ritualmordspezialisten, in der Stichwahl besiegten, ist als proletarischer Bezirk nicht zu rechnen. Würden wir diese vier Bezirke unter wesentlich verschlechtertem Wahlrecht behaupten, so wäre das freilich ein eminenter Erfolg. Eine gewisse Chance bietet noch der zweite Bezirk, die Leopoldstadt, der zwei Mandate vergibt. Hier kandidiert der Gottsberber, nämlich Herr Zueger selber (allerdings nebst ihm auch in einem ganz sicheren Bezirk), und da kommen auch noch die Freisinnigen in Betracht, die hier gleichfalls ihren stärksten Mann, den Baron Hof, hinausgeschickt haben; beide Führer haben als zweiten Mann einen Augenfeind mit. Wenn die Christlichsozialen hier nicht gleich in der Hauptwahl siegen, so wird es darauf ankommen, welche Partei, ob die Sozialdemokraten oder Freisinnigen mit ihnen in die Stichwahl kommen. Von den zehn Wahlbezirken des Landes kommt für unsere Partei nur einer in Betracht: der Industriebezirk Brud an der Leitha, ein wahres Ungetüm von einem Wahlbezirk, denn er ist aus 64 städtischen über das ganze Land verstreuten Drien gebildet. Ihn zu erobern hat der Reichsratsabgeordnete Renner übernommen. Im allgemeinen kandidiert aber die Partei jüngere Genossen, Nachwuchs, der sich im Landtagsaal die parlamentarischen Sporen verdienen soll.

Obwohl die Bedeutung der Landtage in Oesterreich beträchtlich gesunken ist, haben auch die morgigen Wahlen ihre politische Wichtigkeit. Erstens sind Wahlen in Wien mit ihren geschichtlichen Kämpfen zwischen Sozialdemokraten und Christlichsozialen immer von großer Bedeutung, und zweitens gehört der niederösterreichische Landtag zu den stärksten Versammlungen des christlichsozialen Regimes, in das Presse zu schlagen seinen bedeutsamen Wert hätte. Ein gewisser Fortschritt gegen den bisherigen Stand ist der Sozialdemokratie nicht zu entreißen; ob darüber hinaus beträchtliche Erfolge möglich sein werden, ist angesichts der Wahlpflicht, die auch bei den Landtagswahlen gilt, nicht abzuschätzen. Vorgearbeitet ist gründlich worden; nun muß man abwarten, ob der Ausfall die Ernte unmittelbar nachfolgt.

Sieg.

Wien, 26. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Partei hat bei den Wahlen glänzend gesiegt. Seig ist in Floridsdorf wiedergewählt. In Ottakring und Favoriten sind vier neue Sitze erobert worden. Dazu wurde das Landgemeindefandat Brud an der Leitha gewonnen, wo Genosse Dr. Renner den Christlichsozialen niederrang. Renner wurde auch zugleich in Favoriten gewählt. In Wien herrscht großer Jubel.

Die Balkankrise.

Der serbische Kronprinz reist nach Petersburg und wird dort vom Zaren empfangen werden. Das Vürschchen, das in Belgrad unaufhörlich zum Kriege heizt und dessen Renommistereien nur ungefährlich waren, weil den serbischen Kanonen die Munition fehlt, diese Postenfigur erhält jetzt plötzlich eine neue Rolle. Der Zar läßt ihn kommen, um zu demonstrieren, daß auch die unerschämteste Kriegsheze gegen Oesterreich für ihn keinen Grund bildet, den Empfang zu unterlassen. Es ist eine direkte Brüstung Oesterreichs, eine offenkundige Ermunterung der serbischen und montenegrinischen Kriegsheze. Diese herausfordernde Haltung Russlands wäre nicht möglich, wenn das zerrüttete Reich nicht der Unterstützung der englischen Diplomatie gewiß wäre. Dieser handelt es sich darum, zu beweisen, daß ohne die englische Macht auf dem Balkan keine Entscheidung fallen darf. Den Jungtürken soll bewiesen werden, welsch mächtigen Freund sie in England besitzen. Deshalb muß Oesterreich isoliert, deshalb müssen die direkten Verhandlungen mit der Türkei wieder abgebrochen werden, deshalb empfängt der russische Zar den serbischen Schimpfbold. Daß dadurch die Spannung auf dem Balkan vermehrt wird, daß in Serbien und Montenegro die Kriegsheze neu aufklimmt, hindert die englische Diplomatie nicht. Ist es ja nicht England, das vom Ausbruch auf dem Balkan in erster Linie betroffen würde.

Es ist deutlich zu erkennen, daß man in Paris von dem Vorgehen des englischen Freundes durchaus nicht entzückt ist. Frankreichs Interessen sind in der Türkei ebenso wie die Deutschlands wesentlich wirtschaftlicher Natur. Beide Staaten können durch den Ausbruch von Unruhen nur in jeder Beziehung verlieren und haben deshalb das stärkste Interesse, den Frieden zu erhalten. Die Vermittlerrolle, die ihnen so naturgemäß zufällt, wird ihnen dadurch erleichtert, daß Deutschland als Verbündeter Oesterreichs, Frankreich als Verbündeter Englands und Russlands ihren Einfluß auf diese politische unmittelbarer interessierten Staaten ausüben können, den Dogen nicht zu überspannen. Dazu wäre allerdings erforderlich, daß die deutsche und die französische Regierung sich über ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Nur fürchten wir, daß die Fehler der deutschen Diplomatie in der Vergangenheit sie hindern, in diesem Falle das Richtige zu tun.

In Wien wird die Lage im allgemeinen ziemlich ernst aufgeföhrt. Die Zeitungen berichten, daß die Rüstungen der Türkei fortbauern. Oesterreich könne ohne vorherige Verständigung mit der Türkei die Konferenz nicht beschicken, es sei denn, daß es volle Gewißheit habe, daß sein Vorgehen anerkannt würde. Offizielle Meldungen aber lauten günstiger und sie werden durch Konstantinopeler Stimmen bekräftigt. Danach seien die Verhandlungen nicht definitiv gescheitert, es werde möglich sein, neue Verhandlungen über das Konferenzprogramm zu führen, die die Teilnahme Oesterreichs ermöglichen würden. Ueber das Konferenzprogramm hat Herr Iswolsky, der heute Berlin verlassen hat, auch mit der deutschen Regierung verhandelt. Ueber das Resultat wird folgendes halbamtlich verlautbart:

Die Besprechungen, die der Reichskanzler Fürst Bismarck und der Staatssekretär v. Schoen mit dem russischen Minister Iswolsky gehabt haben, bezogen sich auf den Fall, daß wegen der durch die jüngsten Ereignisse auf der Balkanhalbinsel entstandenen Fragen ein offizieller Konferenzvorschlages gemacht und von allen Großmächten angenommen werden sollte. Die deutsche Regierung hat gegen eine Konferenz keine grundsätzlichen Einwendungen. Die deutsche und die russische Regierung sind einig in der Erkenntnis, daß eine Konferenz jedoch nur dann nützlich erscheint, wenn völlige Uebereinstimmung unter allen Signatarmächten des Berliner Vertrages über Umfang und Inhalt des der Konferenz zu unterbreitenden Programms erzielt ist. Die deutsche Regierung hält an dem Standpunkt fest, daß sie Vorschlägen nicht zustimmen kann, gegen welche Oesterreich, Ungarn Einwendungen erhebt. Diese Punkte werden dem Gegenstand weiterer Verhandlungen bilden; dagegen konnte bereits in den übrigen Punkten des aus den früheren Besprechungen Iswolskis hervorgegangenen Entwurfs, insbesondere in bezug auf die im Interesse der Türkei vorgeschlagenen Vereinbarungen, volle Uebereinstimmung festgesetzt werden. Beide Regierungen werden bemüht bleiben, für die gegenwärtigen Schwierigkeiten eine friedliche und gerechte Lösung zu erzielen.

Günstiger lauten die Nachrichten aus Bulgarien. Es ist jetzt sicher, daß Bulgarien über die Abklärung des ostrumelischen Tributs mit sich wird reden lassen und damit ist die eigentliche Schwierigkeit hier wohl beseitigt. Daß in Serbien und Montenegro, die miteinander ein Bündnis abgeschlossen haben, die Kriegsheze fortbauert, ist fast überflüssig zu bemerken. In Belgrad demonstrieren Sonntag die Frauen, während die Studenten sich jetzt der Boykottbewegung bemächtigt haben und eine lärmende Agitation gegen den Kauf der österreichischen und auch der deutschen Waren entfalten.

Das türkische Programm.

Konstantinopel, 24. Oktober. Das Organ des jungtürkischen Komitees „Sürai Umme“ behauptet, das türkische Gegenprogramm umfasse folgende Hauptpunkte: 1. Anerkennung Bulgariens als Königreich und Ostrumeliens als privilegierte Provinz gegen Regelung der finanziellen Verpflichtungen; 2. Regelung der bosnischen Frage, wofür Teilnahme an der türkischen Staatsschuld erhofft wird; 3. Integrität der Türkei. Das Blatt sagt jedoch, daß die Türkei ihre Integrität selbst schützen müsse und nicht die Mächte.

Die Verhandlungen mit Oesterreich.

Konstantinopel, 26. Oktober. „Zeni Gazetta“, das Organ des Großwesirs, erklärt bei Besprechung der gegenwärtigen Lage und des Konferenzprojektes, direkte Verhandlungen der Pforte mit Oesterreich-Ungarn könnten nur den Zweck haben, die Befriedigung der Konferenz zu erleichtern, aber keineswegs ein definitives Arrangement zu treffen.

Wien, 25. Oktober. Der „Neuen Freien Presse“ telegraphiert man aus Konstantinopel: Die Ablehnung einer direkten Verständigung erweckt neue Besorgnis. Die Pforte will zur Vollenbung ihrer Kriegsrüstungen Zeit gewinnen. Die türkische Friedenspartei hat durch diese Ablehnung ihre erste diplomatische Niederlage erlitten.

In Serbien.

Belgrad, 25. Oktober. Gestern wurde die auf der österreichisch-ungarischen Konsulatsagentur in Semendria gehobte Fahne von einem Gymnastikanten herabgeholt und verbrannt. Der Ministerpräsident entschuldigte sich heute wegen dieses Vorfalles bei der österreichisch-ungarischen Regierung und ordnete die Bestrafung des Schuldigen an.

„Stampa“ zufolge hat der König gestern einen serbisch-montenegrinischen Allianzvertrag unterzeichnet, der ein gemeinsames Vorgehen der beiden Länder im Kriegsfall vorsieht.

Die Stellung Bulgariens.

Sofia, 25. Oktober. Der gestrige Ministerrat beschloß, mit der türkischen Regierung wegen Zahlung einer pekuniären Entschädigung für Ostrumelien und für direkte Verhandlungen in Verbindung zu treten.

Infolge der beruhigenden Versicherungen mehrerer Minister, daß jede Kriegsheze ausgeschlossen sei, ist die öffentliche Stimmung vollkommen ruhig.

Ein Rückzug Englands?

Wien, 26. Oktober. Wie die Wiener „Allgemeine Zeitung“ erzählt, ist ein entscheidender Schritt des englischen Vorkämpfers am Wiener Hofe bei der gemeinsamen Regierung in der Weise erfolgt, daß von der englischen Regierung erklärt wird, es habe England ferngelegen, irgend etwas zu unternehmen, um die direkten Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei bezüglich eines Arrangements zwischen diesen beiden Mächten zu verhindern. Sollte die österreichisch-ungarische Regierung zu einer solchen Auffassung gekommen sein, so liege vor allem ein Mißverständnis vor, da die englische Regierung eine direkte Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei als im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens liegend mit Genugtuung begrüßen könnte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober 1908.

Steuereinsturfsfabrikation auf Vorrat.

Die die „Frankf. Ztg.“ zu melden weiß, hat Herr Sydow neben dem Branntweinmonopol-Entwurf einen Branntweinsteuer-Entwurf anarbeiten lassen, damit, wenn das Monopol abgelehnt werden sollte, sofort ein Ersatz zur Verfügung steht. Das Frankfurter Blatt bemerkt dazu:

„Der Standpunkt des Reiches ist unseres Erachtens die Reform der Steuer ohne Zweifel vorzuziehen, da sie dem Reich die gleichen Vorteile bietet wie das Monopol, ohne es mit der Pflicht der Preisgarantie für die Brenner zu belasten. Und da eine vernünftige Steuerreform zugleich der Spirituszentrale die Grundlage ihrer Existenz nehmen würde, so ist auch im Kampfe gegen die Zentrale das Staatsmonopol überflüssig. Ohne die allgemeine Abneigung mancher Kreise gegen Staatsmonopole zu teilen, glauben wir daher, daß speziell das Branntweinmonopol nicht die richtige Lösung aus der verfahrenen Situation der Spiritusindustrie wäre.“

Die Agrarier werden darüber anders denken.

Bayern gegen die Elektrizitätssteuer.

Nach einem Telegramm des „Berliner Lokal-Anzeiger“ hat der bayerische Verkehrsminister Frauendorfer erklärt, daß er dem Plan einer Elektrizitätsabgabe keinerlei Sympathien abgewinnen könnte. Bayerns wirtschaftliche Zukunft sei auf das engste verknüpft mit der Ausnützung seiner Wasserkräfte und der Elektrifizierung seiner Bahnen. Der Plan der Elektrizitätsabgabe stürze die Berechnungen um, die für die Elektrifizierung der Staatsbahnen angestellt waren. Aber die Steuer sei nicht nur finanziell bedenklich, sie sei auch volkswirtschaftlich unangebracht, weil sie die modernste und entwicklungsfähigste Technik belaste, die Kohle aber nicht treffe. Es sei zu hoffen, daß der Plan der Elektrizitätssteuer nicht verwirklicht würde.

Der angebliche Arbeitsplan des Reichstages.

In der bürgerlichen Presse wird mitgeteilt, daß auf die Beratung des neuen Automobils und des Weingesetzes fünf Kurzsitzungen verwendet werden sollen. Am 1. November soll die Beratung der Reichsfinanzreform beginnen, wofür sieben Tage festgesetzt sind. Der Etat wird dem Reichstage erst Ende November zugehen. Die Debatte soll bis zum 2. Dezember beendet sein. Am 10. Dezember beginnen die Weihnachtssitzungen. Der Seniorenkongress wird am 6. November zusammengetreten, um sich über eine Kontingentierung der einzelnen Materien schlüssig zu machen.

Zunächst handelt es sich bloß um Kombinationen. Den Arbeitsplan des Reichstages stellt der Reichstag selbst nach den Beschlüssen des Seniorenkongresses fest. Es scheint, als ob von gewisser Seite der Versuch gemacht wird, dem Reichstag Vorschriften über die Art seiner Verhandlungen zu machen. Die Kontingentierung der Verhandlungen ist allerdings auf Beschluß des Reichstages in einigen Fällen bereits durchgeführt worden, es kann aber gar keinen Zweifel unterliegen, daß die Gründlichkeit der Beratungen darunter leiden muß, wenn von vornherein feststeht, wieviel Tage auf die Beratung einer Materie verwendet werden dürfen. Es ist laum anzunehmen, daß die sozialdemokratische Reaktion sich eine derartige Festlegung widerspruchslos gefallen lassen wird. Schließlich hätte es ja die Regierung in der Hand, im Einvernehmen mit den Blockparteien ihre unbedeutenden Erörterungen überhaupt zu unterbinden.

Professoren-Revolte.

Der „Vossischen Zeitung“ ist aus Unterstaatssekretären eine Saite übermittelt worden, in der einleitend gesagt wird:

Die Vorlage für die Beamtenbesoldung, die in vielen Kreisen Befriedigung hervorruft, weckt bei den Universitätslehrern nicht bloß Enttäuschung, sondern Entrüstung und Erbitterung. Sie bestreitet, was man mit Unrecht immer wieder bestritten hat, daß das Preußen Wilhelm II. für die Universitäten, für die reinen Wissenschaften zumal, wenig, um nicht zu sagen, gar nichts übrig hat.

Die Zulage von 500 M. wird als Trinzgeld bezeichnet, die Professoren haben mindestens auf eine solche von 1500 M. pro Jahr gerechnet. Herr v. Rheinbaben scheint sonach mit seiner Beamtenbesoldungsvorlage ein hohes Maß von Unzufriedenheit ausgelöst zu haben.

Der Wahlrechtskampf in Sachsen.

Die sächsische Sozialdemokratie nimmt angeichts der Frage einer Wahlreform, die die Arbeit der Landtagskommission gezeitigt, den Wahlrechtskampf mit erneuter Wucht wieder auf. Am Sonntag, den 1. November, soll in Dresden eine große Kundgebung für das gleiche Wahlrecht stattfinden. Die „Dresdener Volkszeitung“ kündigt für diesen Tag einen großen Demonstrationsumzug durch die Stadt an, an dem die Genossen der drei Reichstagswahlkreise Dresden-Alstadt, Dresden-Reustadt und Dresden-Land teilnehmen werden. In jedem Kreise sammeln sich die Demonstranten auf einem öffentlichen Platze. Der Zug nimmt seinen Weg durch die Wettinerstraße, den Postplatz, die Marien-, Ring- und Johannisstraße, den Analienplatz, die Marschallstraße, die Sachsen-Allee, Blumen- und Frottenhauerstraße und wird dann auf eine große Radrennbahn einbiegen, wo unter freiem Himmel ein Wahlsitzungs-Meeting stattfinden wird. Von sechs Tribünen werden Ansprachen gehalten werden.

Der Demonstrationsumzug wird sich danach durch die Hauptverkehrsader des Stadteils links der Elbe bewegen. Nur beim Postplatz biegt der Zug auf eine kurze Strecke vom geraden Wege ab — vermeidet den Markt, in dessen Nähe das Schloß liegt.

Dresden, 26. Oktober. Die Wahlrechtsdeputation der Zweiten Kammer beendet heute in Anwesenheit der Regierungsvertreter, Staatsminister Dr. Graf v. Hohenthal, Geh. Regierungsrat Peint und Regierungsrat Dr. Wolff, die zweite Lesung der Entwurfsvorlage, einschließlich der Wahlkreiseinteilung, § 88, wonach in den Wahlkreisen, in denen nicht nach den Grundfähren der Verhältniswahl gewählt wird, der Kandidat als gewählt gilt, auf den mehr als die Hälfte aller im Wahlkreise abgegebenen, gültigen Stimmen entfallen, wurde mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen. Der von der Regierung ausgearbeitete Wahlkreiseinteilungsentwurf wurde mit 13 gegen 8 Stimmen angenommen, nachdem Staatsminister Dr. Graf v. Hohenthal in Aussicht gestellt hatte, in einem späteren Stadium der Verhandlungen noch Gelegenheit zu geben, verschiedene Wünsche in bezug auf Einzelheiten der Wahlkreiseinteilung zu berücksichtigen. Die nächste Sitzung der Wahlrechtsdeputation soll erst dann stattfinden, wenn von der Regierung eine Zusammenstellung der bisher von der Deputation gefassten Beschlüsse als Unterlage für eine dritte Lesung eingegangen sein wird.

Inseratensteuer.

Der Gesetzentwurf über die Inseratensteuer soll im Bundesrat wesentlichen Änderungen unterworfen sein. Es sollen besteuert werden: Zeitungsinserte, Straßenplakate und alle anderen Arten von Ankündigungen. Nur solche Inserate sind von der Besteuerung frei, die den Arbeitsmarkt betreffen. Kleine Anzeigen über Häuser und Verkäufe, Vermietungen usw. sollen einem geringen Steuerfah unterworfen sein. Bei diesen Inseraten bleibt eine bestimmte Anzahl von Zeilen steuerfrei. Für täglich erscheinende Theater- und Vergnügungsanzeigen wird gleichfalls eine mäßige Steuer in Betracht kommen. Die Höhe der Steuer richtet sich nach dem Umfang der Anzeigen und Ankündigungen. Außerdem ist für die Bemessung der Steuern die Einwohnerzahl der Gemeinden maßgebend. Inserate usw., die in Städten über 100 000 Einwohnern erscheinen, unterliegen erhöhten Steuerfahen.

Dr. Holle autsmüde.

In der gestrigen Sitzung des preussischen Landtages fiel es allgemein auf, daß der preussische Kultusminister Dr. Holle nicht anwesend war. Wie ein Unterstaatssekretär erklärte, hätte die Kräfte dem Kultusminister dringend einen sofortigen Luftwechsel empfohlen. Dieser Luftwechsel ist auf die übliche Ministerkrankheit zurückzuführen. Vor einigen Tagen hatte der Nachfolger des verstorbenen Ducanus, Herr v. Valentini, eine eingehende Besprechung mit dem Kultusminister und unmittelbar darauf stellten sich die Gesundheitsbeschwerden ein, die den Luftwechsel nötig machten. Es kann als sicher angenommen werden, daß Herr Dr. Holle aus seinem Amte scheidet. Am System wird dadurch allerdings nichts geändert.

Liberaler Stadtvater.

In der letzten Sitzung des Stuttgarter Gemeinderats gerieten zwei liberale Stadtväter arg hintereinander. Es handelte sich um die Führung einer neuen Straßenbahnlinie. Der Architekt und „Hofwerkmeister“ Stadtrat Paul Oauser war dafür, daß man die eine Straße wähle, Stadtrat W. Weibrecht, Professor an der kgl. Gewerkschule, bevorzugte eine andere Straße. Im gerimmten Jörn warf schließlich der Professor dem Hofwerkmeister vor, letzterer trete für die andere Linienführung nur ein, weil er Grundstücke an der betreffenden Straße besitze. Der Hofwerkmeister, nicht faul, replizierte, der Herr Professor habe es sehr wohl verstanden, bei der Stadterweiterung seinen Vorteil zu wahren. Der eine bot Beweis für seine Behauptungen an, der andere gleichfalls. Schließlich schwärzten „Hofsworte“, wie „Verleumdung“ und dergleichen mehr, durch den Saal. Unser Stuttgarter Parteiblatt verlangt nun, die beiden Ehrenmänner und liberalen Stadtväter sollen ihre schweren Beschuldigungen gerichtlich nachprüfen lassen. Es spricht beiden Kampfhähnen Sachverständigen und Erfahrung auf dem Gebiete zu, so daß beide Gläubigen verdienen. Die beiden Parteifreunde befanden aber noch nicht die geringste Lust, ihre Wahrschuldigkeiten gerichtlich attestieren zu lassen. Die meisten bürgerlichen Blätter gleichen mit einigen Redensarten über die interessante Unterhaltung der beiden kommunalpolitischen Geistes des Liberalismus hinweg. Am so lebhafter unterhält man sich in der Bürgerschaft über die Affäre. Daß die bürgerliche Mehrheit des Gemeinderats die liberalen Kollegen zwingen wird, dazumit, was an den Beschuldigungen ist, scheint ausgeschlossen. Warum? Warum?

Zur preussischen Wahlrechts-„Reform“

nimmt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ Stellung. Das Blatt glaubt bestimmt, daß nach der Ankündigung in der Thronrede eine Wahlreform kommen müsse, und daß — wie die Dinge liegen — auch der Widerstand der Konservativen eine Änderung nicht mehr aufhalten könne. (Aberdings war, als dies geschrieben wurde, das Pronunciamento in der konservativen Korrespondenz noch nicht bekannt.)

Die „Arbeiterzeitung“ hält mit der „Admischen Zeitung“ für unwahrscheinlich, daß das Klassenwahlrecht durch ein Pluralwahlrecht ersetzt wird, und redet der Industrie in das Gewissen, beiseite für Sicherung des gehörigen Antheils bei der Verteilung der Rechte zu sorgen. Sie schreibt:

„Nadann aber wird den Vertretern des städtischen Unternehmertums um so mehr die Verpflichtung obliegen, sich mit

aller Energie dahin zu betätigen, daß die Befestigung der für die Reform in Betracht kommenden Grundzüge den industriellen und gewerblichen Arbeitgebern denjenigen Einfluß im Parlament garantiert, der der Bedeutung des industriellen und gewerblichen Unternehmertums auf politischem und volkswirtschaftlichem Gebiete wirklich entspricht. Nichts könnte gefährlicher sein, als eine Vernachlässigung dieser Pflicht, die im eigentlichen Sinne des Wortes eine Pflicht der Selbsterhaltung ist.“

Und da von seiten der in erster Linie um ihre Popularität und erst in zweiter Linie um eine vorurteilslose Abwägung dessen, was wirklich der nationalen Gesamtheit zu dienen vermag, besorgten Parteien voranschreitend alles versucht werden wird, um der Lohnarbeiterschaft den Einzug in das preussische Abgeordnetenhaus zu ermöglichen — ein Beginnen, welches unter allen Umständen die vorausgehende numerische Ueberlegenheit der Einzelstimmen über die Summe der Wehrstimmen wesentlich unterstützen dürfte —, so werden sich die Vertreter der Industrie und des Gewerbes heizigen des Bestandes derjenigen Kreise zu vergewissern haben, bei denen sie naturgemäß nach Lage der Dinge auf das größte Verständnis für ihre Stellungnahme auf sozialpolitischem Gebiet rechnen können, nämlich des Bestandes der Vertreter der Landwirtschaft. Und dies um so mehr, als eine solche gegenseitige Anlehnung gleichzeitig auch dazu beitragen dürfte, die vielfach auch heute noch obwaltenden Gegensätze zwischen den beiden wichtigsten Erwerbsständen im Reiche, den städtischen und ländlichen Gewerbetreibenden, mehr und mehr abzuschwächen, womit des weitern der Möglichkeit Vorschub geleistet würde, daß in absehbarer Zeit der Wunsch einer Einanlehnung der rein fraktionellen hinter die berufständischen Interessen im Parlament in Erfüllung geht.“

Der Bund der Großindustriellen und der Agrariern gegen Sozialpolitik und Arbeiterrecht ist zwar nichts Neues, aber es verdient hervorgehoben zu werden, daß sich in der preussischen Wahlrechtsfrage erneut die Solidarität des Besitzes gegen die besitzlosen Volksmassen offen dokumentiert.

Der Streit im Flottenverein.

Die gestern nachmittag in Rudolfsstadt stattgehabte Landesversammlung des Deutschen Flottenvereins, zu der fast sämtliche Dringegruppen des Parteienums Vertreter entsandt hatten, beschloß mit großer Mehrheit, in der jetzigen Stellung so lange zu verharren, bis die bayerischen Führer zurücktreten. Die Beiträge sollen auch weiter geleistet werden, damit jederzeit ein Wiedereintritt in den Flottenverein erfolgen kann.

Der neue Weingesetzentwurf.

Der Entwurf des neuen Weingesetzes ist jetzt fertiggestellt und als Reichstagsdrucksache erschienen. Gegenüber dem Vorentwurf, den die Regierung zu Ostern veröffentlicht hat, um ihn der Kritik der Interessenten zu unterbreiten, bringt die gegenwärtige Regierungsvorlage eine Reihe von Änderungen, die insbesondere den Wünschen der Produzenten kleinerer Weine entsprechen. So bestimmt der wichtige § 8, daß die Zuckerung bis zum 31. Januar des folgenden Jahres vorgenommen und innerhalb dieser Frist bei Weinen früherer Jahrgänge nachgeholt werden darf. Ferner sollte es nach dem Vorentwurf verboten sein, bei gezuckertem Wein, sofern nicht gleichzeitig der Wein als gezuckert bezeichnet wird, eine Bezeichnung zu wählen, die auf den Namen der Traubensorte und den Jahrgang Bezug nahm. Jetzt ist dieses Verbot eingeschränkt worden, so daß bei der Benennung gezuckerten Weines nur die Bezugnahme auf die Weinberglage oder den Namen des Weinbergbesitzers verboten ist.

In § 8 und den darauffolgenden Paragraphen, die sich mit der geographischen Bezeichnung des Weins bzw. den Strafbestimmungen befassen, sind die Vorschriften durchweg statt gegen den Handel mit Wein, gegen den gewerbsmäßigen Verkehr mit Wein gerichtet worden. Auch das dürfte wohl auf eine Milderung des Gesetzes hinauslaufen.

Wenn Schaumwein ist eine Bestimmung eingeschaltet worden, wonach bei Schaumweinen, die nicht mittels Flaschengärung hergestellt sind, die Bezeichnung der Herstellungsart zu ersuchen sein muß. Bei den Bestimmungen über die Verpflichtung zur Durchführung sind auch die Kommissionäre mit Wein und mit Stoffen, die bei Bereitung des Weins benutzt werden, mit einbezogen worden. Im übrigen sind die Änderungen der jetzt vorliegenden Regierungsvorlage gegenüber dem Vorentwurf nur geringfügig.

Mahnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Baden.

Ueber den Umfang der Arbeitslosigkeit läßt das badische Ministerium des Innern Erhebungen veranstalten. Bei Arbeiten für die Eisenbahn, für den Wasser- und Straßenbau soll den Unternehmern zur Pflicht gemacht werden, nur einheimische Arbeiter zu beschäftigen.

Der Karlsruher Stadtrat ersuchte die Gewerkschaften, ihm bei Aufstellung einer Arbeitslosenstatistik beizustimmen zu sein und Angaben über die Höhe der ausgezahlten Unterstuhungen zu machen. Je nach Ausfall der Statistik sollen gewisse städtische Arbeiten bereits in den nächsten Monaten — anstatt im Frühjahr — ausgeführt werden.

Eine zusammengebrochene Anklage.

Ein Aufbruchprozeß sollte nach altem Rezept der Wolgaster Polizeischlacht folgen, die der große Streik der Zementarbeiter der Firma Quistrop in Wolgast im Gefolge gehabt hatte. Während des Streiks klagte bekanntlich der Millionär Quistrop gegen seine streikenden Arbeiter auf Räumung der Wohnungen, die sie in den Werkshäusern inne hatten. Als eines Tages ein Gerichtsvollzieher auf Grund dieser Klagen eine Familie ermittelte wollte, kam es zu Zusammenstößen. Der Gerichtsvollzieher verzichtete deshalb auf die Durchführung der Emission. Die Menge quittierte darüber mit „Bravo!“ Das war für die herbeigeholte Gendarmen Anlaß genug, auf die Menge einzuhauen, von der sich nun jeder der Gieße so gut es ging, zu erwehren suchte. Einige haben auch in der Empörung über das Vorgehen der Beamten mit Steinen geworfen. Die nächste Folge des Vorgangs war bekanntlich die Belegung der Stadt mit Militär. Das gerichtliche Nachspiel sollte, wie gesagt, ein Aufbruchprozeß sein.

Jedes brach diese Anklage auf Aufbruch schon in der Voruntersuchung zusammen. Schließlich blieb eine Anklage wider 16 Personen, darunter 2 Frauen, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, tätlichen Angriffs, Körperverletzung und Beleidigung übrig. Die Verhandlung ergab indes, daß der Gerichtsvollzieher, als er die Emission vornehmen wollte, nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes handelte, da die Zustellung des Urteils nicht vollstreckbar war. Die Anklage wurde deshalb auf Widerstand gegen die Staatsgewalt, die durch Handlungen gegen den Gerichtsvollzieher begangen sein sollte, fallen lassen und in diesem Punkte Freisprechung beantragen. Das Gericht erkannte demgemäß und sprach außerdem 12 Angeklagte gänzlich frei. Einer wurde zu 6 Monaten, ein zweiter zu 6 Wochen Gefängnis und ein Angeklagter zu 2 Wochen Haft verurteilt. In der Begründung wurde betont, daß die Amtshandlung des Gerichtsvollziehers der gesetzlichen Unterlage entbehrt habe. Infolgedessen waren auch die Gendarmen nicht in der rechtmäßigen Ausübung ihres Amtes. Dagegen hätten sich die vier Verurteilten unabhängig davon strafbar gemacht.

In seiner Verteidigungsrede war Genosse Reichsantwalt Heine mit dem Gerichtsvollzieher und den Gendarmen scharf ins Gericht gegangen, u. a. wies er darauf hin, daß die Gendarmen auf die Menge eingehauen haben, ehe mit Steinen geworfen wurde!

Die eigentlich Schuldigen an den Vorgängen gehen frei aus.

Polizeiverordnung gegen Reichrecht.

Die Zwickauer Amtshauptmannschaft hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Das Verbot öffentlicher Berrussertkürungen gegen Gewerbetreibende.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung steht es der kgl. Amtshauptmannschaft nach Behörde des ihr beigeordneten Bezirksaufsehers und im Einverständnis mit demselben veranlaßt, folgendes zu verordnen:

Wer es unternimmt, den Gewerbebetrieb eines anderen dadurch zu stören oder zu beeinträchtigen, daß er öffentlichen vor einer Menschenmenge oder durch Verbreitung von Gerüchten oder durch die Presse oder durch öffentlichen Anschlag oder sonst auf öffentliche Weise dazu auffordert, in einem bestimmten Gewerbebetriebe keine Waren zu bestellen oder zu entnehmen oder in einem bestimmten Geschäftsbetriebe nicht zu verkehren, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 1 Tage bestraft.

Die bisherigen Erlasse vom 17. Mai und 19. Juli 1894 werden hiermit aufgehoben.

Mit gutem Recht bemerkt unser Zwickauer Parteiblatt, das „Sächsische Volksblatt“ dazu:

„Diese Verfügung steht unserer Meinung nach mit der Reichsgesetzgebung in Widerspruch. Auch der höchste Gerichtshof, das Reichsgericht, hat den Boykott für zulässig erklärt. Es kann daher nicht angehen, daß eine vöbelige untere Verwaltungsbehörde Reichsgesetze und reichsgerichtliche Entscheidungen durch eine besondere Verfügung außer Kraft setzt. Uebrigens, wie steht es denn mit den Militärboykotten? Nach der amtshauptmannschaftlichen Verfügung sind diese ebenfalls strafbar. Wir sind neugierig, ob die Militärbehörden sich nach diesen Verfügungen richten werden!“

Wir auch.

Oesterreich.

Neue Zusammenstöße in Prag.

In Prag kam es am Sonntag wieder zu den ständigen, nationalen Kravallen. Die Polizei hatte den Sonntagsbummel den Spaziergang der deutschen Studenten über den Graben zunächst verboten, dann aber zugleich mit einem Gegendemonstrationszug der tschechischen Studenten zugelassen. Trotz aller Vorbereitungen aber gelang es ihr nicht, Zusammenstöße zu verhindern. Es wird darüber aus Prag telegraphiert:

Die Polizei hatte heute schon am frühen Morgen den Graben durch doppelte Postenkette abgesperrt und die deutschen Gebäude umstellt. Die deutschen Studenten verließen in Gruppen das Kasino und promenierten unter herausfordernden Zurufen selten der von der Polizei zurückgehaltenen Tschechen auf dem für sie freigehaltenen Raum. Als die Lage kritisch wurde, ordnete die Polizei an, daß der Dummel abgebrochen werde. Als die Studenten dem jedoch nicht Folge leisteten, drängte die Polizei sie in das Kasino zurück und hinderte einen anderen Teil der Studenten, der das Kasino noch nicht verlassen hatte, am Herausretren. Versittene Polizeimannschaften drangen mit gezogenem Säbel bis in den Garten des Kasinos und verletzten einige Studenten durch schlagende Säbelschläge. Dann wurden die Tore geschlossen. Gleich darauf zogen nach Beendigung einer Manifestationsversammlung zugunsten einer zweiten tschechischen Universität tschechische Hochschüler vorüber. Dieser Zug, der von den Tschechen lebhaft begrüßt wurde, löste sich schließlich in Ruhe auf. Die Ansammlungen vor dem Kasino dauerten fort; die Studenten mußten beim Verlassen des Kasinos von der Polizei geschützt werden.

Prag, 26. Oktober. Heute nachmittag wurden zwei deutsche Studenten in Couleur auf dem Graben von jungen Burtschen angefallen. Ein dazwischenretrender Polizeibeamter, der gleichfalls angegriffen wurde, verhaftete darauf einen der Angreifer. Die Polizei und die Gendarmen stand heute den ganzen Tag in voller Bereitschaft. Abends herrschte Ruhe.

Schweiz.

Sozialdemokratischer Wahlsieg.

Bern, 26. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Wahlen zum Nationalrat haben der Sozialdemokratie einen schönen Erfolg gebracht. Ueberall ist unsere Stimmenzahl gewachsen. Gewählt sind vier Sozialdemokraten: Dr. Studer in Winterthur, Scherrer in Rohrschad, Pfarrer Eugster in Appenzell und Ferri in Leysin. Genosse Greulich steht in Zürich in Stichwahl, ebenso Brueslein und Frei in Basel. Die Wahlen sind trotz lebhafter Beteiligung überall ruhig verlaufen.

Der neue Verfassungsartikel, der die Verwendung der Wasserkräfte in der Schweiz unter Aufsicht des Bundes stellt, wurde mit 294 878 gegen 52 651 Stimmen angenommen.

England.

Die Regierung und die Arbeitslosigkeit.

London, 22. Oktober. (Sig. Ver.)

Der Premierminister Mr. Asquith erstattete gestern dem Unterhause Bericht über die Maßregeln, die die Regierung zur Abwendung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen gedenkt. Er leitete seinen Bericht ein mit zwei Bemerkungen, die hier wiedergegeben zu werden verdienen. Erstens: Die Regierung wird in der nächsten Parlamentssitzung einen Gesetzentwurf einbringen, der sich mit den permanenten Ursachen und mit den Zuständen der Arbeitslosigkeit beschäftigt wird. Der Premierminister versprach also eine weitreichende Gesetzgebung zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit. Zweitens: Die Regierung gestand, daß die gegenwärtige Lage eine ernste sei, deren Ursachen nicht in persönlicher Verschuldung der Arbeitslosen, sondern in den allgemeinen Produktionsverhältnissen zu suchen seien. Die Arbeitslosigkeit sei überall zu finden, wo die moderne Wirtschaftsweise besteht. Der Premierminister schränkte indes diese Bemerkung dahin ein, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit nur der zeitweilige Unordnung des Produktionsapparates entspringe. Immerhin aber haben die Arbeitslosen das Recht, etwas mehr als Sympathie vom Staate zu verlangen.

Was gedenkt nun der Staat zu tun?

1. Der Staat ermunigt die Lokalbehörden, allerlei nützliche Arbeiten zu unternehmen. In diesem Zwecke stellt er ihnen eine Anleihe von 30 Millionen Mark zur Verfügung.

2. Das Kriegsministerium ist bereit, 24 000 junge und taugliche Arbeitslose auf 6 Monate in die Armee einzuteilen und auszubilden.

3. Das Marineministerium wird die Schiffsbauten beschleunigen und 50 Millionen Mark ausgeben. Die Reparaturen

der Werkten werden ebenfalls lebhafter in Angriff genommen werden, die 2100 Arbeiter beanspruchen.

4. Während der Weihnachtszeit werden die Postämter 8000 Arbeitstote als Hilfspersonen zu erhöhten Löhnen anstellen.

5. Dem Zentralkomitee zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit, das in London seit drei Jahren besteht, wird die Regierung 6 Millionen Mark als Beitrag gewähren.

Nach der Rede des Premierministers trat die Arbeiterfraktion zu einer Sitzung zusammen, um zu den vorgelegenen staatlichen Maßregeln Stellung zu nehmen. Sie nahm folgende Resolution an:

Die Arbeiterfraktion bekräftigt das Versprechen der Regierung, sich in der nächsten Tagung legislativ mit der Arbeitslosenfrage zu beschäftigen. Sie anerkennt ebenfalls den Wert der Verwaltungsmaßregeln, die als Konzeptionen aufzufassen sind, aber sie betrachtet diese als ganz ungenügend, den dringenden Bedürfnissen der Lage zu begegnen. Wenn auch die Regierung die Befugnisse der Notstandskomitees erweitert und die Bürgerrechte der unterstügten Arbeitslosen wahr, so hat sie doch nichts vorgezogen, was die Gelegenheiten der Arbeitsbeschaffung erweitern könnte.

Die Arbeiterfraktion hat einen Ausschuss ernannt, dem die Aufgabe gestellt wurde, die Forderungen der Partei nach Hilfe für den kommenden Winter zu formulieren.

Die liberalen Gewerkschaftsvertreter haben sich dagegen mit den Maßregeln der Regierung, wie sie Aquith auseinanderlegte, einverstanden erklärt.

Rußland.

Verhaftungen.

Petersburg, 25. Oktober. Vorgestern nacht wurden hier 25 Personen unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zur Kampforganisation der sozialrevolutionären Partei verhaftet. Ein großes Lager revolutionärer Schriften wurden im armenischen Krankenhaus entdeckt. Nach längerer Zeit sieht man wieder Kosakenpatrouillen die Straßen durchziehen.

Persien.

Die russische Intervention.

London, 26. Oktober. Das Reutersche Bureau meldet aus Teheran: Obgleich die Nachricht von dem Einrücken russischer Truppen in Aserbeidjan unbestätigt bleibt, ist es doch bekannt, daß zwei Kosakenregimenter an der Grenze nördlich Täbris bei Julfa zusammengezogen sind. Die Russen haben mit ihrem Vorrücken gedroht, falls russische Interessen in Täbris gefährdet werden sollten. Ein solcher Anlaß kann dadurch geboten worden sein, daß Nationalisten das Posthaus von Aji in der Nähe von Täbris auf der russischen Straße nach Julfa angegriffen und mehrere Soldaten getötet haben.

Marokko.

Zustimmung Oesterreichs.

Paris, 26. Oktober. Die österreichisch-ungarische Regierung teilt der französischen Regierung mit, daß sie der letzten französischen spanischen Note zustimme.

Amerika.

Die Korruption.

New York, 26. Oktober. Heute lüch die „World“ dem republikanischen Kandidaten für die Vizepräsidentenwahl Sherman den Verlust eines großen Wandeschwindsels im Jahre 1901 als Unrechtmäßig nachzuweisen. Dieser Vorwurf scheint begründet. Sherman verweigert jede Auskunft hierüber.

Aus der Partei.

Ein neuer Kämpfer.

Vor uns liegt Nr. 1 einer neuen russischen Zeitung, die in Genf gedruckt wird, die „Prawda“ („Wahrheit“). Diese „Arbeiterzeitung“ stellt sich zur Aufgabe, das aller sozialdemokratischen Politik Wesentliche und deshalb Gemeinsame dem russischen Proletariat zu vermitteln. Sie stellt sich nicht in voreiliger Ueberhebung über die Meinungskämpfe innerhalb unserer russischen Bruderpartei, deren historische Notwendigkeit zu leugnen, keinem Einsichtigen befallen kann. Aber sie stellt sich neben sie, um in den Meinungskämpfen das Verbindende, in den Streitigkeiten das Einigende zu vertreten, indem sie sich zum Organ der Praxis des proletarischen Klassenkampfes in Rußland macht. So heißt es im Leitartikel der neuen Zeitung:

„In jeder lebendigen proletarischen Partei entziehen unabweimlich Meinungsverschiedenheiten und innere Reibungen. Im Kampfe verschiedener Richtungen wird die zweckmäßigste Taktik ausgearbeitet. Zu gleicher Zeit aber fordert der Klassenkampf gebieterisch Einigkeit und Zusammenhalt. Die „Prawda“ wird in ihrer ganzen Tätigkeit den Standpunkt vertreten, daß über alle Differenzen der Meinungen und Fraktionen das allgemeine und für alle obligatorische Prinzip gestellt werden muß: Die Einheit des Klassenkampfes.“

Das Blatt vertritt den Standpunkt, alle legalen Möglichkeiten für das Proletariat auszunutzen und sagt darüber:

„Aus der legalen Organisation werden wir — wenn die Stunde es fordert — auf die Barrikaden gehen, wie wir nach den Dezemberbarrikaden und an den Dumanahlen beteiligten. Der Klassenkampf des Proletariats ist weiter als die Polizeigesetze oder die Geheimorganisation. In seinem Laufe kann er die Polizeigesetze wie die Geheimorganisation auszuweichen. Aber weder den Polizeigesetzen noch der Geheimorganisation kann sich der Klassenkampf unterordnen.“

In einem anderen Artikel wird das russische Proletariat gewarnt vor der „blödsinnigen Deutschenhebe, die die Radettenpresse betreibt.“ „Dem liberalen Chauvinismus soll das russische Proletariat seine sozialistische Solidarität mit dem deutschen Proletariat gegenüber stellen, das uns so oft moralische wie materielle Hilfe in unserem Kampf mit der Despotie der Romanows geleistet hat.“

Wir haben im „Vorwärts“ bereits darauf hingewiesen, daß diese Zeit, die erfüllt ist mit den Jubelrufen der internationalen Reaktion über die „Niederlage“ der russischen Revolution, in Wahrheit eine Zeit ist, in der sich eine Regeneration der russischen Sozialdemokratie vollzieht. Das Proletariat ist nicht entmutigt, es sammelt sich aufs neue, sucht alle Möglichkeiten praktischer Betätigung auszunutzen, emancipiert sich von der Vormundhaft der Intelligenz und bereitet sich zu neuen Taten vor. Diese Regeneration zu unterstützen, ist Aufgabe der neuen Arbeiterzeitung. Ein Sammler und ein Bedauer zu neuem Kampfe soll sie sein und zu diesem Ziele wünschen wir dem neuen Kämpfer herzlich Erfolg.

Die englische Arbeiterpartei und Grayson.

London, 24. Oktober. (Eig. Ber.) Angesichts des herzlichen Einverständnisses, das jetzt zwischen der deutschen Sozialdemokratie und der britischen Arbeiterpartei herrscht, dürfte es wichtig sein, auch auf kleinere Zwischenfälle in der britischen Arbeiterbewegung einzugehen. Und einer dieser Zwischenfälle ist das Zerwürfnis zwischen der Arbeiterpartei und dem Genossen Grayson, das im Auslande mißverstanden werden und zu einem falschen Urteil über die Arbeiterfraktion führen könnte.

Wie sich das Verhältnis zwischen der Arbeiterfraktion und Grayson wirklich gestaltete, erzählt Genosse Keir Hardie im „Labour Leader“ von gestern:

Grayson — sagt Hardie — nimmt an den parlamentarischen Arbeiten der Fraktion nicht teil. Er hält sich allen Sitzungen und Kommissionsarbeiten der Arbeiterfraktion fern und hat deshalb keine Ahnung, was diese an Kleinarbeit leisten. Bei der Eröffnung der Herbstsitzung hielt die Fraktion eine Sitzung ab, um über das Vorgehen in der Arbeitslosenfrage zu beschließen. Sie beschloß, vorerst den Premierminister zu interpellieren, was er in dieser Sache zu tun gedächte. Von seiner Antwort sollten die weiteren Schritte der Fraktion abhängen. Grayson war auch bei dieser Sitzung nicht zugegen. Er kam ins Unterhaus, aber sagte seinen Kollegen kein Wort über seine Absichten. Er ließ sie vollständig im Dunkeln über seine Absicht, einen parlamentarischen Zwischenfall hervorzurufen. Ist es unter diesen Umständen zu verwundern, daß er sich isoliert fand? Grayson ist doch Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei (Independent Labour Party = I. L. P.) und wird von ihr in jeder Weise unterstützt. War es da nicht seine Pflicht, sich mit seinen Genossen über seine Aktion zu verständigen? Wie könnte eine Partei etwas leisten, wenn jedes ihrer Mitglieder auf eigene Faust handeln wollte?

Die Genossen in Deutschland werden nun verstehen, wie es gekommen sei, daß Grayson keine Unterstützung bei der Arbeiterfraktion fand.

Dann ist noch folgendes zu bemerken. Es gibt in England sozialistische Elemente, die mit der Taktik der Arbeiterpartei unzufrieden sind. Anstatt sich aber der Arbeiterpartei anzuschließen und im Innern für eine revolutionärere Taktik zu wirken, bleiben sie außerhalb und kämpfen gegen die Partei. Diese sozialistischen Elemente benutzen auch Grayson, um die Arbeiterpartei zu diskreditieren.

Auch dieser Umstand dürfte dazu beitragen, den deutschen Genossen das Verständnis über die Haltung der Arbeiterfraktion gegenüber Grayson zu erleichtern.

Der Nürnberger Parteitag in den Organisationen.

Die Kreisversammlung des sächsischen Reichstagswahlkreises Annaberg-Schwarzenberg beschloß folgende Resolution zum Nürnberger Parteitag:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Abstimmung ihres Delegierten, der in der Budgetfrage für die Resolution des Parteivorstandes gestimmt hat, einverstanden. Die Versammlung erwartet von den Süddeutschen, daß sie sich den Beschlüssen des Parteitages fügen werden. Die Versammlung wünscht, daß in Zukunft Diskussionen über taktische oder prinzipielle Fragen in der Partei sachlich geführt werden.“

Einen sozialdemokratischen Bürgermeister wählten im Frühjahr unsere Genossen in dem kleinen Waldort Gschwend (Schwarzburg-Sondershausen), wo sie im Gemeinderat die Mehrheit verfügen. Der Gewählte wurde jedoch nicht bestätigt. Jetzt hatte sich der Gemeinderat wieder mit der Wahl des Bürgermeisters zu befassen. Während die bürgerlichen Gemeinderatsmitglieder größtenteils weiße Stimmzettel abgaben, wählten unsere Genossen den Schreiber Hermann Stabe, also wieder einen Arbeiter. Nun hat der Landrat und die Regierung das Wort — trotz des Selbstverwaltungsrechtes der Gemeinden.

Zum Bericht über die Konferenz des internationalen sozialistischen Bureau zu Brüssel wird uns geschrieben:

Unter anderem wird erwähnt, das Gesuch einer zionistischen Fraktion um Aufnahme sei abgelehnt worden. Diese Darstellung ist insofern unrichtig, als es sich nicht um eine einfache zionistische, sondern um eine sich sozialistisch nennende Gruppe, um die der Zionisten-Sozialisten handelt, die bereits in Stuttgart vom Bureau mit beratender Stimme zugelassen worden war. Da aber die Sozialdemokratische Partei Rußlands und der Jüdische Arbeiterbund dagegen Protest eingelegt hatten, so hatte nun das Bureau nicht über die Aufnahme der Zionisten-Sozialisten, sondern über ihre weitere Verfassung oder eventuelle Ausschließung zu bestimmen. Das Bureau entschied sich im letzteren Sinne, indem es folgende Resolution Adler einstimmig annahm: „Das Bureau stellt fest, daß die Zulassung der Zionisten-Sozialisten (mit beratender Stimme) ausschließlich für die Verhandlungen des Stuttgarter Kongresses beschloffen wurde, daß die Zionisten-Sozialisten gegenwärtig nicht dem internationalen Bureau angeschlossen sind, und geht zur Tagesordnung über.“ Durch die Ablehnung eines Amendements Rubanowitsch, welches diesen Beschluß zu einem für die Zukunft verbindlichen machen wollte, hat das Bureau ausgesprochen, daß der Ausschluss der Zionisten-Sozialisten aus der Internationale ein dauernder ist.

Gewerkschaftliches.

Landarbeiterfreundlichkeit im Zentrumslager.

In einer in Köln abgehaltenen Vertreterversammlung des „Rheinischen Bauernvereins“, eine im Fahrwasser des Zentrums legende Organisation, die 56 000 Mitglieder umfaßt und deren Präsident Freiherr von Loß ist, nahm man zu dem Koalitionsrecht und Streikrecht der Landarbeiter Stellung. Bei der Erörterung dieser Frage schieden die ländlichen Dienstboten von vornherein aus, da sie „zur Familie“ zu rechnen seien. Hier könne es sich nur um Maßregeln gegen den Kontraktbruch selbst handeln, ferner um Einführung einer Inlandlegitimation, Bestrafung der Agenten und Gefindevermieter, die zum Kontraktbruch verleiten und um Bestrafung der Unternehmer, die Kontraktbrüche einstellen. Die eigentlichen Landarbeiter arbeiteten unter ganz anderen Verhältnissen als die industriellen Arbeiter; nur um sie könne es sich bei Einführung des Koalitionsrechts handeln; das Streikrecht für sie sei auszuschließen.

Dieses Bekenntnis deckt sich vollständig mit den Ansichten der eingeleisteten konservativen Arbeiterfeinde und wird besonders die christlichen Gewerkschaften interessieren. Anstatt einer Aufhebung der mittelalterlichen Gefindeordnungen und der dem Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter entgegenstehenden einzelstaatlichen Gesetze fordern die Zentrumslager agrarier Arm in Arm mit ihren ostelbischen Kollegen ein weitere unerhörte Anbelagerung ihrer Gutssklaven.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Gold- und Silberarbeiter. Die diesjährige Tarifbewegung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Edelmetallindustrie wurde in einer Versammlung, die am Sonntag in Kellers „Neue Philharmonie“ stattfand, besprochen. Otto Handke referierte. Er schilderte den Verlauf des kurzen, aber erfolgreichen Kampfes um die Anerkennung der Organisation und um die Verlängerung des bestehenden Tarifs auf ein weiteres Jahr. Bei der Besprechung der einzelnen Phasen des Kampfes erinnerte Handke an die Haltung der bürgerlichen Presse, die, wie bei der „Volks-Zeitung“, auf der einen Seite von der Verechtigung der Arbeiterforderungen in dieser Bewegung schrieb und auf der anderen Seite — Geluche um arbeitswillige Goldarbeiter veröffentlichte. Der

„Vorwärts“ allein brachte regelmäßig und zuverlässige Berichte, die bei den Arbeitgebern besonders unangenehm berührten, weil ihre „vertraulichen“ Zirkulare stets am nächsten Tage im „Vorwärts“ bekannt gegeben wurden. Die Streikenden mußten auch erfahren, daß, wie regelmäßig, auch hier die Polizei sich auf die Seite der Unternehmer stellte. Den Streikposten begegneten Polizeiposten. In einem Falle wurde ein Streikposten von einem Polizeileutnant gefragt, ob er nicht wüßte, daß er sich unzulässiger Handlungen schuldig machte. Der Streikposten antwortete, daß er im Gegenteil wisse, daß er sein gutes Recht ausübe. Der Leutnant drohte, ihn einsperren zu lassen, wenn er nicht seinen Posten verlasse. Der Streikende ließ sich aber nicht einschüchtern und der Leutnant zog es vor, sich nicht wieder sehen zu lassen. — Die Taktik des Angriffs auf die einzelnen Unternehmer erzielte eine gute Wirkung; der Kampf wurde gewonnen. Am Freitag nahmen die Streikenden die Arbeit wieder auf, und keine Maßregelung ist vorgekommen. Jeder kehrte an seinen alten Platz zurück. Von anderen deutschen Städten kamen viele Glückwünsche an die Berliner, und dies beweist, daß man die Bedeutung des Berliner Sieges dort erkannte, denn eine Niederlage hätte die Stellung der organisierten Goldarbeiter überall sehr erschwert. Handke und der Vorsitzende betonten die Notwendigkeit einer stärkeren Organisation, wenn im nächsten Jahre ein neuer Kampf entbrennen sollte. In der Diskussion wurde empfohlen, das Verbandsmännertum besser auszubauen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Metallarbeiterverband schloß die Versammlung.

Deutsches Reich.

Achtung, Metallarbeiter!

Bei der Firma L. Dozkal u. Cie. zu Müglitz in Oesterreich befinden sich die Metallarbeiter immer noch in dem Ausstand. Wie uns die dortige Streikleitung mitteilt, haben sich einige deutsche Arbeiter zum Streibrecher hergegeben. Angesichts dessen ersuchen wir unsere Kollegen, alles aufzubieten, den Zugang von Müglitz fernzuhalten, damit die dortigen Arbeiter nicht gezwungen werden, durch Streibrecherdienste deutscher Arbeiter ihren ehrlichen Kampf aufzugeben.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verein (dritter Bezirk).

O. Jennike.

Erfolgreicher Abwehrstreik.

Ein zirka sechs Wochen währender Abwehrstreik der Töpfer in Gnefen ist mit bestem Erfolge für die Arbeiterschaft beendet worden. Bekanntlich handelte es sich in diesem Kampfe für die Töpfer um die Aufrechterhaltung des alten Lohnsatzes, der seitens der Meister zwecks Abzugs gekündigt worden war. Die Meister haben nunmehr unterwürdig den alten Tarif in allen seinen Bestimmungen auf zwei weitere Jahre anerkannt.

Die Raute der Unternehmer.

Noch ist kein Vierteljahr nach der Beilegung des den ergebnislosen Wirken von dem Unternehmertum aufgedrängten Kampfes ins Land gegangen, da begannen jene Herren der ergebnislosen Wirkergruppe des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Textilindustrie das gefährliche Spiel von neuem. Am Sonnabend liegen sie in ihren Betrieben eine Bekanntmachung an, in der sie mit Wirkung nach Ablauf der in den Fabrikordnungen festgelegten Kündigungsfrist eine Lohnreduktion von 10—15 Prozent androhten. Diese in der Zeit der Krise und der Lebensmittelteuerung um so schärfer wirkende Maßregel wird mit angeblichem Rückgange der Fabrikationspreise begründet. Daran glaubt man aber in Arbeiterkreisen nicht. Die Maßregel sieht vielmehr einer Provokation so ähnlich, wie ein Ei dem anderen, zumal noch viele der Ausgesperrten bis heute noch nicht wieder eingestell wurden. Man fällt sich eben als Herr der Situation und glaubt, die Zeit sei gekommen, die Arbeiterschaft für ihren mit beispielloser Einmütigkeit durchgeführten Kampf züchtigen zu können. Sie mögen es nicht zu toll treiben!

Kusland.

Die Aussperrung in Lancashire.

London, 24. Oktober. (Eig. Ber.) Der Kampf in der Textilindustrie tritt jetzt in die sechste Woche ein, ohne daß eine Aussicht auf Frieden vorhanden wäre. An Unterstützungsgeldern wurden bis jetzt rund 2 Millionen Mark ausgezahlt.

Lohnbewegungen und Streiks schwedischer Tabakarbeiter.

In der fruchtbaren Landschaft Schonen wird schon seit langer Zeit Tabak angebaut und auch verarbeitet. Bis vor wenigen Jahren versetzten die Zigarrenmacher dort ihre Arbeit zur Winterzeit in den Stuben der Tabakbauern. Unter solchen Umständen waren die Arbeiter natürlich schwer für die Organisation zu gewinnen und bei Lohnbewegungen in der schwedischen Tabakindustrie beklagten sich die großen Fabrikanten oft über die Konkurrenz jener Kleinbäuerlichen Tabakmanufaktur. In den letzten Jahren sind jedoch auch in Schonen große Fabriken entstanden, die den einheimischen Tabak verarbeiten. Sie verwenden hauptsächlich weibliche Arbeitskräfte und suchen natürlich die Löhne so niedrig wie möglich zu halten. Aber mit dem Ausblühen der Fabriken hat auch eine erfolgreiche Agitation des Tabakarbeiterverbandes eingesetzt, und nun ist es auch bereits gelungen, teils nach schweren Lohnkämpfen, in den meisten der neuen Zigarrenfabriken Schonens Tarifverträge mit Lohn erhöhungen von 50 Cere bis 1 Krone auf des Lohnes durchzuführen. In vier Fabriken wird gegenwärtig gestreikt, und die Streiks umfassen nicht nur die Werkstätten, sondern auch die Heimarbeiter und Arbeiterinnen. Man erwartet, daß auch hier die zähe Ausdauer, die die schwedische Arbeiterschaft in ihren Kämpfen zu beweisen pflegt, zum Ziele führen wird.

Versammlungen.

In der letzten Monatsversammlung des Zentralverbandes deutscher Brauereiarbeiter referierte Genosse Stab. Leid in hochinteressanter Weise über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und die Pflichten der Gemeinden. Unter Punkt 2 weist Hodapp wiederum darauf hin, daß neuangestellte Kollegen ohne nachzahlen ihre Mitgliedschaft wieder belegen können. Auf Prozenttag haben eingestellt. Schloßbrauerei Schöneberg einen Kollegen, der jedoch selbst wieder aufgehört hat. Spandauer Berg einen Brauer, der vor der Militärzeit bereits dort war. Unionbrauerei einen Kollegen, der natürlich nach beendeter Kampagne dort bleiben wird, wogegen die Kollegen vom Arbeitsnachweis wieder entlassen werden. Auch die Kronenbrauerei konnte es sich nicht verlagern, einen Kollegen ohne Vermutung des Arbeitsnachweises einzustellen. Der Vorsitzende appellierte noch speziell an die Vertrauensleute, Aufklärung zu machen über die vom Magistrat vorgegebene Arbeitslosenanzahl und ebenso für die bevorstehenden Gewerbedienststellen zu agitieren, die in diesem Jahre nach dem Proportionalgesetz stattfinden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Betrüger.

Frankfurt a. M., 26. Oktober. (B. G.) Der Apotheker und Fabrikdirektor Karl Dogen von hier wurde auf Grund eines Hofbescheids der hiesigen Staatsanwaltschaft in der Wohnung seines Rechtsanwalts wegen betrügerischen Bankrotts verhaftet.

Frost im Süden.

Paris, 26. Oktober. (B. G.) Aus verschiedenen Teilen Frankreichs wird starker Wettersturz berichtet. Es herrscht allenthalben empfindliche Kälte.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung, Montag, den 26. Oktober, 11 Uhr vormittags.

Am Ministertisch: Febr. v. Rheinbaben, Breitenbach. Das Haus ehrt das Andenken der seit der letzten Tagung verstorbenen Abgeordneten durch Erheben von den Plätzen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten. Abg. v. Pappenheim (L.) beantragt, die Wahl des Präsidenten und der beiden Vizepräsidenten durch Zettel vorzunehmen.

Bei der Wahl des Präsidenten werden abgegeben 322 Zettel, darunter 7 weiße, also 315 gültige Zettel. 314 lauten auf den Namen v. Röcher, einer auf den Namen Borgmann. (Große Heiterkeit rechts.)

Präsident v. Röcher nimmt die Wahl mit Dank an. (Lebhaftes Bravo! rechts.) Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten werden abgegeben für Dr. Forch (Z.) 319 Zettel, einer auf den Namen des Abg. Borgmann (Soz.). Dr. Forch nimmt die auf ihn gefallene Wahl mit Dank an.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 269 Stimmen abgegeben, darunter 14 ungültige; von den 255 übrigen bleibt Dr. Krause (nall.) 21 Stimmen, Abg. v. Schubert (nall.) 2, Abg. Koranyi (Pol.) 1, Abg. Borgmann (Soz.) 1. Abg. Krause nimmt die Wahl mit Dank an.

Hierauf werden 8 Schriftführer durch Zuzuf gewählt und zwei Quästoren vom Präsidenten ernannt. Es folgt die erste Beratung der Besoldungsordnung für die Beamten.

Ein Unterstaatssekretär im Kultusministerium erklärt das Bedauern des Kultusministers Dr. Holle, wegen seiner Erkrankung an den Verhandlungen nicht persönlich teilnehmen zu können.

Abg. v. Hennigs-Teichlin (L.): Meine Freunde begrüßen es mit Freuden, daß wir endlich in der Lage sind, über diese große Besoldungsordnung hier zu verhandeln. Wir hoffen, daß auch das Gesetz über den Wohnungsgeldzuschuß und bald vorgelegt werden wird, damit die Verhandlungen in der Kommission nicht zu sehr erschwert werden.

Auch das angeforderte Gesetz über die Ordnung des Kommunalsteuerprivilegs der Beamten erwarten wir möglichst bald. Ueber die schwierige Frage, daß eine spätere Forderung dieser Gesetze durch den Etat möglich sein soll, wie es das Kabinetgesetz vorseht, sind meine Freunde noch geteilter Meinung.

Vor allem interessiert uns ja der finanzielle Effekt der Vorlage. Gegen 91 Millionen in den letzten 10 Jahren sollen jetzt 126 Millionen und wenn wir die Verzugszahlungen hinzunehmen: 186 Millionen für die Erhöhung der Beamtengehälter ausgegeben werden! Die Ausgaben für persönliche Zwecke im Etat 1907 betragen 700 Millionen, die Erhöhung beträgt also ungefähr 20 Proz. Angesichts dieser hohen Summe fragt es sich doch, ob nicht eine Aenderung unseres gesamten Beamtenorganismus notwendig ist.

Einen Schritt in dieser Richtung macht ja das jetzige Gesetz durch die Verminderung der Besoldungsklassen um die Hälfte. Bis zu ein kleines Arbeiterhaus gebaut wird, müssen heute so und so viele Instanzen durchlaufen werden, und schließlich kommt manchmal ein Gebäude heraus, gegen das man verjagt wäre, auf Grund des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Landschaften einguschreiben. (Heiterkeit.) Wir wollen heraus aus dem Bürokratismus. Wir werden genau zu prüfen haben, ob die Klassenerteilung überall das richtige trifft.

Nähere Auskünfte werden wir in der Kommission noch über die Nebenbezüge und Naturalien bekommen müssen. Die Bevorzugung der Bureaubeamten gegenüber den Außenbeamten, über die wir vielfach zu Klagen gehabt haben, scheint uns noch nicht gänzlich beseitigt zu sein. Vor allem handelt es sich dabei um die Lokomotivführer, die unbedingt entsprechend ihrem außerordentlich schweren verantwortungsvollen Dienste besoldet werden müssen. (Sehr richtig!)

Eingehend zu prüfen wird sein, ob nicht die Regierungsräte, im Vergleich zu den Richtern, zu schlecht gestellt sind. Einige Bedenken habe meine Freunde in bezug auf die Höchstgehälter mancher hohen Beamten. Hier werden wir eventuell zu Abstrichen kommen müssen. (Heiterkeit links.) Den Hauptwert legen wir auf die Beseitigung von Ungleichmäßigkeiten in den Gehältern. (Sehr richtig! rechts.) Die Arbeit, die hier besteht, erfordert eine bedeutende Pflichterfüllung aller dabei beteiligten Faktoren. Die Regierung hat zunächst ihre Pflicht durch die Vorlage des Gesetzes erfüllt. Unsere

Pflicht wird es sein, die Vorlage genau nachzuprüfen. Wir werden die größtmögliche Gerechtigkeit zu finden suchen. Aber auch die Beamten haben dann die Pflicht, anzuerkennen, was hier für sie geschieht. Unser Beamtenum und seine Treue gegenüber den Vorgesetzten und in der Arbeit ist einer der Faktoren, der Preußen groß gemacht hat. (Sehr richtig! rechts.) Die Beamten müssen berücksichtigen, daß nicht allein ihre Interessen, sondern auch die aller übrigen Erwerbstätigen in Frage kommen, die zuletzt die Gelber aufrichtigen sollen. Ich habe das Vertrauen, daß die Beamten sich nicht unterkriegen lassen werden von den Bewegungen, die von außen her in ihre Kreise getragen werden, um sie unzufrieden zu machen. (Hul! hul! bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde haben die Jüvischkeit zu den Beamten, daß sie ihre Treue nicht abhängig machen werden von einer Magenfrage. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Schmedding (Z.): Meine Freunde begrüßen es mit Freuden, daß es dem Herrn Finanzminister gelungen ist, die Schwierigkeiten zu überwinden, die der Einbringung dieser Vorlage entgegenstanden. Es war in der Tat höchste Zeit, daß die Gehälter den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt wurden. Wir freuen uns besonders, daß dabei auch eine Reihe von Wünschen erfüllt worden sind, die von meinen Freunden seit Jahren lebhaft vertreten worden sind.

In der Kommission wird zu prüfen sein, ob vielleicht eine Verminderung in das Gesetz anzunehmen wäre, wonach bis zum Ablauf einer bestimmten Zeit an dieser Besoldungsordnung nichts geändert werden darf. Bei dem Wohnungsgeldzuschuß sollte darauf Rücksicht genommen werden, ob es sich um ledige oder verheiratete Beamten handelt. Der ersten Erwägung wird es bedürfen, ob nicht bei den Unterbeamten eine Erhöhung des Mindestgehaltes von 1000 auf 1100 oder 1200 M. notwendig ist. Eine Erhöhung auf 1200 M. würde freilich 4 Millionen erfordern, aber diese Summe dürfte wohl durch Ersparnisse an anderen Stellen einzubringen sein.

Mit Freude begrüßen wir es, daß bei den mittleren und oberen Beamten der Grundjah im allgemeinen zur Geltung gebracht werden soll, daß gleiche Vorbildung und ungefähr gleichwertigen Leistungen auch das gleiche Gehalt entsprechen muß. Nur in bezug auf das Anfangsgehalt bestehen in dieser Beziehung noch bedauerliche Ungleichmäßigkeiten. Entschieden werden müssen wir uns gegen die vorgesehenen Repräsentationszulagen, die im freiesten Widerspruch stehen mit den früheren Ausführungen des Herrn Finanzministers gegen den zunehmenden Luxus. (Sehr richtig!) Die bei Wegfall dieser Repräsentationszulagen frei werdenden 477 000 M. sollten zur Erhöhung der Bezüge von Unterbeamten benutzt werden. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Finanzminister v. Rheinbaben geht auf einzelne Beschwerden der Vorredner ein. Herr Schmedding meinte, die Gleichstellung der Oberpräsidialräte mit den Vortragenden Räten könnte politisch gerühmt werden, um mißliebige Beamte abzuschreiben. Dieser Gedanke hat uns absolet fern gelegen. Wir wollten lediglich die Möglichkeit schaffen, daß Beamte, die jahrelang im Ministerium am grünen Tisch gearbeitet haben, wieder aus dem goldenen Dorn der Praxis sich lösen können. Ferner hat der Herr Vorredner die Repräsentationszulagen für leitende Beamten besonders bemängelt. Ich halte meine frühere Äußerung, daß jede unnötige Repräsentation vermieden werden muß, durchaus aufrecht. Aber jeder wird zugeben müssen, daß Gehälter von 11 000—12 000 M. für die Chefs größerer Regierungsbehörden durchaus befürwortet sind. In bezug auf die Neuregelung der Wohnungsgeldzuschüsse bin ich jetzt in der Lage, die Grundzüge mitzuteilen. Zunächst sind die fünf gegenwärtigen Ordinalklassen beibehalten worden. Alle hohen und mittleren Beamten sollen in ihrem Wohnungsgeldzuschuß um 50 Proz. aufgebessert werden; alle unteren Beamten gegen den jetzigen Zustand um 33 1/3 Proz. Da diese 1907 um 50 Proz. aufgebessert worden sind, werden sie sich tatsächlich um 100 Proz. im Wohnungsgeldzuschuß bessern als 1906. Der Wohnungsgeldzuschuß soll in Zukunft lediglich nach dem tatsächlichen Aufwand für die Wohnung bemessen werden. Es sind im Reich und auch in Preußen eingehende Ermittlungen veranstaltet worden darüber, auf wie hoch sich die in den einzelnen Orten gezahlten Mieten belaufen. Auf Grund der von den Beamten selbst gemachten Angaben sind Durchschnittssätze für die einzelnen Orte ermittelt worden, und danach ist eine vollkommen neue Ordinalklasseneinteilung erfolgt, die sowohl nach oben wie nach unten von der jetzigen abweicht.

Jedenfalls ist vorgesehen, daß kein Beamter sich in bezug auf Wohnungsgeldzuschuß verschlechtern. Was die Abstufung zwischen Beamten mit und ohne Familie anbelangt, so stand ich früher einem solchen Gedanken durchaus sympathisch gegenüber. Aber, leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die

Dinge. Es hatte sich eine so große Fülle von Schwierigkeiten ergeben, daß das Reich entschieden erklärte, es wolle diesen Weg nicht gehen, und wir haben uns dem angeschlossen. Wenn man einen Unterschied macht zwischen ledigen und verheirateten Beamten, mühte man auch unterscheiden zwischen Beamten mit geringerer und zahlreicherer Familie. Es haben auch viele Beamte, die nicht verheiratet sind, Eltern oder Geschwister zu versorgen. Dem Wunsch des Abg. v. Hennigs, daß die Bezüge der Reichsbeamten mit denen der preussischen Beamten gleichgestellt werden, kann ich nur zustimmen und werde in diesem Sinne wirken. (Bravo!)

Abg. Schroeder-Rastfel wünscht eine Aufstellung darüber, wie sich der Mehrbedarf auf die unteren, mittleren und höheren Beamten verteilt. Nebenbeschäftigungen von Beamten sollten überhaupt verboten werden. Ein Abschneiden der Gehälter ist die Gratifikation; es schneidet ja jetzt ein Prozentsatz darüber. Diese sollten überall beseitigt und an ihre Stelle ein ausreichendes, einlagbares Gehalt gesetzt werden. Was das Kommunalsteuerprivileg anbelangt, so halte ich den vom Herrn Finanzminister angebotenen Weg, daß man die Beamten im Kommunalsteuerprivileg allmählich austreten lassen will dadurch, daß neue Beamte dies Privileg nicht bekommen, für gangbar. Redner spricht sich des weiteren dahin aus, daß Pensionsvorstellungen stets nur streng nach dem Gesetz erfolgen dürften, und wendet sich gegen ein Geheimhalten der Dienstaften unter allen Umständen. Ob ein Anfangsgehalt von 1000 M. ausreichend ist, scheint auch uns zweifelhaft. In bezug auf die Repräsentationszulagen kann ich mich den Ausführungen des Abg. Schmedding nur anschließen. Auf das sorgfältigste werden wir prüfen müssen, ob die Unterschiede im Anfangsgehalt bei einzelnen mittleren Beamten wirklich berechtigt sind. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Hierauf werden die Verhandlungen auf Dienstag 11 Uhr vormittags vertagt. Vorher Antrag des Abg. Borgmann (Soz.) auf Haftentlassung Liebnechts. Schluß 5 Uhr.

Die Streiks und Ausperrungen im Jahre 1907.

Das Jahr 1907 hat nach dem „Korrespondenzblatt der General-Kommission“ gegenüber dem Jahre 1906 den deutschen Gewerkschaften eine starke Verminderung der wirtschaftlichen Kämpfe — Streiks und Ausperrungen — gebracht. Während die Zahl der Kämpfe im Jahre 1906 insgesamt 3480 betrug, zählt das Jahr 1907 deren nur 2792. Das ist eine Verminderung um 688 = 19,5 Proz. Man wird leicht geneigt sein, die Abnahme der Kämpfe auf das Konto der im Laufe des Jahres 1907 eingetretenen wirtschaftlichen Depression zu setzen, doch ist eine solche Folgerung nur mit Vorsicht zu ziehen. Es darf zunächst nicht außer acht gelassen werden, daß das Jahr 1906, als ein Jahr der Konjunktur und ständig steigender Lebensmittelpreise, eine außerordentlich hohe Zahl von Lohnbewegungen aufwies, die naturgemäß in einer verhältnismäßig größeren Anzahl wirtschaftlicher Kämpfe ausliefen. Trotz der starken Abnahme der Kämpfe übertrug das Ergebnis des Jahres 1907 doch noch bei weitem das des Jahres 1906, in welchem 2823 Kämpfe stattfanden. Es ist deshalb weit gefehlt, auf Grund der Abnahme der Kämpfe gegen das Vorjahr, auf eine Beeinträchtigung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften, verursacht durch den wirtschaftlichen Niedergang, zu schließen, wie es seitens der Unternehmer bereits geschehen ist.

Will man ein zutreffendes Bild von den Erfolgen und der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften gewinnen, so dürfen die Feststellungen über Streiks und Ausperrungen nicht getrennt werden von den Feststellungen über die Bewegungen im allgemeinen. Gerade die große Zahl der friedlich verlaufenden Bewegungen legen ein bereites Zeugnis ab von der wachsenden Macht und dem steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf das wirtschaftliche Leben.

Nicht in dem gleichen Verhältnis wie die Kämpfe hat sich die Zahl der daran beteiligten Personen vermindert. Sie betrug im Jahre 1907: 281 000, gegenüber dem Vorjahre weniger 35 012 Personen = 11,1 Proz. 1906 entfielen auf jeden Kampf durchschnittlich 91 Beteiligte, dagegen 1907 101 Beteiligte. Die an der Durchführung der Kämpfe beteiligten Organisationen haben dafür insgesamt 12 264 082 M. aufgewendet. Im Jahre 1906 betrug die aufgewendete Summe 13 207 802 M., es sind also im Jahre 1907

meinsam tragen, zumal bei eigentlichen Kämpfen, während „Historisches“ weniger Fährnisse bringt. Um so dringender tut aber dann eine „Einführung“ literarischer Art not.

Humor und Satire. — Nach der Pleite. Vor der Schaubude: „Herrin, meine Herrschaften! Hier können Sie sehen den verachteten Königskind“, komische Szene aus Nivve, mit die Originalkostüme vom königlichen Opernhaus.

— Umwandlung. „Was wird nun aus der halben Million werden, die Ihre Schwieger geerbt hat?“ — „Ein Schwager.“

— Konvalaleszenz. Der heiligen Statistik zuliebe mußten Kranke, die ins Lazarett wegen des gleichen Leidens zweimal aufgenommen wurden, beim zweitenmal unter der Rubrik „Konvalaleszenz“ geführt werden — um Doppelzählung zu vermeiden. Ein Kranker sollte zu seinen Angehörigen transportiert werden, auf dem Bahnhof verschlimmerte sich jedoch sein Zustand, so daß er wieder aufgenommen werden mußte. Er starb. Auf dem Leichenschein las man als Todesursache: „Konvalaleszenz.“ („Simplicissimus“.)

Notizen. — Die Bibliothek des Berliner Tonkünstlervereins, die bisher nur den Mitgliedern des Vereins zur Benutzung offenstand, wird demnächst der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Nach dem Vorbild der Münchener Volksbibliothek werden künftig Musikalien und Bücher der Vereinsbibliothek unentgeltlich entliehen werden können an jedermann, der in Groß-Berlin wohnhaft ist und der Verwaltung durch Ausweispassiere oder Empfehlungen die Gewähr bietet, daß das Entlehnte pünktlich wieder zurückgeliefert wird. Schüler bedürfen eines Empfehlungsscheines von Seiten ihres Lehrers. Man kann aus dem ausliegenden Katalog wählen und das Entlehene sogleich mitnehmen. Die Bibliothek befindet sich im Bureau des Tonkünstlervereins, Bülowstr. 81, Hof links eine Treppe, unmittelbar am Bahnhof Bülowstr. der Hochbahn. Sie wird täglich (auch Sonntags) geöffnet sein, vorläufig von 11—12 Uhr vormittags.

— Marcell Salzer las, registrierte oder noch besser: spielte am Sonntag im Rindwirth-Scharwenka-Saal sein neues Programm. Dieser Vortragskünstler begnügt sich nicht mit den üblichen Mitteln der Veranschaulichung, er dramatisiert die Sagen, Erzählungen, Humoresken und Dichtungen und läßt die Darsteller lebhaft vor uns erscheinen. Während auf alle Fälle zu sein, das ist sein erstes Bestreben. Aber da er die pointierte, dramatisch belebte Vortragweise überall anwendet, zerfällt er auch das epische Gefüge und findet nicht immer den rechten Ton. Die reinen Unterhaltungsfäden (Urban, Aelianus), die literarisch nichts bedeuten, wirken am besten. Aber Wasch trifft er gar nicht, und die seine Skizze von Jensen: „Aves Kuh“, die zuerst in unserem Heftchen erschien, wird arg vergrößert. Wie denn das Kunstpaar und Spanden bei dieser Art zu sehr in den Vordergrund tritt. Das Stammpublikum war aber von der solchen Draufgänger sehr enttäuscht.

Kleines feuilleton.

Theater.

Neues Theater: „Der deutsche Graf“, Schauspiel von Volkmöller. In Volkmöllers, von Reinhardt aufgeführter „Gräfin Armagnac“ gibt es einen schwärmerischen Jüngling, der von der Dame seines Herzens zur Dedung für den zurzeit begünstigten Liebhaber erlesen wird. Der eifersüchtige Gemahl hat von den nächsten Belüsten bei seiner Frau gehört und Vogenschlügen in den Hinterhalt gelegt, die den Rivalen niederschlagen sollen. Diesen zu retten, läßt die Gräfin den fremden, jungen Menschen bei sich ein, in der freundlichen Veredlung, daß man dann ihn an Stelle ihres Günstlings töten werde. Sie sagt es offen heraus und der Edle kommt in feuriger Begeisterung auf, weil er durch einen solchen Dienst die Tiefe seiner Liebe ihr beweisen darf. Er schätzt sich das zur ganz besonderen Ehre. Die Vorliebe für Virtuosenstücke und verkehrten Geblut tritt in dem „Deutschen Grafen“ womöglich noch schärfer hervor. Man sieht den Helden nicht nur in einer kurzen Szene, sondern fünf Akte lang, den Abend über köpfschen stehen. Er tut die ganze Zeit nichts anderes, als sich hinzupfeiern, bald für seinen Freund, bald für die Frau des Freundes, die er ganz im geheimen anbetet. Und dabei ist der Freund, wie jeder außer dem wunderlichen Schwärmer sofort erkennt, ein undankbarer Lump und Schwächling, die Frau nichts weiter als eine flatterhafte und grundverdorbene Kolette. Es bleibt vollkommen unverständlich, wie er für diese beiden durch seinen einzigen Zug von feilscher Verwandtschaft ihm verbundenen Weisen sich hat erwärmen können; sein ganzes Handeln wie Empfinden, das „deutsch“ sein, Teilnahme, Nahrung erwecken soll, erscheint als Ausfluß einer unbegreiflichen Marotte oder fixen Idee.

Das Stück spielt in dem Paris Ludwigs XV. Graf Tott hat sich bei dem jung vermählten Baron Fery, dem er sein ganzes Vermögen zur Verfügung stellt, Quartier genommen; er will sich an dem Glück des Freundes freuen. Aber der unerbittliche Bindbeutel vergendet seine Gelder und betrügt die Gattin, wofür sich diese zur Reue an dem Grafen schloß halten möchte. Dem Grobmut Totts genügt es nicht, die Werbungen der von ihm vergötterten Dame lähl abzuweisen. Deutsche Fremdenstrenge muß weitergehen! Wenn er sie dazu bringen könnte, ihn zu lassen! Dann wäre ganz gemäß die Hausheer Ferys am sichersten gewahrt. So gibt er sich, bloß um Madame abzuschrecken, für den Geliebten einer Operntänzerin aus. Koch mehr, er mobilisiert das lockere Fräulein glänzend ein und macht ihr jeden Tag einen halbständigen platonischen Pflichtbesuch, damit der Stadtkätz die Geschichte weiter trage und die Baronin an seiner Angabe nicht zweifle. Ja, als Fery den Schwelgerdatter wegen einer Spielschuld von hunderttausend Franz anpumpen muß, läßt der Graf verbreiten, er sei es gewesen, der die Summe in Gesellschaft der Waitresse duragebracht. Mit dieser Trümpfen wird dramatisch gearbeitet! Selbstverständlich hat das Ganze nur

den Effekt, daß Madame sich anderweitig nach einem Solan umschaut. Volkmöller fährt zu diesem Zweck den berühmten Casanova ein. Ein erstes Stelldichein der beiden wird glücklich von Tott hintertrieben. Zum Karneval erscheint der Fremde wieder. Die gnädige Frau will sich von ihm entführen lassen. Der Graf errät den Plan, zwingt Casanova zum Duell und stirbt, von dessen Stugel getroffen. Jetzt erst fällt es ihm ein, daß sich „das ganze Spiel nicht lohnte!“

Die Aufführung erhöhte bei großem Aufwande an Dekorationen und Kostümen nur die Unerquidlichkeit des Stückes. Romantisch Herr Schmieden ließ in der Titelrolle viel zu wünschen übrig.

Musik.

Zwei Reihen von Sonntagskonzerten können als gut und als relativ billig empfohlen werden. Es sind die „Sinfoniekonzerte des Blüthner-Orchesters“ im Blüthner-Saal und die „Sonntags-Konzerte des Schiller-Theaters“ in dessen Charlottenburger Haus. Dort wird jeden Sonntag, abends um 7 1/2 Uhr, hier jeden zweiten Sonntag, mittags um 12 Uhr musiziert. Dort gibt es Orchesterstücke und Lieder, hier Kammermusik ebenfalls mit Liedern. Was wir letzten Sonntag an beiden Stellen gehört haben, war durchaus erfreulich. Weniger erfreulich ist, daß der Blüthner-Saal nicht so gut besetzt war wie das Schiller-Theater; die dortigen Vorträge — diesmal mit richtiger Wahl vorwiegend Werke von Franzosen — verdienen noch mehr Beachtung, und neben der Altistin Martha Stapelfeldt in Schiller-Theater lernten wir an der anderen Stelle in der (anscheinend norwegischen) Sopranistin Gally Monrat eine besonders zart und doch voll intancierende Gesangs-künstlerin kennen.

Zwei allgemeinere Dinge liegen uns jedoch noch mehr am Herzen. Das eine ist unser Wunsch, daß beide Konzertereihen noch vollstimmlicher gestaltet werden, und zwar durch Erläuterungen, wie sie z. B. unser Volkshor zu geben pflegt. Unzulässig ist dies nicht; und trotz der Unüberlegbarkeit der Musik in Worte läßt sich doch sehr vieles tun, um die Zusammenfassung eines Ensembles von Instrumenten und den Aufbau sowie namentlich die charakterisierenden Absichten beispielsweise einer Orchesterreihe verständlich zu machen.

Das andere ist die Frage, ob solche Programme nur Stücke bringen sollen, die den Kamern geläufig sind, oder auch unbekannt. Für nicht eigentlich populäre Konzerte sollte sich ein solches Vorwärtsschreiben von selbst verstehen. Und doch bedurfte es erst einer Klumfrage (veröffentlicht in der „Neuen Musikalischen Rundschau“, I/9 und 11), um ein fast einstimmiges Urteil zugunsten des Hinausgehens über den so traurig engen Kreis der gewöhnlichen Konzertprogramme hervorzuheben. Nur ist dabei eine s übersehen worden: die Notwendigkeit, auch aus der Vergangenheit Unbekanntes zu bringen.

Für populäre Konzerte liegt die Sache schwieriger. Und doch müßten wir all das hier vorzubringende für und Wider kurz erledigen mit dem entschiedenen Wunsch: erweitert die Programme! Erziehung, Vergnügen, Enttäuschungen usw. müssen wir alle ge-

933 750 M. weniger für die wirtschaftlichen Kämpfe ausgegeben worden. Die auf jeden Streikenden entfallende Unterstützungssumme ist wiederum, wenn auch unerheblich, gegenüber 1906 gestiegen. Der Anteil eines Streikenden an Unterstützung betrug im Durchschnitt 1906 42,08 M., 1907 43,90 M.

Sowohl die höhere Beteiligungsziffer wie auch die relative Vermehrung der Ausgaben legen davon Zeugnis ab, daß auch im Krisenjahre 1907, gleich wie im Vorjahre, die wirtschaftlichen Kämpfe seitens der Arbeiterschaft intensiv und mit großer Ausdauer geführt wurden.

Mit dem Jahre 1907 ist auch in bezug auf die Mittel, welche die Gewerkschaften zur Durchführung ihrer Kämpfe aus den eigenen Kassen aufwenden, von allen Berichtsjahren, seit 1890, der höchste Rekord erreicht worden. Rund 97,0 Proz. der Gesamtausgabe flossen aus den eigenen Kassen der an den Kämpfen beteiligten Gewerkschaften. Ein glänzender Beweis für die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften, welche um so höher zu bewerten ist, als diese noch für die verschiedensten Unterstützungs-zweige im letzten Jahre bedeutende Aufwendungen machten. Während für alle Unterstützungen, außer der Streikunterstützung, im Jahre 1906 9 020 931 M. ausgegeben wurden, betrug dagegen diese Ausgabe für das Jahr 1907: 13 659 082 M. Die zum Teil früher aufgestellte Behauptung, daß durch die Einführung von Unterstützungsanstaltungen die Gewerkschaften in der Aktionsfähigkeit beeinträchtigt würden, ist durch diese glänzende Entwicklung in der Leistungsfähigkeit vollständig ad absurdum geführt worden.

Das prozentuale Verhältnis der Angriffs- und Abwehrstreiks sowie der Ausfahrungen zu den gesamten Kämpfen hat gegen das Jahr 1906 nur eine unerhebliche Veränderung erfahren, die nicht ins Gewicht fällt. Von den 2792 Kämpfen waren Angriffstreiks 1635 = 58,6 Proz. In 834 Fällen = 29,9 Proz. mußte gegen verurteilte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden, und in 323 Fällen = 11,5 Proz. vollzogen die Unternehmer Ausfahrungen. Das Gesamtergebnis der Kämpfe ist ungünstiger als das des Jahres 1906. Es endeten erfolgreich 1537 Kämpfe = 55,1 Proz. (1906: 53,8 Proz.), teilweise erfolgreich 687 Kämpfe = 24,6 Proz. (1906: 21 Proz.) und erfolglos 614 Kämpfe = 22,3 Proz. (1906: 21,2 Proz.). Am 1. Januar waren 81 Kämpfe nicht beendet und von 70 Kämpfen blieb das Resultat unbekannt. Ist das Ergebnis auch ungünstiger als das des Vorjahres, so entspricht das Resultat immerhin noch dem Durchschnittsergebnis der 17 Berichtsjahre; nur das prozentuale Verhältnis der erfolgreichen Kämpfe steht um ein geringes unter der Durchschnittsziffer. Im Durchschnitt der 17 Berichtsjahre endeten die Kämpfe: mit vollem Erfolg zu 48,5 Proz., mit teilweisem Erfolg zu 22,1 Proz. und erfolglos zu 29,4 Proz. Den größten Anteil an den wirtschaftlichen Kämpfen hat wiederum das Baugewerbe mit 1011 Kämpfen und 81 249 Beteiligten; es folgt dann die Metallindustrie mit 473 Kämpfen und 53 717 Beteiligten. Der Zahl der Kämpfe noch weit dann an dritter Stelle die Holzindustrie mit 307 Kämpfen und 39 823 Beteiligten. Die Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie weist dagegen zwar nur 254 Kämpfe, jedoch mit 50 904 Beteiligten auf. Das graphische Gewerbe und die Papierindustrie hat mit 88 Kämpfen und 1827 Beteiligten den geringsten Anteil an den gesamten Kämpfen. Das prozentuale Verhältnis der Resultate der Kämpfe, verteilt auf die Gewerkegruppen, ist folgendes: Mit vollem und teilweisem Erfolge wurden durchgeführt im Baugewerbe 75,9 Proz., im Handels- und Verkehrsgewerbe 75,5 Proz., in der Metallindustrie und dem Schiffbau 75,2 Proz., in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 74,9 Proz., in der Bekleidungs-, Leder- und Textilindustrie 74,8 Proz., in der Holzindustrie 72,0 Proz., in sonstigen Berufen 64,5 Proz., und in dem graphischen Gewerbe und Papierindustrie 33 Proz.

An den Kämpfen des Jahres 1907 waren beteiligt 54 Verbände, davon hatten mehr als 50 Kämpfe 15 Verbände durchzuführen, und partizipieren diese an den gesamten Kämpfen in nachfolgender Reihenfolge: Maurer 417, Metallarbeiter 344, Holzarbeiter 244, Zimmerer 184, Transportarbeiter 155, Fabrikarbeiter 152, Bauhilfsarbeiter 149, Bauarbeiter 97, Maschinenisten 90, Schneider 88, Tabakarbeiter 72, Textilarbeiter 66, Maler 55, Buchdrucker 54, Schuhmacher 52. Das sind zusammen 2210 oder 75,5 Proz. der gesamten Kämpfe. Auf die übrigen 30 Verbände entfallen zusammen 573 = 20,5 Proz. der gesamten Kämpfe. Mehr als 5000 Beteiligte hatten im Kampfe stehen die Verbände der Metallarbeiter 47 887, Maurer 32 640, Textilarbeiter 28 675, Holzarbeiter 26 619, Bauhilfsarbeiter 17 695, Schneider 16 640, Fabrikarbeiter 12 983, Seelen 12 900, Zimmerer 11 984, Maler 7552, Hafenarbeiter 7841, Transportarbeiter 7619, Bergarbeiter 7387. Insgesamt waren die vorstehend verzeichneten dreizehn Verbände mit 235 220 Personen an den Kämpfen beteiligt, die 86,7 Proz. der Gesamtzahl der Beteiligten ausmachen.

Von den an den Kämpfen beteiligten Personen konnte für 274 052 = 97,5 Proz. der Verlust an Arbeitszeit und der Ausfall an Verdienst festgestellt werden. Es beträgt der Verlust an Arbeitszeit 1 022 467 Tage und der Ausfall an Verdienst 21 527 802 M.

Ein deutlicher Junker als Ehrenpolizist.

Der Baron von der Ropp läßt sich durch den „Vorwärts“ beleidigt und hat deshalb den Genossen Weber als verantwortlichen Redakteur verklagt. Die Beleidigung findet Herr von der Ropp in einem Artikel des „Vorwärts“ vom 8. September 1907. In diesem Artikel wird erzählt, daß Herr von der Ropp, der in seinem Kreise die Funktion eines Ehrenpolizisten ausübt, einen gefangenen Revolutionär, den Studenten Ernst Koblau, widerrechtlich erschossen habe. Diese Handlungsweise des Barons bezeichnet unser Artikel, wie es nach Lage der Verhältnisse gar nicht anders geschehen konnte, als feigen Mord. Herr von der Ropp läßt sich sowohl durch die Kritik seiner Handlungsweise, als auch durch die angeführte Tatsache selbst beleidigt, denn nach der Angabe des Klägers soll es gar nicht wahr sein, daß er den genannten Studenten erschossen habe.

Weber erklärte sich bereit, die Wahrheit der tatsächlichen Behauptung des Artikels zu beweisen. Nachdem schon früher ein Termin zwecks Herbeischaffung von Beweismaterial verfallen war, fand am Montag ein neuer Termin vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte statt. Der Kläger war durch Justizrat Sello, der Beklagte Weber durch den Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn vertreten.

Als zu Beginn der Verhandlung die üblichen Formalitäten erledigt waren, ergriß Justizrat Dr. Sello das Wort. Er warf dem Angeklagten vor, das Verfahren verschleppt zu haben. Der Angeklagte habe sich gerührt, ein umfangreiches Beweismaterial in Händen zu haben und jetzt sei er noch nicht einmal in der Lage, von seinem umfangreichen Beweismaterial auch nur einen einzigen Beleg zu Stelle zu bringen. Die schwersten Vorwürfe seien gegen einen ehrenwerten Mann erhoben worden, Schimpfworte habe der Angeklagte gebraucht, so unerhört, Beleidigungen, so schändlich, so schwer, so gemein, wie anders er sich kaum denken könne. Diese unerhörte Beleidigung eines ehrenhaften Mannes könne nicht durch Geldstrafe geahndet werden, sondern eine Freiheitsstrafe, und zwar eine empfindliche, müsse den Angeklagten treffen. Die Freiheitsstrafe müsse mindestens auf einige Monate bemessen werden. Der Angeklagte sei aus § 189 zu bestrafen, er habe sich der verleumdenden Beleidigung gegenüber einem Ehrenmann schuldig gemacht.

Rechtsanwalt Cohn erwiderte: Dem Herrn Justizrat sei wohl ein Kapuzenpostler, wenn er von verleumderischer Beleidigung sprach und gleichzeitig die Bestrafung aus § 189 beantragte. Es sei wohl nicht anzunehmen, daß der Vertreter des Klägers die Klage auf § 187 aufheben wolle. Denn er werde doch nicht behaupten wollen, daß der Angeklagte die Angaben über den Kläger wider besseres Wissen gemacht habe. Zur Sache selbst führte Rechtsanwalt Cohn aus: Er wolle nicht, wie der Gegner, mit Entrüstung, sondern mit Beweisen vorgehen. Unberechtigt sei der dem Angeklagten gemachte Vorwurf, er habe die Sache verschleppt und dadurch, wie Justizrat Sello sagte, das Gericht verhöhnt. Die Fristen seien vom Gericht

festgelegt worden, um dem Angeklagten Gelegenheit zur Vorbereitung seines Wahrheitsbeweises zu geben. Wenn sich die Sache so lange hingezogen habe, so treffe deswegen doch den Angeklagten kein Vorwurf. Der Gegner sei im Zerkum, wenn er annehme, der Angeklagte habe keine Beweise. Alles, was gegen den Kläger behauptet wurde, könne in vollem Umfange bewiesen werden. Zunächst durch eine in Berlin wohnende Zeugin, die selbst in Russland war, wo ihr durch Augenzeugen bestätigt worden sei, daß der Kläger, Baron von der Ropp als russischer Ehrenpolizist den Studenten Ernst Koblau erschossen hat. Wenn der Angeklagte diese Handlung als Mord bezeichnete, so sei er dazu berechtigt, und wenn er von feigem Mord sprach, so sei auch das die durchaus richtige Bezeichnung dafür, daß der Baron von der Ropp einen wehrlosen Gefangenen, der sich nicht auf der Flucht, sondern in der Gewalt der Ehrenpolizei befand, niederschloß und zwar in Gesellschaft eines anderen Edelmannes. Um die Person des Klägers und sein ganzes Verhalten richtig beurteilen zu können, sei es angebracht, darüber Beweise zu erheben, daß der Kläger auch in anderen Fällen seine amtlichen Befugnisse als Ehrenpolizist vorsätzlich übertreten hat. In dieser Hinsicht sowie für den Wahrheitsbeweis in bezug auf die Angaben des unter Anklage stehenden Artikels beantragte Rechtsanwalt Cohn, über folgende Tatsachen Beweise zu erheben:

1. Im August 1906 wurden zwei Personen, Wästel Irbe und Meßke beschuldigt, in Kurrien an der Bereanung der Gemeinde- und der staatlichen Brauweinveranschaffungsstellen teilgenommen zu haben. Der Privatkläger hat in Gemeinschaft mit mehreren anderen Irbe und Meßke zuerst in Brunsdorf, hierauf Meßke im Verhältnis zu Grobin mißhandelt, um Geständnisse von ihnen zu erlangen. Gegenüber Meßke befanden die Mißhandlungen darin, daß ihn der Privatkläger mit Häuten, einer Knute (Knappe) und einem Schlagring häufig schlug, mit dem Kopf gegen die Wand stieß, zu Boden warf, mit Fäusten auf ihm herumtrat, ihm einen Revolver in den Mund steckte unter der Drohung, zu schießen, ihm mit einem blutigen Revolver am Ohr vorbeizuführen, wodurch das eine Trommelfell gesprengt wurde, nach allen diesen Mißhandlungen mit kaltem Wasser übergoss, um ihn ins Bewußtsein zurückzuführen und ihn immer wieder von neuem mißhandelte. Meßke mußte ins Krankenhaus zu Libau aufgenommen werden, wo er erst nach vierzehn Tagen das volle Bewußtsein wieder erlangte. Im Krankenhaus wurde auch festgestellt, daß dem Meßke die Hoden frisch herausgerissen und am Bauch frische Wunden waren, die die Eingeweide hervortreten ließen. Meßke, ein Mann von 30—35 Jahren, hat infolgedessen das Aussehen eines Greises.

Diese Tatsachen sollen bewiesen werden durch das Zeugnis von Meßke und Irbe, sowie des Gemeindevorstehers in Grobin und der Krankenhausverwaltung in Libau.

2. Im Frühjahr 1906 hat der Privatkläger den Untersuchungsgefangenen Fritz Strengowitsch, Gemeindeglied in Uttenburg in Kurrien, durch Schläge mißhandelt, um ein Geständnis von ihm zu erlangen, und ihm schließlich ein Stück Fleisch aus der Wade herausgehauen. Beweis für diese Behauptung ist das Zeugnis des Strengowitsch in Birginadlen in Kurrien und des Ernst Witol zu Libau.

3. Im Jahre 1906 hat der Privatkläger den Wirt Andreas Blud, das Gemeindeglied Ernst Witohl den Zimmermann Botaniker, den Schneidermeister Bruwer, sämtlich als Untersuchungsgefangene auf das schwerste mißhandelt, den Blud bis zur Bewußtlosigkeit.

Das soll erwiesen werden durch das Zeugnis des Andreas Blud, Gemeindeglied in Dumingen, und des Ernst Witohl, Mitglied der Medien-Virginialen Gemeinde, sowie durch die Zeugen Botaniker und Bruwer.

4. Im Frühjahr 1906 hat der Privatkläger den Wirtsohn Ernst Sibbe, Mitglied der Gemeinde Medien-Virginialen, Kreis Grobin, einen Untersuchungsgefangenen, in Gemeinschaft mit dem Gerichtshauptmann Kula vorsätzlich erschossen, angeblich auf der Flucht.

Beweis ist das Zeugnis des Kula, des Strengowitsch, der Frau Gemeindevorsteherin Witwe Jöbel in Medien-Virginialen.

5. Daß der Privatkläger den Ernst Koblau vorsätzlich und nicht auf der Flucht erschossen hat, werden als Augenzeugen bezeugen: die Hütteninhaberin Luise Zagda, die Hütteninhaberin Stegemann, der Gemeindevorsteher Waldon, der Gemeindevorsteher Rosenthal, sämtlich in Grobin. Die Herzogin Frau Dr. Hildegard Menzi in Berlin wird bezeugen, daß ihr Augenzeugen den Hergang der vorsätzlichen Tötung, die nicht auf der Flucht geschehen ist, bezeugt haben. Der Gemeindevorsteher zu Grobin wird bezeugen, daß die Leiche Koblau's Wunden auf der Brust und am Vorderkopf gehabt hat, daß demnach Koblau nicht auf der Flucht erschossen worden ist. Auch sollen die Augen der Leiche den Einbruch gemacht haben, als ob sie vorsätzlich zerstört wären, in der Art, wie sie Prinz Arenberg seinerzeit an einem Mörder gerührt hat.

Justizrat Dr. Sello widersprach der vom Vertreter des Beklagten beantragten Beweiserhebung, soweit sie über den zur Verhandlung stehenden Fall hinausgeht. Die Hinzuziehung neuer Fälle sei eine auf Stimmungsbeuge berechnete tendenziöse Mach.

Rechtsanwalt Dr. Oskar Cohn betonte, die von ihm beantragte Beweiserhebung müsse in vollem Umfange zugelassen werden. Denn es sei mindestens für das Strafmaß erheblich, daß festgelegt werde, ob das ganze Verhalten des Privatklägers, eines jungen Mannes von einigen zwanzig Jahren, als Ehrenpolizist gegenüber politischen Gefangenen ein derartiges gewesen sei, daß die irdischen Worte, welche der Angeklagte gebrauchte, in vollem Maße berechtigt waren.

Das Gericht beschloß die Verhandlung zu vertagen. Zunächst soll dem Justizrat Sello Gelegenheit gegeben werden, die Beweisanträge einzusehen und sich dazu zu äußern. Dann wird das Gericht in einem neuen Termin beschließen, in welchem Umfange es die Beweiserhebung zulassen will.

Soziales.

Strafen für Unternehmensvertreter.

Wegen Vergehens gegen das Vergesetz war am Montag vor der Strafkammer Halle der Reichsführer Josef Stadler von der Grube „Henriette-Hermine“ in Osendorf bei Halle angeklagt. Er hatte die Straflisten der Arbeiter nicht ordnungsgemäß geführt und den Grubenarbeitern die achtstündige Arbeitszeit nicht gewährt. Der Angeklagte wollte die Verantwortlichkeit von sich abwälzen, wurde aber durch den Vergleichsverständigen für überführt erklärt und zu der Geldstrafe von — ganzen 21 Mark verurteilt.

Die Ursachen der Landflucht.

In jüngster Zeit sind eine ganze Reihe von Untersuchungen über die Lebensverhältnisse der Arbeiter auf dem Lande und der Stadt veröffentlicht worden, um zu beweisen, daß die Arbeiter auf dem Lande eher besser leben als in der Stadt, und um damit der Landflucht entgegenzuwirken. Das interessanteste und wertvollste dieser Bücher ist das von Dr. Oskar R. Hubert: „Umrundungsgang ostpreussische Arbeiter und Arbeiterfamilien“ (Verlag von Gustav Fischer in Jena), das eine sehr sorgfältige Arbeit darstellt, aber eben deshalb als ein gänzlich mißlungener Versuch gelten muß, den beabsichtigten Beweis zu erbringen. Ueber die aus den Gefilden der ostpreussischen Junkler nach Königsberg gewanderten unverschuldeten Arbeiter stellte Hubert fest, daß der verbleibende Vorberdienst der Arbeiter, nach Abzug der Ausgaben für Wohnung, Essen usw. in Königsberg, trotz des niederen Lohnes, den ein Tagelöhner in dieser Stadt erhält, im allerhöchsten Maße doppelt so hoch war als auf dem Lande, in vielen Fällen aber das vier-, fünf- und sechsfache betrug! Auf dem Lande erhielt der Arbeiter

Wohnung (im Pferdestall) und eine schlechte Kost; Wäsche und Anzüge wurden ihm unentgeltlich gereinigt. In der Stadt mußte der Arbeiter dies alles von seinem Lohne bezahlen. Nach Befriedigung dieser Bedürfnisse verblieben nun nach Huberts Untersuchungen folgende Barlöhne in der Stadt und auf dem Lande übrig:

Nummer des betr. Arbeiters	Gesamtarbeitlohn auf dem Lande	Rest des Barlohnes in der Stadt
20	150,00	114,00
11	75,00	155,00
17	86,00	218,00
15	90,00	223,15
12	90,00	290,00
21	86,00	300,40
19	87,00	388,00
22	180,00	406,00
14	100,00	409,75
16	78,00	477,20
24	180,00	496,80
23	91,25	541,50

Der Arbeiter mit 227 M. Barlohn auf dem Lande hatte eine bezorgte Stelle als Aushilfer; im übrigen ist, von Nr. 20 abgesehen, die Befestigung der Arbeiter so ersichtlich, daß auch Hubert zugibt, die Lage der Arbeiter habe sich wesentlich verbessert. Dabei konstatiert Hubert, daß auch die Kost der Arbeiter in Königsberg eine weit bessere war als auf dem Lande! Und dabei führten diese Arbeiter als Tagelöhner auch in der Stadt ein sehr ärmliches Leben. Nur von den Verheirateten sagt Hubert, daß sie sich in der Stadt nicht besser, eher schlechter stellten als auf dem Lande. Aber auf das Land zurückgeführt ist kein einziger — und das besagt mehr als alle Untersuchungen!

Aus Industrie und Handel.

Vorteil der Regiarbeit.

Von Interessenten wird der Forderung der kommunalen Regiarbeit gern die Behauptung entgegengestellt, die Kommune arbeite teurer als der Privatunternehmer. Einen Beweis des Gegenteils hat die Stadt Richtenberg mit der leider erst in bescheidenem Umfange aufgenommenen Pflasterarbeit in Eigenregie erbracht. In der Zeit vom 6. Juli bis 15. Oktober 1906 hat die Stadt 3158,40 Quadratmeter Reihenspaltplaster selbst ausgeführt. An Kosten sind dadurch entstanden: Arbeitslohn 2847,40 M., für Kieslieferung 288,75 M., für Fuhrleistung 90,50 M., soziale Beiträge 119,09 M., diverse sachliche Kosten 7,72 M., Inanspruchnahme von Beamten 423,44 M., Amortisation und Abnutzung der Geräte 127,03 M.; insgesamt 4903,99 M. Bei Ausführung der angegebenen Arbeiten durch einen Steinsechmeister hätte die Stadt, legt man die vertraglichen Einheitspreise für Unterhaltungsarbeiten aus dem Jahre 1906/07 zugrunde, 5296,11 M. zahlen müssen. Diese Rechnung ergibt für den Stadtsäckel schon eine Ersparnis von 292,12 M. Die Steinsechmeister arbeiten aber nicht mehr zu den erwähnten Einheitspreisen, sie verlangen jetzt einen Aufschlag von 25 Prozent. Selbst wenn man mit nur 10 Prozent rechnet, erhöht sich die Ersparnis für die Stadt um rund 530 M.; danach kann man die Winderausgabe der Stadt auf circa 1000 M. veranschlagen. Die Regiarbeit stellt sich mithin um 15 bis 20 Prozent billiger als bei Vergebung der Arbeiten an einen Privatunternehmer.

Ungünstige Geschäftslage.

Nach dem letzten Geschäftsbericht des Stahlverbandes könnte man den Eindruck gewinnen, als ob sich Anzeichen einer Belebung bemerkbar machen. Das Gegenteil wurde am Sonnabend in der Jahresbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats konstatiert. Der Bericht darüber meldet folgendes:

Die Fortdauer der ungünstigen Geschäftslage fast sämtlicher einzelindustrieller Erwerbszweige, namentlich aber der Eisenindustrie, ist auch im Monat September dieses Jahres auf den Abfall des Kohlenyndikates von nachteiligem Einfluß gewesen. Wegen Abfahrmangels konnten die gelieferten Kohlen- und Brickettmengen im vollen Umfange nicht abgelegt werden, so daß das Stundblatt wiederum genötigt war, größere Mengen auf Lager zu nehmen. Der Abfahrmangel hat sich auf sämtliche Kohlenarten und insbesondere aber auf Feinkohlen und Bricketts erstreckt. Im Vergleiche zum Monat September des Vorjahres ist allerdings im Berichtsmonat für Kohlen und Bricketts noch eine bedeutende Steigerung des Abfahres zu verzeichnen, welcher sich arbeitsmäßig für Kohlen auf 9964 Tonnen = 6,53 Proz. und für Bricketts auf 295 Tonnen = 3,7 Proz. beläuft. Dieser Steigerung steht indessen im Kohlenabfahre eine Abnahme von arbeitsmäßig 10 322 Tonnen = 28,72 Proz. gegenüber.

Der schwache Kohlenabfahre hat ein beträchtliches Anwachsen der auf den Rechen lagernden Kohlenbestände zur Folge gehabt. Im laufenden Monat ist eine weitere Verschärfung des Abfahres eingetreten, indem in der letzten Zeit die Abbestellungen in Kohlen und Bricketts einen größeren Umfang angenommen haben. Neben dem geringen Bedarf der Industrie ist auch in den Abfahren der Eisenbahnverwaltung und Schiffahrtsgesellschaften infolge des starken Verkehrsdrückes ein erheblicher Anfall zu verzeichnen. Das gleiche trifft bezüglich des Bedarfs der Gasanstalten zu. Auch die Abfahrerungen für die verschiedenen Lager, sowohl für diejenigen am Oberrhein, wie die des Groß- und Kleinhandels und der vom Kohlenyndikat angelegten, können in seitheriger Weise nicht mehr fortgesetzt werden, da die Lager inzwischen fast ausgefüllt sind.

Seit September 1907 ist die Spannung zwischen Förderung und Abfahre so wesentlich geworden, daß erstere letzteren um mehr als 1 Million Tonnen überwiegt. Es ist anzunehmen, daß diese Mengen auf Lager genommen worden sind. Bis zum Februar 1908 ging der Gesamtabfahre in einigen Monaten sogar noch über die Förderung hinaus, im September 1907 überholte er sie um 53 932 Tonnen, im Dezember gar um 118 924 Tonnen und schließlich noch einmal im Februar dieses Jahres um 14 000. Seitdem bleibt der Abfahre un- ausgefüllt hinter der Förderung zurück.

Die Stahlverbändler werden schließlich die Wille der „Guten Hoffnung“ doch wohl absehen müssen, denn dauernd können sie mit ihren Situationsberichten der Öffentlichkeit nicht imponieren.

Agrarische Lebensmittel.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ gibt einem Marktbericht folgende Einleitung:

„Der Konsum scheint in einigen Artikeln zurückzugehen. Man schrieb das auf Arbeitslosigkeit größerer Volksklassen, wie sie sich in manchen Zweigen der Industrie bemerkbar macht. Andererseits finden schon viele Festlichkeiten statt, durch die sehr viel Lebensmittel erforderlich werden. Wer als Händler mit Gastwirten arbeitet, hat deshalb heute sehr oft erhöhten Umsatz.“

Das Blatt denkt da offenbar an Festlichkeiten, die einen erhöhten Konsum von Ravar, Lachs, Hummer, Gänseleberpasteten usw. im Gefolge haben. Von den Schmausereien auf Festlichkeiten werden die Arbeitslosen nicht satt, aber das ist auch nicht Sorge dezer vom gestrigen Strohdach. —

Internationale Abmachungen. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, fand in der vergangenen Woche in Paris eine Versammlung der deutschen, belgischen und französischen Stahlwerke statt, deren Zweck die Erneuerung der von den deutschen Werken für Ende dieses Jahres geplanten Abmachungen für den Verkauf von Holzzeug in Belgien bildete. Die Sitzung verlief unter dem Vorsitz von Francois de Wendel in freundschaftlicher Weise und führte zur Verlängerung des Abkommens auf weitere drei Jahre.

Aus der Frauenbewegung.

Obwohl — trotzdem.

Während die Frauen der sozialdemokratischen Partei sich am vergangenen Dienstagabend mit ihren Parteigenossen in Massenversammlungen zusammensanden, zur Demonstration für Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen, und zwar des gleichen Wahlrechts für beide Geschlechter, sohen die liberalen bürgerlichen Frauen, gänzlich verlassen von ihren Parteigenossen, über Preußens Landtagszusammensetzung ebenfalls zu Gericht.

Die liberalen Frauen muhten feststellen, daß trotz ihrer Einladungen die liberalen Abgeordneten durch Abwesenheit glänzten. Die Frauen hatten somit den Verdacht, daß sie auf die Unterstützung ihrer Parteigenossen bei ihrem Kampf um das Frauenstimmrecht nicht rechnen können. Mit dieser Tatsache fanden sie sich resigniert ab und suchten Trost in der Erklärung, die Frauen würden schon beweisen, daß sie ihre Sache allein auszufechten verständen, und daß sie auch ohne ihre Parteigenossen das Stimmrecht erlangen werden. — So wissen die Damen der Logik der Tatsachen zu entgehen. Wohl fühlen sie sich verraten, aber sie schwören doch Treue den Verrätern.

In ihren Referaten übten die Rednerinnen hier und da scharfe Kritik an der Politik ihrer Parteigenossen, — so z. B. wurden der Mache der Blodpolitik scharfe Tadel ausgesprochen. Sache der Frauen sei es, führte eine Rednerin aus, die Befinnungslosigkeit, die sich bei den liberalen Parteigenossen eingeschlichen habe, energisch zu bekämpfen. Um einiger unwichtiger Nebenforderungen willen gemeinsame Politik mit den eigentlichen Gegnern zu machen, und vom Wege der wirklichen liberalen Forderungen abzuweichen, sei selbstmörderischer Parteiverrat. Doch die Frauen würden den guten echten liberalen Geist wieder zur Geltung bringen. — Der Rufus reizt zum Lachen! Hat doch Fräulein Pfannenstiel die

„freistimmige“ Ausnahmegerichtsmacherei beim Reichsbereinsgesetz mit echt preußischer Blodbravour verteidigt! Und ist aus dem Lager der „liberalen Frauenpartei“ Protest erhoben gegen die Entziehung der Polen und Jugendlichen? Nein! Und da redet man von Wiedererweckung des liberalen Geistes. — Unter den verschiedenen sozialpolitischen Aufgaben wurden auch die traurigen Zustände in den Volksschulverhältnissen beleuchtet, und wieder hatten die Frauen ihren liberalen Parteiführern zu sagen, daß sie auch hierin ihre Pflicht, für Reformen einzutreten, gänzlich vernachlässigt hätten.

Man wies auch auf das Zentrum hin, das viel schneller die Situation erfasst hätte und die Frauen für die ultramontanen Forderungen heranzuziehen sucht. Man brauche sich nicht zu wundern, wenn man von dieser Seite her das Stimmrecht beläme.

Darüber sind sich also die liberalen Frauen einig, daß sie Hilfe aus dem eigenen Lager nicht zu erwarten haben; aber sie wollen das Stimmrecht nehmen, woher sie es bekommen können. Ob von sozialdemokratischer, ob von seiten des Zentrums, irgendwoher werden sie es schon kriegen, meinte eine Rednerin. — Daß die liberalen Frauen das Stimmrecht annehmen werden, selbst wenn es von den bösen Schwarzen oder Roten kommt, ist nett von ihnen. Diese tröstliche Zusage löst uns ein Rätsel. Es ist noch nicht sehr lange her, da erklärte eine Vorsitzende des Frauenstimmrechtsbundes: Entweder der Liberalismus tritt für unsere Forderung ein, oder... Wir haben damals um Interpretation des „oder“ gebeten. Vergeblich! Heute kennen wir den Sinn: ... oder — wir nehmen das Stimmrecht von anderer Seite an! Daß die Frauen mit solchem entschiedenen Liberalismus Staat machen können, glauben sie wohl nur allein.

Zum Schluß der Versammlung beleuchtete Frau Cauer, wie sich der Liberalismus immer wieder vom Fürsten Wilow fördern läßt. Sie meinte, Fürst Wilow versteht es nicht nur, sich einmal auf den einen und ein anderes Mal auf den anderen Stuhl zu setzen, er bringe

logor fertig, was andere nicht können — sich zwischen zwei Stühle zu setzen. — Man wird schon dankbar sein, daß das Wahlrecht in der Thronrede überhaupt erwähnt wurde, meinte sie ironisch.

Frau Cauer setzt demnach alle Hoffnung auf die Sozialdemokratie, höchstens noch etwas auf die Ultramontanen, vom Liberalismus hat sie nichts mehr zu erwarten. Trotzdem giebt man nicht die Konsequenzen. Mit welchem und zwar berechtigten Spott würden die bürgerlichen Frauen unsere Genossinnen traktieren, wenn diese erklärten: verraten sind wir von unserer Partei — aber trotz alledem, wie folgen ihrer Führe!

Versammlungen — Veranstaltungen.

Stegly, Mittwoch, den 28. Oktober, 8 Uhr, öffentliche Frauenversammlung im Restaurant Schwelbese. Vortrag der Genossin Dittlie Waaber: „Haben die Frauen ein Interesse an der politischen Bewegung?“

Eingegangene Druckschriften.

Reclams Universal-Bibliothek, 5081. Die unsichtbare Züngerin. Das Hauptland. Zwei Romane von Maurus Jöhal. — 5082. Der Abend. Schauspiel von B. Lindan. — 5083-5085. Die echte Frau. Roman von Florence Gordon. — 5086. Erläuterungen zu Meisterwerken der Tonkunst. — 5087. Meister Vintpant. Weihnachtsmärchen von W. Müller. — 5088. Lustig Fagd. Humoresken von G. Vandrom. — 5089/40. Ohne Heim. Romane von G. Santel. — Einzeldr. 20 Pf. Verlag: G. Reclam in Leipzig.

Goethes Sprache in Reimen. Herausgegeben von Kar Feder. Gebunden 2 M. — Goethes Sprache in Prosa. Herausgegeben von G. Krüger. Gebunden 2 M. — Insel-Verlag in Leipzig.

Jahrbuch 1907 des Zentralverbandes der Maurer 1909. 50 Pf. — Verlag: Th. Bismelburg (Zentralverband der Maurer) in Hamburg.

Zur Einführung in das akademische Leben an der lgl. techn. Hochschule zu Berlin. 42 S. — Verlag freirechtlicher Schriften in Charlottenburg, Markt. 2.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Görtiger Viertel,
Bezirk Nr. 223.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Maurer
Heinrich Voigt
(Rorster Straße 43)
gestorben ist. 222/3
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Nachruf.
Am 20. Oktober verstarb unser
Mitglied, der Dreher
Hermann Buske
Grünhäger Straße 56a.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung hat bereits
am 22. Oktober auf dem Hofst.-
Friedhof-Stirchhose stattgefunden.
230/10 Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Dreher
Otto Bretag
am 23. d. M. an Lungenleiden
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. d. M., nachm.
1/2 Uhr, von der Leichenhalle des
Luisen-Richthofes in Westend,
Fürstentruamer Weg, aus statt.
Nege Beteiligung erwartet.
124/1 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden u. Verwandten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser guter Vater,
der Wagner
Adolf Kröbel
am 24. Oktober gestorben ist.
Die trauernde Witwe u. Kindern.
Beerdigung heute Dienstag,
nachm. 3/4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofes in
Friedrichshelde aus.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß meine
liebe Frau, unsere gute Mutter
und Schwiegermutter
Auguste Stegmann
geb. Blümel
am Sonntag, den 25. d. M., an
den Folgen einer schweren Ope-
ration gestorben ist.
Dies zeigen tiefbetrubt an
Otto Stegmann nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 28. d. M., nach-
mittags 4/2 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Thomas-Richthofes,
Nikdof, Hermannstraße, aus statt.

Dankagung.
Für die zahlreiche Beteiligung bei
der Beerdigung meines lieben Mannes
Hermann Buske
sagen allen Freunden und Bekannten,
insbesondere dem Deutschen Metall-
arbeiterverband, dem Herrn Weiser
als auch den Kollegen der Metzerei
der H. & G. unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Wichtig für Kranke
und Schwache**
wird die wissenschaftlich festgestellte Tatsache sein, daß Deutsch-
land im Kampf der Stahlbrunnen einen Heilschritt ersten
Ranges besitzt, der verdient, dauernd der leidenden Menschheit
zugänglich gemacht zu werden.
Tausende wurden gesund.
Dankesworte nach erfolgreichen Kuren: „Ich litt schon einige
Jahre an unruhig quälenden Nerven- und Verdauungs-
störungen, Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, großer Schwäche
des ganzen Körpers und Abmagerung, so daß es mit
meinen Kräften immer mehr zu Ende ging. Durch den
kurzen Gebrauch des Lamshelder Stahlbrunnens bin
ich von allen Beschwerden befreit worden.“ — „Hier-
durch sage ich der Verwaltung des Lamshelder Stahl-
brunnens herzlichsten Dank für den ausgezeichneten Heil-
brunnen. Infolge einer schweren Krankheit mit großem
Blutverlust war meine Frau so heruntergekommen, daß ich
glaube sie zu verlieren. Sie konnte nicht mehr schlafen,
nicht essen, vor Schwäche nicht mehr auf den Füßen stehen
und wurde oft ohnmächtig. Meine Frau ist nur durch
diesen Brunnen mir und meinem Kinde erhalten.“
Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von
Frauenkrankheiten, Nerven- und Darmleiden, Nervenkrank-
heiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung
der Blutmenge und Verbesserung der Blutzusammensetzung not-
wendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer
Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen er-
schöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. —
Beschreibung kostenlos durch: Lamshelder Stahlbrunnen in
Düsseldorf S. 104.

H. & P. Uder, SO., Engelufer 5
Tabakfabrik und Tabakgroßhandlung.
Anerkannt größtes Lager sämtlicher Tabakfabrikate.
Zigaretten
in sämtlichen gangbaren Marken.
Höchste Rabattsätze.
Verkauf nur an Wiederverkäufer.
Telephon Amt 4, 8014.

Einmaliges Angebot
solange der Vorrat reicht:
Nochelegante
Herren Anzüge u. Paletots
Regulärer Wert bis 48.00, jetzt nur 18.00
Bei Massanfertigung 20% Rabatt.
J. Kurzberg
Rosenhallerstr. 40 | A. d. Jannowitzbrücke 1
direkt Hackescher Markt | direkt am Bahnhof

Goldblondchen
alkoholfreies Erfrischungsgetränk.
zu beziehen durch die meisten
Bierverleger und Mineralwasserfabrikanten
Generalvertrieb: **Ernst Krüger, G. m. b. H., NO., Höchstestr. 28.**

MANOLI
Cigarettes
Abbas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Sie **Möbel** kaufen, besichtigen
Sie bitte ohne Kaufzwang
Ehe Paul Burows
Möbelfabrik
Lindenstraße 105 (Hall. Tor)
Großer Räumungs-Ausverkauf
wegen Umzuges zu Fabrikpreisen !!
Event. Teilzahlung

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Blendol
mit dem
Putzmännchen
bestes flüssiges
Metall-
Putzmittel.
In Glasfl. zu 10 u. 25 Pf. Blechfl.
z. 20, 30 u. 50 Pf. Pf. überall erh.
Urban & Lemm, Charlottenburg

Dr. med. Karl Reinhardt spezial-
ärztliche Institute für Haut-,
Harnleiden, Potsdamer Str. 117
(1/12-2 und 1/2-3-9 abends)
Neanderstr. 12 (nahe Rammowbrücke)
(1/10-11 und 1/2-3-5 Uhr). Voll-
kommenstes kombiniertes Heil-
verfahren bei frühen und veralteten
Fällen. Ausführl. Broschüre über den
Wert künstl. Abl. Heilmethoden in ver-
schloffen. Ruver gratis u. postfrei.

Mastgeflogel, Butter
Liefert frei 5 kg-Rord, täglich ge-
schlachtet, sauber gerupft, 1 Schmalz
od. Bratgang mit Kiefigeflogel 5,25 M.
3-4 feste Euten od. Bouillards od.
Suspensionshner 5,50 M. Natur-Rud-
butter 10 Pf. Koll 7,50 M. Toni
Andermann, Buezac via Breslau N. 2.

Reste
Damentuche, (djwan) u. farbige.
Kostüm-Stoffe, neueste Muster.
Seide, Sammet, Besätze, Futter-
stoffe, Cheviot-Kammgarne
zu Ansehen-Angehigen.
Konfektion:
Paletots, Jacketts, Staubmäntel,
Kostüme, Kostümröcke.
Stets Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
Warschauerstr. 18. (*)

Reichel's echter
Wacholder-Extrakt Marko „Medico“
wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht,
Zöchlas, Hämorrhoiden, Magenbeschwerden, Frauenleiden, Nieren-
und Harnleiden, Gelenkleiden, Asthma u. gebraucht, ist schlein-
lösend auf Brust und Lunge, treibt Gichtstoffe aus dem Körper,
regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel
sonders geeignet. Unvermischt in seiner für alle Teile des Organismus
nützlichen Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit!
In Flaschen a 75 Pf., 1.50 und 2.50, große Flasche 4 M. 6.—,
einzig echt von
Berlin SO. 43, P. Anstalt
Eisenbahnstr. 4. IV. 4761, 4762, 4763.
Wo in den Drogieren und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus-
*Man verlange aus-
Warnung: brüchlich Marke **Medico** andere Fälschungen.

Sieben erschienen:
Der Ursprung des
Christentums.
Eine historische Untersuchung
von
Karl Kautsky.
Der Verfasser behandelt das
Thema in folgenden 4 Haupt-
abschnitten: I. Die Persönlich-
keit Jesu. II. Die Gesell-
schaft der römischen Kaiser-
zeit. III. Das Judentum.
IV. Die Anfänge des
Christentums.
Preis brosch. 5 M., geb. 5,75 M.
25 Jahre sozialdemokratischer
Arbeit in der Gemeinde.
Die Tätigkeit der Sozial-
demokratie in der Berliner
Stadtverordnetenversammlung
Auf Grund amtlicher Quellen
geschilbert von
Paul Hirsch.
Zehn 600 Seiten umfassend,
in Halbfranz geb. Preis 15 M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Gabe meine Praxis wieder
ausgenommen. 2460b*
Frau Dr. Bornstein-Barth,
Großbeerenstr. 1.
Sprechstunden 1/2-9-1/10, 1-2.
Pelzwaren
Kolliers u. Muffen
Einzelverkauf
zu
Fabrikpreisen
Jerusalmer Str. 27,
III. Etage.

Hygienische
Bücherkatalog. Neuest. Katalog
in Empfehlung. A. v. Prof. grad. u. Dr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.
Achtung!
Sumatra, dritte Länge-
Vollblatt, sehr deckfähig
und sicher brennend
per Pfund 2,20 M.
Hamburger Rohrtabak-Haus
Filiale: **BERLIN N.,**
Brunnenstr. 190. *

Möbel
Schulz
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Acußerst billige Preise.
und 45012*
Ratenzahlung.

Zur Aufklärung = über Henkel's modernes Waschmittel = **Persil.**

Auf allen Gebieten sind fortgesetzt Neuerungen und Verbesserungen erschienen, die oft eine vollständige Umwälzung der bestehenden Verhältnisse verursachten.

Nur ein Gebiet ist von dem allgemeinen Streben nach Verbesserung bisher fast völlig unberührt geblieben, nämlich das der

Reinigung der Wäsche.

Schon seit mehr als tausend Jahren wäscht man mit Seife stets in der gleichen primitiven, zeitraubenden und anstrengenden Weise! Alle Versuche, hier einen bedeutsamen Fortschritt zu erzielen, sind nicht durchschlagend gewesen. Erst der jüngsten Zeit blieb es vorbehalten, eine völlig befriedigende Lösung der Waschfrage zu bringen, nämlich durch das neue, selbsttätige Waschmittel

„Persil“

dessen Wasch- und Bleichkraft bei garantiert absoluter Unschädlichkeit geradezu enorm ist. Kein Reiben und Bürsten, nur ein einmaliges, halbstündiges Kochen und die Wäsche wird wie von selbst blütenweiß. Dabei denkbar

größte Schonung und längere Lebensdauer der Wäsche!

Auch die Preisfrage spielt keine Rolle!

für ein Quantum Wäsche, das mit $\frac{1}{2}$ Pfund „Persil“ also für 35 Pf. gewaschen wird, braucht man sonst für mindestens 25 bis 30 Pf. gute Seife, Soda oder sonstige Waschmittel; nun aber wäscht „Persil“ die Wäsche in etwa $\frac{1}{3}$ der sonst erforderlichen Zeit spielend leicht und ohne Mühe. Sollte diese Zeitersparnis der Hausfrau nicht mehr wert sein, als die paar Pfennige, die „Persil“ vielleicht mehr kostet?

Außerdem aber bietet „Persil“ einen völligen

Ersatz für Rasenbleiche

indem es die Wäsche nicht nur blendend weiß macht, sondern sie auch dauernd weiß erhält.

Alle diese Vorzüge zusammen genommen ergeben:

Höchste Reinigungs- und Bleichkraft — denkbar geringste Arbeitsleistung — größte Schonung und Erhaltung der Wäsche — sowie bedeutende Ersparnis an Zeit, Arbeit, Mühe und Geld.

„PERSIL“ ist das Produkt langjährigen, sorgsamsten Studiums; seine Herstellung geschieht sehr sorgfältig unter genauer Kontrolle unseres Laboratoriums und unter besonderer Aufsicht unseres Dr. Henkel. Deshalb

VORSICHT

beim Einkauf anderer Waschmittel, da viele minderwertige Nachahmungen existieren, die in Wirksamkeit an „Persil“ nicht im entferntesten heranreichen und die unter Umständen schädlich für die Wäsche sind.

Millionen Hausfrauen, die „Persil“ dauernd gebrauchen, sind beredte Zeugen für dessen Güte. Erkundigen Sie sich bei Ihren Bekannten und versuchen Sie es selbst, auch Sie werden dann bald die Vorteile des „Persil“-Gebrauches erkennen.

Alleinige Fabrikanten:

Henkel & Co., Düsseldorf

Basel, Brüssel  Gegründet 1876.  London, Wien.

Auch Fabrikanten der weltbekannten Henkel's Bleichsoda.

Auf allen beschickten größeren Fachausstellungen mit ersten Auszeichnungen und vielen Ehrenpreisen prämiert.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Versammlungen statt...

Dritter Wahlkreis! Sonntag, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Versammlung für Männer und Frauen statt...

Sechster Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, finden zwei Mitgliederversammlungen statt...

Schöneberg. Heute Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, findet in den „Neuen Rathsausälen“ die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt...

Lankwitz. Am Mittwoch, den 28. d. Mts., findet die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins im Lokal „Ebel“, Rariensfelderstraße 9, abends 8 Uhr, statt...

Tempelhof. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Wilhelmsgarten“, Berliner Straße 9, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt...

Friedrichsfelde. In der heutigen Mitgliederversammlung, die 8 1/2 Uhr im Lokal von Vaudorf, Berliner Straße 18, stattfindet, wird der Genosse Georg Udo über das Thema: „Die wirtschaftlichen Krisen“ referieren...

Pankow. Die heute fälligen Mitgliederversammlungen fallen aus. Wir machen die Genossen auf die bevorstehenden Gemeindevahlen aufmerksam und eruchen, sich den Bezirksführern zu den Vorarbeiten zur Verfügung zu stellen...

Reinickendorf-Ort. Heute abend 8 Uhr findet bei Schaller (Wornia-Parc), Provinzstraße 69, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Genosse Kunert spricht über: „Der Militarismus“.

Berliner Nachrichten.

Polizeihunde.

Unsere moderne Großstadtpolizei befindet sich nach einer bestimmten Richtung hin auf einer Linie, die man je nach Belieben als aufsteigend oder absteigend bezeichnen kann. Lang, lang ist's her, als sie sich bei der Aufspürung von Kapitalverbrechen lediglich auf die menschliche Intelligenz verließ. Je mehr alle übrige Welt in geistiger Beziehung Fortschritte machte, um so weniger profitierte der rüchständige Polizeigeist davon. Eines Tages machte aber selbiger Geist doch einen ungemein wichtigen Fang. Er spürte den schönen Vers eines leider unbekannt gebliebenen Dichters auf: „Als der liebe Gott die Welt erschaffen, schuf er Fische, Vögel, Hunde, Affen“ — und borgte sich die fehlende Intelligenz aus dem Tierreich. Seit jener großartigen Entdeckung erfreuen wir uns des liebevoll gehegten und gepflegten Instituts der königlich preussischen Polizeihunde. Bürgerliche und reaktionäre Schwarmgeister verherrlichten diesen Hörsprung des Polizeigeistes in allen Tonarten. Nun konnte es ja an Erfolgen nicht mehr fehlen. Nach Art amerikanischer Bluthunde würden jordan die vierbeinigen Polizeispitzel auf gehegtes Edelwild Jagd machen — und wenn sie dabei wirklich mal ein paar Stücke Fleisch aus dem Leibe rissen oder dem Gehegten die Gurgel durchbissen, so wärs ja um solchen Menschen, um einen Schandfleck der Menschheit nicht schade. Aber ganz abgesehen von der moralischen Seite der Sache, abgesehen auch von dem an die grauesten Zeiten des Mittelalters erinnernden, doch immerhin sehr rohen Untergrund dieses Polizeiproduktes haben die Polizeihunde bis jetzt nicht im geringsten das gehalten, was man sich von ihnen versprochen. Nicht ein einziger Mörder, nicht ein einziger „schwerer Junge“ ist mit ihrer Hilfe gefasst worden. Eigentlich bedeuteten sie ja von vornherein nichts sonderlich Neues, nur einen Ausbau der polizeilichen Dressuranstalt. Weiteren Kreisen dürfte es nämlich praktisch schon bekannt geworden sein, daß es seit Jahrzehnten auch dressierte Polizeipferde gibt, die mit allen Finissen und Schikanen des Polizeimilitarismus gedreht werden, um friedliebende Arbeiter, auch wenn sie bloß Massenpaziergänge veranstalten oder in ungedämmtem Massenbewußtsein die einzig wahre Volkshymne singen, träftig auf die Führerwagen zu trampeln. Für Radaupatrioten, die zu mitternächtiger Stunde nach dem Schießschloß an der Spree ziehen und in halber Trunkenheit rühmehaft den Värm verüben, sind natürlich weder vierbeinige Führerwagenoperatoren, noch jähneltschende Bluthunde da. Ja, du Königstreuer Michel, das ist etwas anderes!

Rechtlich so hat man sich wohl auch die Wirksamkeit der Polizeihunde gedacht. Die Berliner Polizei besitzt bereits ein volles Duzend dieser Renommierdier, und es wird, wenn man so fortschreitet, vielleicht noch mal dahin kommen, daß kein „Kriminal“ ohne Revolver, Gummiknüppel, Schlagring und Polizeihund sich über die Großstadtstraße wagt. Selbstverständlich sind wir nicht so rückständig, um etwa zu behaupten, daß solche Käser keinen wichtigen Dienst leisten können. Sicher vermag mancher intelligente Hund auf eine Verbrecherfährte zu leiten, die mancher weniger intelligente Mensch nicht zu finden imstande ist. Aber der bedauerliche Schwerpunkt dieser polizeilichen Einrichtung liegt darin, daß die Polizeihunde, die ihrer ursprünglichen Bestimmung nach lediglich zu kriminellen Zwecken benützt werden sollten, heute eine Verwendung finden, gegen die mit allem Nachdruck protestiert werden muß. Schon die neue Mode, die in unseren Parkanlagen unbefugt nachgehenden Personen durch Polizei-

hunde aufstöbern zu lassen, hat selbst da, wo man sonst mit der Polizei einen Strang zieht, peinlich berührt. Der Staat wird doch wahrhaftig nicht zusammenstürzen, wenn statt zwanzig dieser unglücklichen Obdachlosen nur zehn den Greisern in die Hände fallen. Im höchsten Grade ungehörig ist es aber, daß diejenigen Kriminalbeamten, denen vorzugsweise Polizeihunde als Adjutanten beigegeben sind, diese auch dann mit sich führen, wenn sie vor Versammlungstisolen den Schluß der Volksversammlungen abwarten — und damit vielleicht die Gelegenheit, die Polizeihunde dem Volke in Freiheit dreffiert vorzuführen. Das hat sicher einen Zweck, aber ebenso sicher keinen Sinn.

Zu welchen Geschmacklosigkeiten sich die Einrichtung der Polizeihunde verirrt, zeigt jetzt die öffentliche Vorführung eines solchen, allerdings eines nicht schwarz-weiß gefleckten Käfers, im Zirkus Schumann. Was hier demonstriert wird, hat nur ziemlich problematischen Wert. Daß die Wirklichkeit ganz anders aussieht, beweisen die obigen Ausführungen. Die Berliner Polizei hätte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen sollen, im Jagdenbüchsen Raubtierzirkus, der ja monatelang unter ihrer Nase aufgebaut war, gleich die ganze königlich preussische Polizeimeute „in Freiheit auf den roten Mann dreffiert“ vorzuführen.

Eine Konferenz deutscher Vorortsgemeinden, zu der etwa dreißig Vorortverbände bzw. Gemeinden Vertreter entsandt hatten, fand gestern im hiesigen Rathaus statt. Die Verhandlungen bezogen sich im wesentlichen auf die Herbeiführung besserer und billigerer Verkehrsverbindungen zwischen den Vororten und den Großstädten. Es wurde schließlich folgende Resolution angenommen: Die Versammlung der Vertreter deutscher Vorortsgemeinden richtet erneut an den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten die Bitte, den Nahverkehr zwischen den Großstädten und ihren Vororten zu verbessern durch Ermäßigung des Preises der einfachen Fahrkarten nach Berliner Muster. Sollte dies zurzeit jedoch nicht tunlich sein, so sprechen wir die Bitte aus, unsern Wünschen zunächst dadurch entgegenzukommen, daß das Prinzip, Sonntagsfahrkarten nach den Vororten an einigen Wochentagen auszugeben, weiter ausgebaut wird, und daß das Prinzip der Sonntagsfahrkarten auch in umgekehrter Richtung (also von den Vororten nach den Großstädten) zur Anwendung gebracht wird. Als Ort der im nächsten Jahre abzuhaltenden Konferenz wurde darauf Frankfurt a. M. gewählt. Es wurde dann die Frage der Gründung eines großen Vorortverbandes, dem alle Vorortverbände und Einzelgemeinden angehören sollen, beraten und nach kurzer Debatte beschlossen, die Gründung eines solchen Verbandes in die Wege zu leiten. Dieser Verband soll zwar im wesentlichen auch nur Verkehrsfragen gemeinsam behandeln, der Ausschuss wird jedoch ermächtigt, in einzelnen geeigneten Fällen, insbesondere auf Antrag von Vorortverbänden, auch andere Vorortfragen als die Verkehrsfragen zu vertreten und eventuell mit dem Ministerium des Innern Fühlung zu nehmen. — In der weiteren Debatte wurde dann noch die Frage der Einführung bzw. Ausdehnung des Motorwagenverkehrs zwischen den Großstädten und den Vororten gestreift und gewünscht, daß die Eisenbahnverwaltung weitere Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellt.

Gegen den am 1. November in Kraft tretenden Kautschuk-Ladenschluß bereiten die großen Firmen der Zigarren- und Tabakbranche eine Protestkundgebung vor. Sie wollen sich an den Oberpräsidenten wenden, um für sich eine Ausnahmestellung zu schaffen. Die Inhaber der kleineren Zigarrenläden, die keine Filialen an den Straßenecken haben und deshalb weniger auf die sogenannte „Laufkundschaft“ angewiesen sind, begründen den Kautschuk-Ladenschluß in ihrem Interesse. Öffentlich fallen die Herren auch an dieser Stelle ab. Es liegt nicht der geringste Grund zu irgendwelchen Ausnahmen vor, für deren Vorhandensein bereits der Polizeipräsident keinen Anlaß finden konnte.

Als „Postort“ im Sinne des Ortsportotarifs gilt nicht der Ortsbezirk eines Gemeindeverbandes, der Begriff umfaßt vielmehr die durch die postalische Abgrenzung geschaffene und einheitlich benannte Gemeinschaft, also den Ort- und Landbestellbezirk einer Postanstalt. Infolgedessen nehmen Ausbauten — und mitunter auch ganze Straßen —, die zwar politisch zu einer im Nachbarortsbezirk gelegenen Gemeinde gehören, aber dem Bestellbezirk der Postanstalt eines anderen angrenzenden, nicht zum Nachbarortsbezirk gehörigen Ortes zugewiesen sind, an der Vergünstigung des Ortsportos nicht teil. Unzureichend frankierte Sendungen nach solchen Ortsteilen wurden bisher mit Straßporto belegt. Auf eine hiergegen gerichtete Eingabe der Handelskammer hat der Staatssekretär des Reichspostamts nunmehr bestimmt, daß Zuschlagporto nicht mehr berechnet und nur noch Ergänzungsporto eingezogen werden soll in Fällen, in denen Briefe nach einem innerhalb des Ortsortbereiches von Berlin gelegenen Vorort gerichtet und nach der Ortstage frankiert sind, die Wohnung des Empfängers aber nicht dem Bestellbezirk der in der Briefaufschrift angegebenen Postanstalt, sondern dem Bestellbezirk der Postanstalt eines angrenzenden, nicht der Ortstage zugewiesenen Ortes. Die bei jener Gelegenheit von der Handelskammer angeregte Aufnahme von Marienfelde in den Nachbarortsverkehr von Berlin ist vom Reichspostamt dagegen abgelehnt worden.

Um das Genter System. — Versicherung gegen Arbeitslosigkeit — zu studieren, ist, wie uns aus Gent berichtet wird, der Berliner Stadtorbitorordnete Reike dort eingetroffen.

Aus dem Straßenverkehr. Von einem Automobil der Deutschen Bank wurde gestern morgen der Arbeiter Otto Dahne aus der Soldiner Straße 78 überfahren. Er wollte gegen 1/9 Uhr den Fahrplan der Radesstraße überschreiten, als ein Straßenbahnzug der Linie 28 herankam. Er, der sich bereits auf den Gleisen befand, trat wieder zurück und geriet hierbei unter das Automobil, dessen Räder ihm über das rechte Bein hinweggingen. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation in der Lindowstraße gebracht wo der anwesende Arzt einen Bruch des rechten Unterarmes feststellte und die Ueberführung des Arbeiters nach dem Rudolf Virchow-Krankenhaus anordnete. — Ein eigenartiger Unfall trug sich in der Potsdamerstraße in Charlottenburg zu. Eine aus der Dandelmomstrasse kommende Droschke schlenkerte auf dem Asphalt, drehte sich hierbei vollständig, fuhr auf den Bürgersteig hinauf und in das Schaufenster einer Schuhwarenhandlung hinein. Die große Spiegelscheibe wurde zertrümmert und der Chauffeur durch umherfliegende Glassplitter verletzt. Er erhielt auf der Unfallstation in der Berlinerstraße einen Verband. — Ein verhängnisvoller Straßenbahnunfall, bei welchem zwei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich gestern mittag gegen 1/2 Uhr in der Potsdamer- Ecke der Eichhornstraße. Das 23jährige Fräulein Käsebler aus Radesheim war mittags, von Stettin kommend, auf dem Stettiner Bahnzug eingetroffen und wurde dort von einem Verwandten mit dessen vierjährigem Sohne erwartet. Die drei Personen wollten dann vom Potsdamer Bahnhof aus mit der Wanneseebahn nach Groß-Lichterfelde fahren. An der Eichhornstraße überschritten sie den Fahrplan und Fräulein K. nahm den vierjährigen Knaben auf den Arm. Sie ging mit dem Kinde um einen an der Haltestelle stehenden Straßenbahnwagen herum, ohne zu beachten, daß auf dem Nebengleis ein Straßenbahnzug der Linie 69 herankam. Der Wagenführer, der die beiden erst im letzten Augenblick sehen konnte, beachte zwar sofort die Gefahrenbremse in Anwendung, doch konnte er den Unglücksfall

nicht mehr verhindern. Die Käsebler geriet unter die Vorderplatteform des Motorwagens 1786, während der Knabe neben den Schienen auf das Straßenpflaster stürzte. Beide erlitten Schürferletzungen, Fräulein K. außerdem Verletzungen an der rechten Hand, der Knabe Verletzungen im Gesicht und am rechten Unterarm. Die Verunglückten wurden nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht, von wo der Knabe später nach der elterlichen Wohnung in Groß-Lichterfelde übergeführt wurde. — Von einem bedauerlichen Unfall wurde abends gegen 10 Uhr der Oberpfarrer Superintendent Petri aus Sorau betroffen, welcher einen Straßenbahnzug der Linie 1 (Zunerring) benützt hatte und diesen in der Königsträgerstraße Ecke der Lennestraße verlassen wollte. Als sich der Zug bereits in langsamer Anfahrt zur Haltestelle befand, sprang der Geistliche von dem Waggon ab, glitt aus und fiel so unglücklich, daß er eine erhebliche Kopfverletzung erlitt. Er wurde auf seinen Wunsch nach dem Hospital am Brandenburger Tor übergeführt.

Ein Kind verbrannt. Ein trauriges Brandunglück hat sich am Sonntag in der Rigaer Straße 80 zugetragen. Dort spielte der vierjährige Sohn des Arbeiters Adolph B. in Abwesenheit der Eltern am Herdfeuer. Eine Stachelnflamme erlosch dabei die Kleider des Knaben, und ehe Hilfe zur Stelle war, hatte das Kind am ganzen Oberkörper schwere Verbrennungen davongetragen. Nach etwa einer Stunde erlag der Kleine seinen Verletzungen.

Aus der Selbstmordchronik. Auf dem Wege zum Arzte vergiftet. Die Verzweiflungstat eines jungen Mädchens rief gestern nachmittag in der Badstraße Aufsehen hervor. Die 21 Jahre alte Krankenpflegerin Anna Jacobi, Brizener Straße 4, war seit einiger Zeit herzleidend. Gestern verfallmte sich ihr Zustand derartig, daß sie von der Mutter zum Arzt geschickt wurde. Das junge Mädchen glaubte jedoch, die Ärzte würden ihm doch nicht mehr helfen können und auf der Straße sah sie den Entschluß, sich freiwillig das Leben zu nehmen. Die Lebensmilde kaufte sich in einer Apotheke Jpsol und trank das Gift auf offener Straße. Passanten brachten sie in besinnungslosem Zustande nach dem Lazarus-Krankenhaus. — Auf zweifache Weise hat ein jugendlicher Selbstmörder, dessen Leiche gestern aus dem Tegeler See gefischt wurde, den Tod gesucht. Spaziergänger entdeckten den Leichnam und zogen ihn ans Land. Die Stirn des Toten wies eine Schußwunde auf, und die Annahme, daß hier vielleicht ein Verbrechen vorliegen könne, wurde durch den Umstand widerlegt, daß in der Rocktasche des Unbekannten, eines etwa 19 Jahre alten Menschen, ein sechslosiger Revolver vorgefunden wurde. Eines der Geschosse war abgefeuert worden. Der Lebensmilde hatte sie sich, um auch ja recht sicher zu gehen, im Wasser stehend, in die Schläfe geschossen und war dann untergegangen. Die Leiche des Selbstmörders, der anscheinend ein junger Kaufmann aus Berlin war, wurde nach der Halle des Pflögers Friedhofs gebracht.

Bei einem aufregenden Bootsausfall, der sich Sonntag nachmittag auf der Obersee zutrug, schwanden vier Personen in der größten Lebensgefahr. Bei einem Vooterleiser in Oberschöneweide hatten sich zwei Damen und zwei Herren ein Ruderboot gemietet. Sie fuhren mit dem Kahn auf das offene Wasser hinaus und begannen nun die grobe Unvorsichtigkeit, die Plätze zu wechseln. Dadurch geriet das Voot ins Schwanken und kam zum Kentern. Die vier Insassen stürzten in die kalten Fluten und larmten jämmerlich um Hilfe. Nur dadurch, daß sie sich an dem umgestürzten Voot anzuklammern vermochten, konnten sie sich an der Oberfläche des Wassers halten. Hinzukommende Fischer befreiten so schließlich die Bedrohten aus ihrer nicht gerade beneidenswerten Lage.

Die Verhaftung eines Fabrikbesizers erregt ein gewisses Aufsehen im Osten der Stadt. Der 27 Jahre alte Wagenfabrikant Oskar Schulte aus der Radesdorfer Straße Nr. 47 betrieb mit dem Fabrikanten Wensky zusammen am Markgrafenbaum zwei Jahre lang eine Fabrik für Autolackierereien, Equipagen und Lastwagen. Im Sommer vorigen Jahres erbaute ihm sein Vater, der als Rentner in Neu-Zittau bei Erkner lebt, auf seinem Grundstück Radesdorfer Straße Nr. 47 eine eigene Fabrik, die er am 1. Oktober d. J. bezog. Das Geschäft ließ hier nach. Wensky trat im Januar dieses Jahres aus und arbeitet seitdem für sich allein in der Sälesischen Straße. Oskar Schulte aber lebte nach wie vor auf großem Fuße und genoss ausgedehnten Kredit, wohl nicht zum wenigsten deshalb, weil man seinen Vater für einen Millionär hielt. Der alte Schulte griff denn auch oft genug ein, um die Schulden seines Sohnes zu tilgen. Seine Hilfsbereitschaft bereitete ihm endlich selbst Schwierigkeiten und schon im Mai d. J. kam es dahin, daß sein Wohn- und Fabrikgrundstück in der Radesdorferstraße 47 unter gerichtliche Verwaltung gestellt wurde. Die unmittelbare Veranlassung dazu gab eine Holzhandlung. Am 1. Juli wurden alle Arbeiter, damals noch 21, entlassen, die Fabrik- und Wohnräume geschlossen. Während Oskar Schulte seitdem bei seinem Vater in Neu-Zittau und seine Frau mit den beiden kleinen Kindern bei ihren Eltern in Köpenick wohnte, kamen nach und nach im Auftrage von Holz-, Leder-, Leim- und Bindfaden- und anderen Händlern und von Darlehensgebern 22 Gerichtsvollzieher an und pflündeten alles, was noch da war. Die Türen zur Fabrik und zur Wohnung waren endlich mit Siegeln ganz vollgesehrt. Zur Eröffnung des Konkursverfahrens kam es nicht, weil die vorhandene Masse nicht einmal die Kosten deckt. Die ganze Fabrikeinrichtung wurde in der letzten Woche von Gerichtsvollziehern nach der Pfandkammer gebracht auf Antrag eines Geldvermittlers, der eine Forderung von 8000 M. erhebt, endlich auch noch die Wohnungseinrichtung. Hierbei wollten nun einige Gläubiger die Entdeckung gemacht haben, daß Pfandstücke fehlen. Zugleich zeigte ein Fräulein B., an daß Schulze sie um 11000 M. gebracht habe. Die junge Dame, mit deren Schwager Schulte bekannt ist, hatte dieses Geld im April von ihren Eltern geerbt. Schulte erfuhr das und hat ihn nun, das Kapital bei einer ihm bekannten Bank anzulegen, die mehr Zinsen zahle als andere. So oft das vertrauensvolle Fräulein ihn später fragte, wo ihr Vermögen liege, machte er Ausflüchte. Endlich aber kam heraus, daß er das Geld gar nicht angelegt, sondern für sich verbraucht hat. Auf Grund dieser Anzeigen wurde Schulte wegen Betruges und Verleumdung geflüchteter Vermögensstücke auf offener Straße verhaftet und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Seine Schulden werden oberflächlich auf mindestens 60000 M. geschätzt.

Christliche Freundschaften.

Unter obigem Titel brachten wir in der Sonnabendnummer unseres Blattes eine dem „Berl. Tagebl.“ entnommene Notiz, in der mitgeteilt wurde, daß das „Tageblatt“ erfahren haben wollte, daß in der christlichen Gemeinschaft St. Michael ganz eigentümliche Umgangsformen herrschten, die mit dem § 17b in sehr enger Beziehung ständen. Insbesondere war mitgeteilt, daß sich Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft mit diesen Vorgängen beschäftigten, zu denen ein Ehescheidungsprozess Anlaß gegeben hatte, in welchem festgestellt worden sei, daß ein Mitglied der Sekte mit einem Gymnasialisten in näherer Beziehung gestanden habe. Hierzu erhalten wir von dem Vorliegenden und Leiter der christlichen Gemeinschaft St. Michael, Graf Büdler, ein langes Schreiben, in dem die dem „Tageblatt“ entnommenen Mitteilungen als unrichtig bezeichnet werden. In diesem Schreiben heißt es:

Es ist un wahr, daß die Berliner Kriminalpolizei im Auftrage der Staatsanwaltschaft wegen der Eignung, mit der sich die Jungmännlichkeit dieser Gemeinschaft vollziehen, ein Ermittlungsverfahren angestrengt habe. Es ist un wahr, daß ein Jugendbund der Gemeinschaft ein Dekretmantel für gewisse, der Polizei bekannte homoerosele Elemente gewesen ist. Ja, es ist sogar un wahr, daß ein sogenannter „Jugendbund“, welcher eine ganz bestimmte Eigenart an der Jugend bedeutet, unter uns überhaupt bestanden hat. Das einzig Wahre an den behaupteten

tingen besteht darin, daß allerdings ein früheres Mitglied unserer Jugendabteilung vor etwa 1/2 Jahren Veranlassung zu einem Einschießen von Vorstands wegen dadurch gab, daß er eine Freundschaft mit einem Gymnasiasten unterhielt, die von anderen, namentlich aber von seiner Frau als zu weitgehend angesehen wurde.

Wir haben den Fall sofort, als er zu unserer Kenntnis gelangte, sehr gründlich untersucht; und wenn wir auch ein fittliches Vergehen damals nicht feststellen konnten, so hatte doch dieses Einschießen den Erfolg, daß das betreffende Mitglied und auch der in Rede stehende Gymnasiast unseren Verein alsbald verließen.

Was ein gegen dieses Mitglied angestrebter Eheverbotprozess für ein Resultat ergeben hat, ist uns unbekannt. Auch das, was von der Herberge zur Heimat und vom Hopsitz behauptet wird, ist hinwiegend. Beide, Herberge und Hopsitz, stehen allen Leuten zur Verfügung.

Wir können selbstverständlich keine Garantie übernehmen für die Personen, welche bei uns vorübergehend Logis nachsuchen. Trotzdem ist nicht das geringste bekannt geworden, daß dort Leute verkehren, die mit einer bestimmten Abteilung der Berliner Sittenpolizei in Verbindung gekommen sind, wie der Hausvater, Herr Wagner, auslegt.

Wir müssen es dem „Berliner Tageblatt“ überlassen, sich hierzu näher zu äußern.

Altes und Neues vom Halleischen Kometen lautet das Thema, welches Direktor Dr. Archenhold am 216. Vortrag- und Beobachtungabend des Vereins von Freunden der Trepzow-Sternwarte am Mittwoch, den 28. Oktober er., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Knabe, vormals Jenner, Trepzower Chaussee 21/22, behandeln wird. Alles Wissenswertes über die ältesten Erscheinungen dieses Kometen, der alle 76 Jahre wieder in die Nähe der Erde kommt, sehr verschiedenartig Aussehen und seine Bahnverhältnisse werden in dem Vortrage zur Sprache gebracht. Besonders bemerkenswert ist die eigenartige Pendelbewegung des Schwefels, die sich wohl auf elektrische Wirkungen der Sonne zurückführen läßt. Der Lauf des Kometen unter den Sternen bei seiner bevorstehenden Wiedererscheinung im Jahre 1909 und 1910 wird in einem Lichtbilde vorgeführt. — Nach dem Vortrage wird mit dem großen Fernrohr das Sternsystem Gamma Andromedae gezeigt. Gäste, Damen und Herren, haben zu diesem Vortrage Zutritt. Anmeldungen zum Verein sind an die Direktion der Trepzow-Sternwarte zu richten.

Feuerwehrrachrichten. In der Nacht zum Montag wurde der fünfte Lösungs nach der Köpenicker Brücke alarmiert. Dort war ein Mann in selbsterlöschlicher Absicht in den Landwehrkanal gesprungen. Das kalte Bad kühlte ihn aber so ab, daß er jämmerlich um Hilfe schrie und Strahlenpfeifen ihm wieder aufs Trockene halfen. Heute früh um 2 Uhr kam in der Steglitzer Straße 66 Feuer aus, das auf ein Zimmer beschränkt blieb. In der Liniensstraße 208, 204 brannten im Keller Strohstöße u. a. und in der Teltower Straße 24 a eine Warthe usw. Außerdem liefen Alarmläufe aus der Schützenstr. 66, Chausseest. 129 und anderen Orten ein.

Vorort - Nachrichten.

Trepzow-Baumschulweg.

Auf der Gemeindevorstellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsteher bekannt, daß die Neue Krug-Allee und Dorfstraße, welche bisher in Unterhaltungspflicht Berlins standen, an die Gemeinde übergegangen sind. Ein Projekt Berlins wegen zu zahlender Kanalisationskosten bei Grundstücken ist gewonnen worden; ferner sind vom hiesigen Lehrerverein Anträge schulpflichtiger Art gestellt und der Schulkommission überwiesen worden.

Für die Wahl eines Mitgliedes zur Armenkommission für den Bezirk am Bahnhof Baumschulweg brachten unsere Vertreter den Genossen Karow in Vorschlag. Die Mehrheit zeigte sich indes nicht geneigt, einen Vertreter der Arbeiter in diese Kommission zu delegieren und wählte hierzu den Lehrer Schumann. — Die Rechnungslegung für die Brauchwasserkanalisation ergab eine Ersparnis von 101 419,06 M. — Gewolligt wurden die Mittel für die Neueinrichtung zweier Klassen, zweier Lehrer und zweier Lehrerinnen für die Gemeindefschule zum 1. April 1909.

Zur Debatte stand ferner eine Vorlage, zwei Klassen für minderbegabte Schüler zum 1. April 1909 einzurichten. Schon bei der Erörterung war dies von unseren Genossen beantragt worden, Gemeindevorsteher Klapp, einer der ersten, welcher Subventionen aus Gemeindegeldern für höhere Privatschulen und dergleichen verlangte, fand diese Vorlage für verfrüht; man müsse erst eine abwartende Stellung einnehmen, auch würde es den Eltern unangenehm sein, ihre Kinder als schwachbegabt bezeichnen zu lassen. Genosse Berich unternahm es, die Vorlage zu verteidigen; er führte aus, daß die Gemeinde die Pflicht habe, den schon von der Natur zurückgefallenen Kindern nach Möglichkeit zu helfen. Auch wären die betreffenden Kinder ein Hemmnis der anderen. Die Vorlage wurde angenommen und zwei Lehrkräfte hierfür bewilligt. — Nach dem Ortsstatut für die Pflichterziehungsschule, welche am 1. April 1909 errichtet wird, sind alle nicht mehr volkschulpflichtigen männlichen Arbeiter, welche in einem gewerblichen Betriebe im Gemeindebezirk beschäftigt werden, bis zu ihrem 17. Lebensjahre verpflichtet, die Fortbildungsschule zu besuchen. Von dieser Verpflichtung sind ganz oder teilweise diejenigen zu befreien, welche an Unterricht einer Innungs-, Fach- oder Fortbildungsschule regelmäßig teilnehmen, vorausgesetzt, daß dieser Unterricht als ein ausreichender Erfolg anerkannt wird. Die Arbeitgeber haben die zum Besuche Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie gewaschen und umgekleidet pünktlich zum Unterricht erscheinen können. Genosse Gramenz stellte verschiedene Abänderungsanträge, welche fast ohne Debatte angenommen wurden. Nur bei der Arreststrafe, welche der Schulleiter bis zu drei Stunden verhängen kann, und welches in der Weise zu ändern beantragt wurde, daß erst in jedem Falle vor Verhängung der Strafe das Kuratorium gehört werden müsse, fand eine ausgedehnte Debatte statt, in welcher die Genossen Berich und Karow darauf hinwiesen, daß oftmals im Alter Strafen verhängt würden, die böse Folgen zeitigten. Das Kuratorium der Schule soll bestehen aus dem Gemeindevorsteher, einem Schöffen, zwei Gemeindevorstellern, zwei Arbeitgebern, zwei Arbeitnehmern und dem Leiter der Schule. — Die Höherlegung der Köpenicker Eisenbahn im Zuge der Altenstraße, zu welcher die Gemeinde seiner Zeit 48 000 Mark ausschließliche Pfostenkosten mit der Bedingung bewilligte, daß die Regierung 1909 die Arbeiten in Angriff nehmen soll, kann vorläufig nicht ausgeführt werden, weil, wie die Regierung mitteilt, die Conditionspositionen von den gesetzgebenden Körperschaften noch nicht bewilligt sind. Die Summe wurde von neuem bewilligt. — Für die Herstellung des westlichen Bürgersteiges in der Köpenicker Landstraße wurden bereits in einer vorhergehenden Sitzung 70 000 M. bewilligt, wovon die Ankleger 95 Proz. und die Gemeinde 5 Proz. zu zahlen hat. — Ohne Debatte wurde ein Antrag genehmigt, im Berliner Ortsteil für die Feuerwehr eine elektrische Alarmanlage mit sieben öffentlichen Feuermeldern einzurichten. Für Baumschulweg soll zum 1. April nächsten Jahres dieselbe Einrichtung getroffen werden. — Die ablehnende Antwort, welche der Gemeindevorstand dem Oberpräsidenten auf das von der Großen Berliner beantragte Ergänzungsverfahren erteilt hat, fand die Zustimmung der Vertretung. — Als letzter Punkt der öffentlichen Tagesordnung wurde der Antrag unserer Genossen, am 17. November d. J. in Gemeinschaft mit Berlin eine Arbeitslosen-Zählung vorzunehmen, von Genossen Gramenz begründet und von der Vertretung angenommen. Es soll verfaßt werden, die Statistik selbst vom Berliner Statistischen Amte herstellen zu lassen. Die Art der Zählung ist dem Gemeindevorstande übertragen worden. — Die Einwohnerzahl betrug jetzt 10 944 Seelen, davon entfallen auf den Berliner Ortsteil 8974, auf Baumschulweg 8909, auf den Ortsteil in der Mitte 1283 und auf Militär 778.

Friedenan.

Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse für die Arbeitnehmer finden am 12. November statt. Zu wählen sind 78 Vertreter. Die

Vertrauensleute der einzelnen Betriebe werden ersucht, die Adressen der für ihren Betrieb in Frage kommenden Arbeitnehmerkandidaten bis spätestens 1. November bei dem Genossen Richard Hagen, Rheinstr. 10, rechter Seitenflügel III, einzusenden. Zweck Aufstellung der Kandidaten findet am Dienstag, den 3. November, abends 8 Uhr, im „Rheinisch“, Rheinstr. 60, eine öffentliche Versammlung statt.

Groß-Lichterfelde.

In einer entsetzlichen Lage wurde vorgestern morgen auf der Säbender Chaussee der in dem Wästelchen Fußgeschütz in der Wästelstraße angelegte Ausfahrts-Rudowa aufgehoben. Er war früh morgens mit einem Lastwagen vom Hofe gefahren und muß wohl unterwegs von seinem Sitze herabgefallen sein. Die Vorderäder des Fuhrwerks gingen über den Unfallstücken hinweg, bevor die Pferde stehen blieben und er blieb zwischen Vorder- und Hinterräder in beunruhigendem Zustande unter dem Wagen liegen. So wurde der Verunglückte nach einiger Zeit von Passanten aufgefunden, die ihn nach der nächsten Unfallstation brachten. Wie hier festgestellt wurde, waren dem Manne die Räder über Rücken und Kreuz hinweggegangen. Er wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Kreis-Krankenhaus gebracht.

Mariendorf-Ländchen.

In der Mitgliedsversammlung des Wahlvereins gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Genossen Lutzner und Racker in warmen Worten; die Versammelten ehrten das Andenken derselben durch Erheben von den Plätzen. Nachdem referierte Genossin Schenke über die „Frauen und der Sozialismus“. Der Vortrag hatte den Erfolg, daß die mitanwesenden Frauen sich sofort in den Wahlverein aufnehmen ließen und außerdem noch 12 Befestigungen auf die „Gleichheit“ entgegengenommen wurden. Betreffs der Parteispedition berichtete Genosse Lehmann II., daß in der Kommission die Wahl auf den Genossen August Zeit, Chausseest. 206, gefallen ist. Demselben ist am 1. Oktober die Expedition übertragen worden. Genosse Kommitz gab noch bekannt, daß am 29. Oktober eine Konsumvereinsversammlung im Puschke'schen Lokale stattfindet.

Köpenick.

Der Bücherwechsel in der Gewerkschaftsbibliothek wird infolge Renovierung derselben auf kurze Zeit eingestellt. Ausstehende Bücher sind zu diesem Zweck sofort abzuliefern. Die Wiedereröffnung machen wir bekannt. Die Bibliothekkommission.

Hermesdorf i. M.

Die letzte Gemeindevorstellung beschloß, den Bau des Wasserwerkes der Firma Karl Franke-Bremen zu übertragen. Zu diesem Zwecke soll eine Anleihe von 800 000 M. bei der Kur- und Neumärkischen Mittelbankbank aufgenommen werden. Die Arbeiten zu dem Kanalisationsprojekt sind leider noch weit zurück. Mit dem Bau der Kanalisationsanlage kann wahrscheinlich erst angefangen werden, wenn das Wasserwerk fertiggestellt ist. Das Wasserwerk muß laut Vertrag am 1. Juli 1909 so weit fertig sein, daß an jeden Anlieger Wasser abgegeben werden kann. Nach einem anderen Vertrage zwischen den Gemeinden Waldmannslust und Hermesdorf verpflichtet sich letztere, vom 1. Oktober 1908 Waldmannslust bis zu einer vorläufigen Dauer von fünf Jahren mit Wasser zu versorgen. Mit diesem Wasserwerke wird man in der Lage sein, 40 000 Einwohner ausreichend mit Wasser zu versorgen. Die beiden Gemeinden zählen gegenwärtig nicht ganz 8000 Einwohner, woraus erhellt, daß die Leistungsfähigkeit des Wasserwerkes auf Jahrzehnte hinaus gesichert ist. Das Wasser ist von Sachverständigen der staatlichen Versuchsanstalt geprüft und für gut befunden worden. Eine Enteisungsanlage wird vorläufig nicht gebaut, kann aber, wenn es sich später als notwendig zeigen sollte, noch eingebaut werden. Aus dem Vertrage mit der Firma K. Franke wäre nach der Schlussatz des § 12 hervorzuhellen: „Es ist der Unternehmerin verboten, aus Anlaß der Übertragung des Baues der Wasserwerkanlage an andere Firmen oder Personen Abhandlungen oder Entschädigungen irgendwelcher Art zu gewähren. Verletzt die Unternehmerin diese Vertragsbestimmung, so hat sie der Gemeinde den zehnfachen Betrag der geleisteten Abhandlungssumme oder Entschädigung als Vertragsstrafe zu zahlen. Außerdem ist die Gemeinde berechtigt, sofort vom Vertrage zurückzutreten und die Wasserwerkanlage auf Kosten der Unternehmerin ausführen zu lassen.“ Mit dieser Abmachung soll möglichst verhindert werden, daß die Gemeinde Hermesdorf geschädigt werden kann. Die Firma hat weiter auf die sogenannte Streiklausel verzichtet müssen. Durch die Agitation unseres Genossen Schrauer in und außer der Gemeindevorstellung gegen dieselbe hat sich der Gemeindevorstand überzeugen lassen, daß es auch ohne Streiklausel geht. Damit wird auch hier verhindert, daß die Gemeinde geschädigt werden kann.

Gerichts-Zeitung.

Sittlichkeitsverbrechen eines Hauptmanns und Konterbaiben Rebalteurs.

Mehrere Sittlichkeitsverbrechen des Hauptmanns a. D. und Rebalteurs Edgar Schlotz aus Groß-Lichterfelde lagen gestern einer Verhandlung zugrunde, mit der sich die 4. Strafkammer des Landgerichts II zu beschäftigen hatte. Der 42jährige Angeklagte bekleidete früher die Charge eines Hauptmanns in einem holländischen Regiment. Schon hier wurde Sch. wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulmädchen unter 14 Jahren zu einem Jahre Gefängnis und Dienstentlassung verurteilt. Der Angeklagte siebelte nach Verbüßung dieser Strafe nach Groß-Lichterfelde über. Dort wurde er bald in „politischen“ Kreisen sehr beliebt. Insbesondere in verschiedenen militärischen Vereinen sowie in einem dortigen Kriegerverein verstand es Schlotz, eine große Rolle zu spielen. Ebenfalls beschäftigte sich der Angeklagte viel mit kommunalpolitischen Angelegenheiten und wurde Mitglied des konservativen Wahlvereins. Da sich Schlotz auch literarisch betätigte, wurde er Redakteur der „Groß-Lichterfelder Zeitung“ und bekam als solcher ebenfalls mit verschiedenen Kreisen Fühlung. Am 23. Juli d. J. wurde der Angeklagte unter dem Verdacht des Sittlichkeitsverbrechens in mehreren Fällen aus seiner Wohnung heraus verhaftet. Die Ermittlungen ergaben, daß Sch. verschiedene Schulmädchen in seine Wohnung gelockt, sie mit schäblichem Samoswein bewirtet und ihnen dann Schokolade und Apfelsinen geschenkt hatte. Hierbei hatte er sich dann in mehreren Fällen des Sittlichkeitsverbrechens im Sinne des § 176 St.-G.-B. und der Verführung im Sinne des § 182 sowie der tätlichen Beleidigung schuldig gemacht. In der gestrigen Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, waren auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Alberg der Oberarzt Dr. Schilling und der Oberarzt Dr. Juliusburger geladen worden, die übereinstimmend begutachteten, daß der Angeklagte in einer krankhaften Stimmung der Weisheitslosigkeit gehandelt habe, welche die freie Willensbestimmung ausschloß, und daß er möglicherweise sogar in einem bewußtlosen Zustand gehandelt habe. Der von der Anklagebehörde geladene Sanitätsrat Dr. Futer stellte den Antrag, auf § 81 St.-G.-B. den Angeklagten nochmals in einer Irrenanstalt auf den Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht beschloß diesem Antrage gemäß, die Sache zu verlagern und den Angeklagten auf die Dauer von 6 Wochen in einer Irrenanstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. Sollte sich dann die Verantwortlichkeit des Angeklagten herausstellen, so wäre die Internierung des im höchsten Grade gemeingefährlichen Menschen zu erwarten. Wie war es möglich, daß ein solcher Mann

in der „guten Gesellschaft“ in Groß-Lichterfelde eine so hervorragende Rolle spielen konnte?

Ausbeutung der Ausländer durch fromme Traktanten und dergl.

Vor der Strafkammer in Halle hatte sich die Firma Bannide u. Nubidi, Versandhaus für Gebetbücher, Rosenkränze, fromme Bilder, Rosenkränze usw., zu verantworten. Die Firmeninhaber lieferten an gutgläubige polnische Katholiken und waren dabei zu einem dortigen anderen Versandhause in heftige Konkurrenz gekommen. Obwohl Bannide und Nubidi „gut deutsche Evangelisten“ waren, verschickten sie Kataloge in die Provinz, in denen sie die Konkurrenzfirma beleidigten und sich als gut polnische Katholiken und liebe Stammesbrüder bezeichneten. In dem Anschreiben hieß es u. a.: „Der wahre Gote habe vor Gott die Pflicht, nur bei Polen und Katholiken zu kaufen. Wer bei Andersgläubigen kauft, schießt sich den Bohn Gottes zu. Von einer Firma wurde gefogt, sie habe die Polen, wenn sie nicht laufen wollten, mit Pfändungen und Ausweisungen bedroht. Die Hauptsache sei, daß die „Burschen“ kauften. Durch das Treiben der Angeklagten hat die Konkurrenzfirma erhebliche Verluste erlitten. Der Staatsanwalt beantragte gegen die beiden frommen Geschäftleute Bannide und Nubidi je 3 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte die beiden Angeklagten wegen unlauteren Wettbewerbes und Beleidigung zu je 1000 M. Geldstrafe und Zahlung einer Waise von je 1000 M.

Wem steht der Gebrauch des Meeresufers zu?

Im Ostseebad Joppol besitzt der Regierungsbaumeister Wätcher ein Grundstück, das bis an das Meeresufer heranreicht. Er ließ am Strande eine Tafel errichten: „Das Ausgraben und das Aufstellen von Strandkörben ist verboten.“ Der Amtsvorsteher gab ihm durch eine polizeiliche Verfügung auf, die Tafel zu entfernen, weil das Meeresufer dem gemeinen Gebrauch unterliege, wobei es gleichgültig wäre, ob es an jener Stelle im Eigentum des Baumeisters stehe oder nicht. A. klagte, wurde aber vom Bezirksauschuss mit folgender Begründung abgewiesen: Nach § 80 II 15 Allgemeinen preussischen Landrechts stehe das Meeresufer im gemeinen Eigentum des Staates und unterliege dem gemeinen Gebrauch, dessen Regelung der Orts-Polizeibehörde zustehe. Es könne dahingestellt bleiben, ob der an das Grundstück des Klägers stößende Teil des Meeresufers Eigentum des Klägers sei. Auf keinen Fall könne er verbieten, dort Strandkörbe aufzustellen und Sandlöcher auszuschippen, wie das Kinder am Strande zu tun pflegten. Denn überall da, wo der Meeresstrand zum Baden freigegeben sei, gehöre zum gemeinen Gebrauche das Aufstellen von Strandkörben und das Ausgraben durch Kinder.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil als zutreffend und führte außerdem aus: Wenn der Kläger glaube, Grund zu haben, sich über das Maß der Benutzung der Strandstelle beim Auswerfen von Gruben usw. zu beschweren, dann könne er sich an die Ortspolizei wenden. Diese allein wäre zuständig, einer mißbräuchlichen Ausnutzung des gemeinen Gebrauchs entgegenzutreten. Er selber habe kein Recht gehabt, zu versuchen, durch Aufstellung der Tafel den gemeinen Gebrauch zu hindern.

Vermischtes.

Heber Juppelins gestrigen Ausfluges

Die folgende Mitteilung vor: Friedrichshafen, 26. Oktober. Graf Juppelin ist mit seinem Lustschiff heute vormittag 11 1/2 Uhr bei herrlichem Wetter aufgestiegen und landeinwärts gefahren. Kurz vor 11 1/2 Uhr kam das Lustschiff über den Bahnhof und fuhr dem Hafen zu. Friedrichshafen, 26. Oktober. Dem See das hiesigen Hafen steuerte Graf Juppelin sein Lustschiff über den See das Schweizerische Ufer entlang, in der Richtung auf Konstanz. Von da ging die Fahrt wieder Rangell zu, wo nach einigen Kreuzen über Land der Abstieg um 12 1/2 Uhr glatt erfolgte. Die Reichskommissare waren zugegen.

Ergebnis der Juppelinsammlung.

Die Allgemeine Rentenanstalt hat die Juppelinsammlung mit einem Gesamtergebnis von 5 518 336 M. abgeschlossen.

Die Flugfahrt Wright's.

Lemans, 24. Oktober. Wilbur Wright unternahm heute vier Flüge, drei davon in Begleitung von je einem Passagier. Die Flugdauer betrug 3 Minuten 20 Sekunden, vier, sieben und drei Minuten.

Schneefall.

In Basel ist gestern früh starker Schneefall eingetreten; der Verkehr stockt, die Eisenbahnen haben mehrfach Verspätungen erlitten.

Die Venenpest. Die auf der Insel Terceira (Azoren) epidemisch auftretende Venenpest ist in der Zunahme begriffen. Die durchschnittliche Zahl der Todesfälle beträgt täglich sieben.

Eine heftige Erderstüttung legte, wie aus Innsbruck berichtet wird, in der vergangenen Nacht die Bewohner Landes in Schrecken. Die Erstüttung war so stark, daß Uhren stehen blieben und Wohnungsgegenstände vom Platz gerückt wurden.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Junfer reich, Geschäft reg, Preise für Schweinefleisch ansehend, sonst unverändert. Wild: Junfer reich, Geschäft lebhaft, Preise gut. Geflügel: Junfer reich, Geschäft ziemlich reg, Preise im allgemeinen befriedigend. Fisch: Junfer genügend, Geschäft mal, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemälte, Obst und Südfrüchte: Junfer genügend, Geschäft in Gemälte reg, sonst ruhig, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 26. Oktober 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft in Grad C.
Stomende	769.090	4 wolklos	3	Wolkenlos	8	Darmstadt	772.828	3 wolflig	3	Wolflig	8
Darmstadt	767.090	5 wolflig	5	Wolflig	5	Berlin	779.828	1 heiter	1	Heiter	5
Berlin	767.0	3 heiter	4	Heiter	6	Essen	765.900	4 wolflig	7	Wolflig	7
Frankfurt	763.828	2 bedeckt	4	Bedeckt	6	Dresden	773.828	2 bedeckt	6	Bedeckt	6
München	764.8	4 heiter	1	Heiter	1	Paris	—	—	—	—	—
Wien	768.828	3 bedeckt	8	Bedeckt	8	—	—	—	—	—	—

Weiterprognose für Dienstag, den 27. Oktober 1908. Trocken und vorwiegend heiter, nachts etwas kälter, am Mittag mild bei mäßigen südöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 25.10. um 0m	am 26.10. um 0m	Wasserstand	am 25.10. um 0m	am 26.10. um 0m
Remsl., Tüll	115	-1	Saale, Graditz	63	-5
Vegeck., Annerburg	94	-1	Saale, Sandau	28	-6
Weißfl., Thom	60	-2	Waldenow	24	+2
Ober., Rathor	67	-1	Spreew., Spremberg	76	-1
Kroffen	67	-1	Bestow	67	-1
Frankfurt	—	—	Spreew., Rindow	110	-1
Wartze., Schimm	16	+4	Spreew., Rindow	81	+9
Wandberg	4	+2	Rhein, Magdalenbau	323	-7
Rege., Gordanau	—	+1	Rain	119	-5
Vide., Belmeritz	—	+3	Rain	99	-5
Dresden	186	+3	Redar., Weidbrom	20	-3
Barby	30	-2	Rain, Wertheim	101	-1
Magdeburg	48	-1	Roitz., Tritz	16	+6

+ bedeutet Hoch, - Niedrig.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 27. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Sardanapal. (Anfang 8 Uhr.)

Königl. Schauspielhaus. Die Kabinettlerin.

Deutsches Theater. Kammerjäger. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Neues königl. Opernhaus. 3. Vorführung.

Neues Theater. Der deutsche Graf.

Neues Schauspielhaus. Das Fräulein in Suppe.

Berliner Theater. Der Clown.

Waisen. Der fidele Bauer.

Leitung. Vater.

Kleines Theater. Lohndiener.

Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.

Reizend. Kammerspiele um Amelie.

Heidel. Der Liebhaber.

Schiller O. (Wagner-Theater.) Der Familienrat.

Schiller O. (Wagner-Theater.) Der Graf von Charolais.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die jüdischen Verwandten.

Thalia. Bruder Straubinger.

Luffen. Eine tolle Nacht.

Bernhard Weis. Herr Paragraf.

Bürgerl. Schauspielhaus. Die von Hofstättel.

Trianon. Die Liebe macht Lust.

Kunsttheater. Die Tür ins Freie.

Neues Operetten. Die Dollarsprinzessin.

Berliner Operetten-Theater SW. Sabana.

Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelhands.

Künstler-Zell.

Waisen. Eine lustige Sprechweise.

Metropol. Donnerwetter.

Metropol. Donnerwetter - tadellos.

Wintergarten. Spezialitäten.

Wahne. Spezialitäten.

Kaffee. Familie August Knoche.

Spezialitäten.

Gustav Behrens. Echte Sprechweise.

Spezialitäten.

Falken-Gabriele. Die Brautjungfer.

Die lustige Witwe.

Carl Haberland. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Walhalla. Spezialitäten.

Parodie. Der Mann der Cabine.

Waisen. Die Hausbesitzer.

Berlin. Heil Stopp.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Urania. Taubenstraße 49/50.

Abends 8 Uhr:

Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Hörsaal 5 1/2 Uhr Prof. Donath: Akustik.

Hörsaal 8 Uhr Prof. Sommerfeld: Gesundheitsgefahren in der Eisenindustrie.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 49/50.
Abends 8 Uhr:
Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt.

Hörsaal 5 1/2 Uhr Prof. Donath: Akustik.

Hörsaal 8 Uhr Prof. Sommerfeld: Gesundheitsgefahren in der Eisenindustrie.

Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 53, a. d. Luisenstr.
Abends 8 Uhr:
Die Dollarsprinzessin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Eine tolle Nacht.

Wittwoch: Eine tolle Nacht.

Donnerstag: Eine tolle Nacht.

Freitag: Premiere: Stolz der Stadt von Gustav Weis.

Sonabend nachm. 4 Uhr: Die beiden Bindelhands.

Abends: Eine tolle Nacht.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Ausgewiesen.

Abends: Eine tolle Nacht.

Montag: Eine tolle Nacht.

Bernhard Rose Theater.

Gr. Frankfurter Str. 132.
Abends 8 Uhr:
Herr Paragraf.

Schauspiel in 3 Akten von G. Weis.
Wochentagspreise.

Metropol-Theater.

Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter - tadellos!

Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Apollo Theater.

9.30 Heute 9.30
unter persönlicher Leitung des
Komponisten!

Eine lustige Sprechweise.

Burleske von Alfred Schmassow.
Musik von Paul Lincke.

Vorher ab 8 Uhr: Das Attraktions-Prgr.

Wintergarten.

Letzte Vorstellungen.
Anne Danerey

Schwester Merkel, Kontorsionist.
Tortola Valencia, spanische Tänzerin.
Da Onno Brothers, Flaschen-springer.
Die zwölf Tiller Girls, engl. Gesangs- und Tanzgruppe.
Philliparts, Diabolospieler.
Die drei Merrills, komische Radfahrer.
August Familie, Jongleure.
Cliffie Berzso, komischer Dressurakt.
Emma Francis, Exzentrik-Tänzerin mit ihren zwei Araberjungen.
Fuller's Sorpostanzlerin.

Biograph.

Passage-Theater.

Abends 8 Uhr:
Lene Land

Paul Schneider-Duncker
und das großartige
Oktober-Programm

14 neue Variété-Spezialitäten.

Passage-Panoptikum.

Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Lahovary,
der Fürst der Fesselsprenger.

Ohne Extra-Entree.
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Unter anderem:
Das versiegelte Brautpaar.

Urkundliche Burleske.
Anf. wochentags 8 Uhr,
Samstags 7 Uhr.

Reichshallen-Restaurant:
Großen Militär-Konzert.

Schiller-Theater.

O. (Wagner-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Familienrat.

Wittwoch, abends 8 Uhr:
Ein Teufelskerl.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Die Zwillingsschwester.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.

Wittwoch, abends 8 Uhr:
Der Graf von Charolais.

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Julius Caesar.

Zirkus Schumann.

Heute Dienstag, den 27. Oktober, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Ganz exquisites Programm und zum erstenmal der Öffentlichkeit vorgeführt!
John der mehrfach prämierte Polizeihund,
dressiert und vorgeführt von dem Polizeisten Bonel I (der Verbrecher wird dargestellt von Herrn Bonel II). Muffa, afrikanisches Dromedar in der hohen Schule dress. und geritten von Mr. Florio. 38 Original-Marokkaner. Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren.

XIV. Saison! Zirkus Busch.

Dienstag, den 27. Oktober 1908, abends präzise 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Nur noch wenige Tage: U. 9 U.:
Mr. Houdini
Die Uessesms!
Gebr. Saxons
Herrn Ernst Schumanns Reudress.
Um ca. 10 Uhr:
Barbarossa!!
Gr. Original-Kunstleistungs-Band des Zirkus Busch in 6 Bildern.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Ott. Steinmetzstr. 16.
Gr. Erfolg! Spannende Handlung!
Frau Zoes Rache.
Sensations-Schauspiel in 5 Akten.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugsplätze gültig!
Sonabend, 31. Oktober: Von Stufe zu Stufe.

Stadt-Theater Moabit.

Alt-Moabit 48.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.

Donnerstag, den 29. Oktober 1908:
Auf Strafurlaub.
Schauspiel in 4 Akten v. G. v. Moser.
Anf. d. Vorst. 8, Kassenöffnung 7 Uhr.
Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Ball.

Walhalla-Theater.

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Abends 8 Uhr:
Das neue gr. Oktober-Prgr.
Von Linnel: Regimentskapelle u. Theaterbesucher hab. freien Eintritt.

Parodie-Theater.

Dresdener Straße 97.
Quelle:
Cavalleria-Rustikana und die unheimliche Burleske „Berlin steht Kopf“.
Anfang Sonntag 8, wochent. 8 1/2 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 27. Oktober 1908:
Der Goldbauer.
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Casino-Theater.

Lotharinger Str. 87. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis 5. November
Familie August Knoche.
Freitag, den 6. November Premiere:
Die Dianabilder.
Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.

Bürgerliches Schauspielhaus.

Rastanien-Allee 7-9.
Im Monnement!
Die von Hochsattel.
Schauspiel in 3 Akten v. Stein u. Heller.
Anfang 8 Uhr.
Wittwoch neu einstudiert: Deborah.
Anf. 14. Nov. Oper: Der Troubadour.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Vorverk. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Den Gipfel des Erfolges bildet der
größte Herrnsfeld-Schlager
Die beiden Bindelhands!!

Komödie in 3 Akten mit Anton Herrnsfeld als Verwandlungswandler „Monsieur Ganivet“ und Donat Herrnsfeld als „Bändelhands“.

Vorher: Künstler-Zell. U. a. O'Ormay's Ballettessen - Sextett. Reislers Original-Bauern-Ensemble Saraloff, Russentrio. Long Nansen.

Freie Volksbühne

Heute Dienstag abend 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshause
Generalversammlung

Tagessordnung:
Vortrag: Herr Schriftsteller Max Hochdorf über **Goethe's Faust**

Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. Bericht der Revisoren. Diskussion und Verschiedenes.
Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Winterfest

Sonabend, den 14. November, 8 1/2 Uhr
im Konzertsaal der Brauerei Hoppoldt (Hasenheide)
Humoristischer Konzert- und Brettabend
mit darauffolgendem Ball u. Gesellschaftsabend.

Mitwirkende:
Am Klavier: Herr Kapellmeister James Rothstein
Rezitation und Fräulein Rozena Bratsky
Chansons: Herr Robert Koppel.

Festmarken a 60 Pfg. sind in allen Zahlstellen (inkl. Programm) zu haben, jedoch empfiehlt sich wegen der starken Nachfrage die sofortige Abholung der Marken.

Der Vorstand.
In Vertr.: G. Winkler.

Grand-Hotel-Festsäle

Am Alexanderplatz. B. Jelmlich.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Wihl. Wolffs Hamburger Sänger.
Anfang Sonntag 7 Uhr, wochentags 8 Uhr.
Eintritt 30 Pfennig. 2101b+
Vorzugskarten haben wochentags Gültigkeit.

Berliner Eis-Palast

Unterstr. 22/24. Ständige Eisbahn.
Von morgens 10 bis nachts 12 Uhr geöffnet. Großes Konzert. Abends 9 Uhr: Auftreten erster Kunstläufer und Künstlerinnen. Am 1. November: Weltrekordläufer Alfred und Sigrid Naoh. — 3., 4. u. 5. November: Großes Internationales Eis-Wettlaufen d. besten Meister der Welt.

Palast-Theater
Dankstr. 24, 2 Min. v. Hpt. Börse

Spezialitäten-Theater Berlins
3000 Personen (abend) 3000!

Antonie Gates.
Ycotha & Kapt. Grade
Ling Ling Comp.
und 12 Attraktionen.
Vingenehmiger und amüsanter Aufenthalt für Familienpublikum.
Entree 2, 1.50, 1 R. 75, 50 Pf.
Vorzugskarten, halbe Preise, Adress gratis.

Sanssouci
Kottbuser Straße 6.
Direktion Wilhelm Reimer.

Heute Dienstag:
Theater-Abend.
Gastsp. d. Berl. Schauspiel-Ensembles.
Auf Strafurlaub.
Schauspiel in 3 Akten von Moser und Kroska.
Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns World, Sänger
Beg. Saunt. 5, wochent. 8 U

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Franz Sobanski,
Emmy Lyon, Mr. Ferry, Les Forrès, Mr. Boston u. Stella, Nanto Pohlmann, Eva Wagner, Anita u. Stefan Komaromy.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.

Echte Sprechweise.
Schauspiel mit Gesang und Tanz von Walter Gerike.
Franz Heßler, Handwerker: Dr. Gustav Behrens, Wilhelm Henkel, Arbeiter: Regist. Bernd. Lange.
Überdem die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Duskes Vitograph.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 8 Uhr.

Bruch-Pollmann
entwerfen in Voger in Bruchhandagen, Leihbinden, Geradestalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Dritt- u. Hüllkrankefallien
Berlin N., 24824

jetzt Gotheinger Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gelen, angenehm u. weich am Körper.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Mocquetta, Plüsch-Reste! Sattelstaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Berlin, 158.
Emil Lefèvre, Oranienstr.



Ausstellungs-Hallen am Zoo
24. Oktober bis 3. November
Geöffnet 10-10 Uhr. 4-10 Uhr Konzert.

Theater Folies Caprice
Dankstr. 132.
Tausendfacher Erfolg!
Die lästige Witwe.
Die Brautjungfer.
Reu: Grünocker als Verteidiger in Strafsachen. Donnerst. 8-10-2a. d. Kasse, 5 Berthelmu. Annalidenbank

Ein Triumph der Zigaretten-Fabrikation!
Selowsky's Caruso
Zigaretten
nur 3 Pf. per Stück!

Kein Zwang zur Abnahme!
Diese Zusicherung soll als Garantie gelten für tadellose Verarbeitung und guten Sitz.

2

Kein Zwang zur Abnahme!
Diese Zusicherung soll als Garantie gelten für tadellose Verarbeitung und guten Sitz.

PREISE
Anzüge und Paletots nach Maß
aus englischen und la. deutschen Stoffen
42 und 48 Mark.

Durch meine eingehendsten Studien der individuellen Körperhaltung und des Körperbaus habe ich es auf eine derart künstlerische Höhe der Formfassung gebracht, daß ich dem verdienstlichsten Gehirne weitgehendst Rechnung tragen kann.

Sonnenschein's Maß-Atelier
Fernsprecher: Amt 4. 5797
Lindenstraße 95!
Spezialität: Rock-, Smoking- und Frackanzüge.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Wahlkreise.

Dienstag, den 27. Oktober cr., abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im alten Schützenhause, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung:
 Die politische Situation in Nord- und Süddeutschland.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Emil Eichhorn.**

2. Diskussion.

3. Vereins- und Parteiangelegenheiten.

Gäste erwünscht.

221/13*

Das Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Zwei Versammlungen.

I. bei Franke, Badstraße 19.

Tages-Ordnung: 1. Das Erlurter Programm. Referent: Genosse G. Schumann.

2. Diskussion.

II. in der Brauerei Groterjan, Schönhauser Allee 130.

Tages-Ordnung: 1. Die Reichsfinanz-Reform. Referent: Landtags-Abg. H. Ströbel.

2. Diskussion.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Große öffentliche Versammlung

im großen Saal des Zentral-Arbeitsnachweises, Gormannstr. 13.

Vortrag:

„Die akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse in Berlin. Ihr Zweck und ihre Bedeutung.“

Im Interesse der Bildungsbestrebungen der Berliner Arbeiterkassen ist das Erscheinen dringend geraten.

24586

Der Arbeiter-Ausschuß der akademischen Arbeiter-Unterrichtskurse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

General-Versammlung

bei Freyer, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur zukünftigen Zusammensetzung unserer Generalversammlung (Vertretung durch Delegierte). 2. Wahl eines Schriftführers.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Am 15. und 22. November finden Urania-Vorstellungen

statt. Am 15. November, Eröffnung vormittags 10 Uhr, Vorstellung 11 Uhr: Die Glotcher der Hochgebirge und Die Eiszeit unserer Heimat. Am 22. November, Eröffnung nachmittags 4 Uhr, Vorstellung 5 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.

92/10

Billetts sind auf allen Bahnhöfen und auf dem Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Branche der Möbelpolierer.

Donnerstag, 29. Oktober, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: Sozialpolitische Gesetzgebung, Invalidenversicherung. Referent: Genosse Eugen Brückner. Diskussion: Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale I Berlin.

Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr:

Extra-Versammlung

im Lokal des Herrn Schmidt, Pringel-Allee 33.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission über die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Stellungnahme hierzu. 3. Allgemeines.

144/17

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

S. H. Franz Rung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Filiale Berlin.

Donnerstag, den 29. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion, Branchenangelegenheiten. Zahlreiches Besuch erwartet

130/10

Der Obmann.



Eine Mark

wöchentliche Zeitschrift des

Lebens

Herren-Garderoben

Stieg für Stock

Anfertigung nach Maass.

Lebende Maßnahme.

Julius Fabian,

Schneidemeister.

Gr. Frankfurterstr. 37, "

Stutzung Stralauer Platz



14 Tage

auf Probe

per jede a. meine

Gefahrübernahme

H. Warner

Kanarienvogel

sonstige Vogelfutter

u. Einsatz-Bauer.

Verlangen Sie

Preisliste kosten-

frei von

L. G. Müller, Vogelzüchterei,

Nordhausen 10 a. H.

Problem



Verantwortlicher Redakteur: Otto Danneberg, Berlin. Für den Inhalt verantwortlich: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt u. Verlagsanstalt Paul Sinaet & Co., Berlin SW.

JOSETTI JUNO

CIGARETTEN

sind von anerkannter Güte und bieten trotz ihres billigen Preises volle Garantie für feinste Qualität.

Joseffy

10 St. für 20 Pfg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 28. Oktober 1908, abends 6 Uhr:

Versammlung der chirurgischen Branche

im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftliches aus der Arbeiterbewegung. Referent: Genosse Rehbain. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Mittwoch, den 28. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher u. Optiker

sowie aller in den mechanischen Werkstätten beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Cohen: Der Deutsche Metallarbeiterverband und die Krise. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, für diese Versammlung rege zu agieren.

Die Vertrauensleute der mechanischen Betriebe

werden hiermit ersucht, die Fragebogen über die Lohn-erhebung so schnell wie möglich im Bureau, Charitéstr. 3, abzuliefern.

Protokolle über die Verhandlungen des Gewerkschafts-kongresses in Hamburg sind zum Preise von 25 Pf. pro Stück für die Mitglieder im Bureau und bei dem Kassierer zu haben. — Futterale für Mitgliedsbücher, pro Stück 10 Pf., sind ebenfalls im Bureau und bei dem Kassierer zu haben.

123/20

Die Ortsverwaltung.

Pelzwaren!!!

119 Eile zu Weile 119
 Dresdener Straße
 Eckhaus Oranienplatz.

Eigene Kürschnerei.

Echtes Skunksfell von 25.— M. an Ober Konkurrenz Echtes Nerz-Stoff von 45.— M. an Heuste Moden! Echtes Nerz-murmel-Stoff von 18.— M. an Schlager d. Sais. Echtes Thier-Stoff von 12.— M. an Rüschenhafte Auswahl! Prima Felle in all Feiertagen stets auf Lager. Reparaturen und Umarbeitungen schnell gut, billig

Sonntag 8-10 und 12-2.

Grosso Betten 12 Mk.

(Oberheit, Unterheit, 2 Rissen) mit doppelt gereinigtem neuen Webstoff, besserer Betten 15, 20, 24 Mk., 1 $\frac{1}{2}$ Licht Betten 15, 20, 22, 26, 30 Mk., alle Betten geg. Nachnahme. Preisliste, Proben, Verpackung kostenfrei.

Gustav Lustig, Berlin S. 200, Prinzenstr. 40, Gbld. Engel-Grüchli-Zentrale.

Erprobt und bewährt!

Spiritus-Glühlicht

Lampen u. Brenner
 Spiritus-Zentrale G. m. b. H.

Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Kein Kaufzwang! Preisliste kostenlos!

Engelhardt-Malzbier

das beste, überall käuflich.

Preis 10 Pf. pro Flasche.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Die Bluttat im Café Westminster

Beschäftigte gestern abermals das Schwurgericht des Landgerichts I. unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Goebel. Der seit dem 22. d. M. in Untersuchungshaft sitzende Angeklagte, Schlächtergehilfe Hermann Hoffmann, steht unter der schweren Anklage, die unberechnete Minna Wade ermordet zu haben.

Der Angeklagte ist am 8. Februar 1888 geboren als Sohn eines kleinen Bauernwirtschaftsbefizers in der Nähe von Grottkau. Er hat das Fleischerhandwerk erlernt und nach Beendigung seiner Lehrzeit an verschiedenen Orten als Schlächter gearbeitet.

hochnehmen und ihm dann einen Fußtritt geben werde. Am 19. Juli holte er sich aus seiner Wohnung seine Browning-Pistole, steckte sie zu sich und begab sich auf die Suche nach der Wade, die er aber nicht auffand.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Totschlag unter Jubilligung mildernder Umstände.

Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von einem Jahre der erlittenen Untersuchungshaft.

Briefkasten der Redaktion.

Als juristische Sprechstunde findet die Redaktion Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentags abends von 7 1/2 bis 9 Uhr statt.

H. O. 78. Legen Sie Ihr Geld bei der Sparkasse an. — Robert 39. Für den Fall einer Klage würden Sie Ihre Behauptungen unter Beweis zu stellen haben.

Berliner Verein für Schulgesundheitspflege. Heute abend 8 Uhr, präzis, im Bürgerloale des Rathauses. Tagesordnung: 1. Herr Professor Dr. Albu: „Der Anteil der Schule an den Störungen der Entwicklung und Ernährung“.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDER-PLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Extra-Angebot von Glas und Porzellan

Tafelgeschirre Echtes Porzellan

Feston-Form mit Goldrand und Linie

- Speiseteller flach und tief 28 Pf.
Dessertteller 23, 20, 18 Pf.
Suppenschüsseln mit Deckel 1⁰⁵ 2¹⁰ 2⁰⁵ 3⁴⁵

Kaffeegeschirre Echtes Porzellan

neoklonische Form mit Goldrand und Linie

- Kaffeekannen 48, 65, 75, 90 Pf. bis 2¹⁰
Teekannen 65, 85, 95 Pf. 1²⁵
Milchgiesser 10, 12, 15 bis 75 Pf.

Echtes Porzellan weiss

Festonlerte und verzierte Formen

- Speiseteller flach 12 Pf.
Suppenteller tief 15 Pf.
Dessertteller 5, 9 Pf.
Suppenschüsseln mit Deckel . 85 Pf. 1¹⁵

Emaille

- Schmortöpfe 35, 40, 50, 60 Pf.
Kasserollen mit Stiel 30, 35, 45 Pf.
Wasserkessel für Gas 85 Pf. 1⁰⁰ 1²⁰

Tafelgeschirre Echtes Porzellan

moderne ovale Form mit Rosenbordüre

- Speiseteller flach oder tief 28 Pf.
Dessertteller 18, 20, 23 Pf.
Suppenschüsseln mit Deckel 2⁴⁵ 3⁷⁵

Kaffeegeschirre

aparte Form mit Rosenbordüre

- Kaffeetasse 20 Pf.
Kaffeekanne für 6 Personen 95 Pf.
Teekanne für 6 Personen 95 Pf.

Lampen

- Küchenlampen 45, 55, 75 Pf.
Tischlampen 1⁷⁵ 2⁴⁵ m. Messingfüßen 3⁸⁵
Glühstrümpfe 10, 12, 20 Pf.

3000 Römer-Gläser 18 Pf. In hochartigen Formen, zum Aussuchen

